

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen

64. Sitzung
1. Oktober 2015

Beginn: 10.07 Uhr
Schluss: 20.26 Uhr
Vorsitz: Anja Kofbinger (GRÜNE);
zweitweise Dr. Ina Czyborra (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Beschlussfassung – [0220](#)
Drucksache 17/2400 ArbIntFrau
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Haupt(f)
Berlin für die Haushaltsjahre 2016 und 2017
(Haushaltsgesetz 2016/2017 – HG 16/17)
Hier: Einzelplan 09

– 2. Lesung –

Generalaussprache

Dr. Ina Czyborra (SPD) weist darauf hin, dass der Einzelplan zwar einen im Verhältnis geringen Umfang habe, die Verwaltung aber vor einer Vielfalt der Aufgaben und Herausforderungen stehe, die in der aktuellen Situation z. B. bezüglich Flüchtlingen auch noch nicht abzuschätzen seien. Was die Integrationsaufgaben betreffe, sei noch mit Hilfen vom Bund zu rechnen. Mehr Beachtung müssten aktuell auch Strategien gegen Rechtsextremismus finden. – Sie danke SenArbIntFrau für den guten Haushaltsplanentwurf und dafür, dass es gelungen sei, den Wegfall von ESF-Mitteln weitestgehend zu kompensieren.

Burgunde Grosse (SPD) begrüßt, dass die meisten der bisher geförderten Arbeitsmarktprojekte trotz wegfallender ESF-Mittel erhalten blieben. Die Berufsbildung sei insbesondere durch die Jugendberufsagenturen verstärkt worden. Projekte für die Integration in den ersten Arbeitsmarkt würden gefördert, aber wegen der vielen Langzeitarbeitslosen in Berlin sei auch die öffentlich geförderte Beschäftigung über FAV-Mittel verstärkt worden. Die Beratung von

Arbeitslosen z. B. über Jobpoint, Jobassistenz würden weiterhin gefördert. Erstmals werde BALZ, das Berliner Arbeitslosenzentrum, 2016 und 2017 gefördert. Dort seien auch Informationen über die Betreuung der Arbeitslosen in den Jobcentern zu erhalten. Dass mehr Mittel für den Einzelplan Arbeit wünschenswert wären, sei klar. Eine besondere Herausforderung werde die Integration der Flüchtlinge in den ersten Arbeitsmarkt werden. Die bisher etablierten Mittel reichten nicht aus, hier müsse der Bund unterstützen.

Dr. Niels Korte (CDU) bedankt sich ebenfalls bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Senatsverwaltung, die einen überzeugenden Haushaltsplanentwurf aufgestellt hätten, obwohl man sich drei besondere Herausforderungen stellen müsse: Für die wachsende Zahl von Flüchtlingen müsse trotz Ungewissheit, wie sich die Situation weiter entwickle, Vorsorge getroffen werden. Man müsse den Haushaltsplanentwurf im Zusammenhang der von der Koalition angegangenen Haushaltskonsolidierung sehen. Die im letzten Haushalt gesetzten Konsolidierungsziele seien erfreulicherweise sogar übertroffen worden. Dazu habe dieser Einzelplan einen überproportionalen Beitrag geleistet. Der Abbau der ESF-Förderung sei zwar länger bekannt gewesen, müsse aber mit Anstrengungen kompensiert werden.

Trotz dieser Herausforderungen zeichne sich der Haushaltsplanentwurf für den Einzelplan 09 durch große Kontinuität aus, spiegele damit die erfolgreiche Arbeit der Koalition in den letzten Jahren wider und setze sie fort. Hervorzuheben seien das Jobcoaching und das Projekt Stadtteilmütter/Integrationslotsen.

Erfreulicherweise sei es gelungen, mit derzeit 190 000 Arbeitslosen den niedrigsten Stand bei den Arbeitslosenzahlen seit vielen Jahren zu erreichen. Auch der positive Trend beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit setze sich fort. Seit der Abwahl von Rot-Rot sei die Jugendarbeitslosigkeit um 40 Prozent zurückgegangen, was nicht nur der Konjunkturlage, sondern dem erfolgreichen Programm „Berlin-Arbeit“ geschuldet sei, da der Rückgang schon 2012/2013 gegen den Bundestrend fortgesetzt worden sei. – Mit einem Plus von 3,2 Prozent Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahresmonat liege Berlin als Spitzenreiter über dem Bundesdurchschnitt. Die Ziele von „Berlin-Arbeit“ würden weiter verfolgt, wobei die Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit vorrangig seien. Die Maßnahmen hierfür würden im Doppelhaushalt auskömmlich ausgestattet.

Die Errichtung der Jugendberufsagentur sei ein Meilenstein. Allerdings könne die Zahl der arbeitslosen jungen Menschen steigen, wenn die Jugendberufsagentur auch Jugendliche erfasse, die bisher aus dem System gefallen seien. Auch das Berliner Jobcoaching mit seinem individuellen Betreuungsangebot solle weiter ausgebaut werden.

Die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt sei nach wie vor das Hauptziel der Maßnahmen und solle durch die Förderung von Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft unterstützt werden. Berufsausbildung und Weiterbildung werde weiterhin unterstützt z. B. 500 Ausbildungsplätzen im Rahmen des Berliner Ausbildungsprogramms. Zusätzliche Stellen sollten für Flüchtlinge geschaffen werden, da vermutlich viele blieben. Auch ihnen müssten Perspektiven geboten werden. Flüchtlinge und Asylbewerber seien eine große Herausforderung für Soziales, Inneres und die Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik. Hier sei der Einzelplan 09 gut aufgestellt. Es sei zu hoffen, dass der Bund den Ländern weitere Unterstützung geben werde.

Im Ressort Frauen sei ein Fortschritt zu verzeichnen, da die Mittel für Zuwendungsempfänger 2016 und 2017 um je 2 Prozent erhöht würden. Dafür seien 1,4 Mio. Euro eingesetzt worden. Bei der Gewaltprävention würden die vorhandenen Maßnahmen weiterentwickelt und von knapp 6,9 Mio. Euro auf über 7,5 Mio. Euro pro Jahr verstärkt.

Sabine Bangert (GRÜNE) bedankt sich bei SenArbIntFrau für die ausführlichen Berichte. Dass die Berichte so spät geliefert worden seien, sei nicht SenArbIntFrau, sondern SenFin geschuldet. Auch dem Ausschussbüro danke sie herzlich für die arbeitsintensive Synopse, die nach Mitternacht noch fertiggestellt worden sei.

Die Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik seien nicht der Politik der Koalition zu verdanken, sondern der guten Konjunktur. Auch wenn die Jugendarbeitslosigkeit zurückgegangen sei, stehe Berlin immer noch an der Spitzenposition bundesweit; hier sei noch viel zu tun. Problematisch sei, dass in der Landesarbeitsmarktpolitik immer noch Doppelstrukturen finanziert würden, also auch über SGB II und III abgedeckte Maßnahmen. Die landesarbeitsmarktpolitischen Maßnahmen müsse wo Lücken seien und für spezielle Zielgruppen ansetzen z. B. bei Nichtleistungsempfängerinnen und -empfängern und Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrern. Zu loben sei, dass die Koalition die Fraueninfothek als wegweisendes Projekt im Haushalt sichern wolle. Sie bitte, dem Änderungsantrag ihrer Fraktion dazu zu folgen und mehr als 80 000 Euro einzusetzen, weil damit das bestehende Angebot zu finanziert werden solle.

Da nicht bekannt sei, wann und um wie viel der Eingliederungstitel der Jobcenter wegen der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen erhöht werde, sei es problematisch, über diese Maßnahmen zu sprechen. Dass bei den Berichten einfach bei den entsprechenden Maßnahmen die Zielgruppe „Flüchtlinge“ angefügt worden sei, sei keine Lösung. Wenn bekannt sei, wie viel der Bund finanziere, müsse gezielt über den effektiven Einsatz der Mittel gesprochen werden.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass es zur Unterstützung und Integration von Geflüchteten im Hauptausschuss eine Absprache gegeben habe, weshalb sie darauf nicht eingehen werde. Die allgemeine Aufmerksamkeit liege wegen der steigenden Zahl der Flüchtlinge auf der Integrationspolitik der Stadt, auf der Rolle von Migrantenselbstorganisationen und auf der Kulturarbeit. Dabei werde deutlich, dass in Berlin hier wenig gestaltet werde. Wo öffentlicher Druck sei, werde etwas unternommen, wo nicht, blieben Probleme. Warum sei der Begriff „Antiziganismus“ im Haushaltsplanentwurf gestrichen worden? Zu dessen Bekämpfung habe Berlin auch keine Mittel aus dem EHAP beantragt, obwohl dort Mittel für die Sensibilisierung bereitgestellt seien. Es sei ohnehin schwierig, weil die Menschen aus dem Balkan derzeit sogar noch unter den Flüchtlingen diskriminiert würden, auch wenn sie EU-Zuwanderer seien.

Bei den Förderung von Migrantenselbstorganisationen – MSO – aus dem Integrationsprogramm könnte Partizipation gestaltet werden, allerdings werde nach dem Gießkannenprinzip gefördert. Auch wenn der Titel erfreulicherweise aufgestockt worden sei, werde die Förderung der MSO-Projekte jedoch als Ehrenamtsförderung angesehen, was verwundere. Die Grünen hätten immer gefordert, dass die Infrastruktur der MSO gefördert werde, nicht nur einzelne Projekte. Insofern sei die Konzeption hinter dem Haushaltsplanentwurf zu kritisieren.

Anja Kofbinger (GRÜNE) erklärt, erfreulich sei, dass bei den Frauenprojekten große Anstrengungen unternommen worden seien, um den Wegfall von ESF-Mitteln auszugleichen. Auch dass die Wohnungsvermittlung für Frauen aus den Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen mit 200 000 Euro verstärkt worden sei, sei sinnvoll und richtig. Zu kritisieren sei allerdings, dass die Mittel für alle anderen Frauenprojekte und Maßnahmen nicht oder kaum erhöht worden seien. Ihre Fraktion habe hierzu mehrere Änderungsanträge vorgelegt.

Positiv sei die moderate Erhöhung der Mittel für die Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt – ISV – und die LSBTI-Projekte. Dass die Koalition für die Förderung des Magnus-Hirschfeld-Instituts sogar mehr Mittel als ihre Fraktion beantragt habe, sei sehr erfreulich. Für die Integration der queeren Flüchtlinge müssten jedoch ebenfalls Mittel eingesetzt werden.

Elke Breitenbach (LINKE) kritisiert, dass die Berichte mit roter Nummer so spät geliefert worden seien. Sie bitte die Vorsitzende, sich darum zu kümmern, wer dafür verantwortlich gewesen sei.

Es gehe nicht an, dass bei SenArbIntFrau viele Stellen nicht besetzt seien, aber Millionen für Geschäftsbesorger und Dienstleister ausgeben würden. Die Stellen müssten besetzt werden, damit SenArbIntFrau selbst arbeitsfähig sei, was inhaltlich auch besser wäre.

Das Verfahren bei der Tarifierung in allen Einzelplänen des Haushalts sei nach wie vor intransparent. Der Hauptausschuss müsse es erreichen, dass Kriterien aufgestellt würden und ein transparentes Verfahren eingesetzt werde.

Dass das Ergebnis von zwei Jahren Evaluation der KGSt-Studie, die u. a. festgestellt habe, dass Leistungsberechtigte die ihnen zustehenden Leistungen nicht erhielten, die Einrichtung einer einzigen Stelle für die Koordination bei SenArbIntFrau sei, sei zu wenig. Wie lange sollten die Arbeitskreise weiter tagen, ohne dass gehandelt werde?

Der Bericht zum Karneval der Kulturen sei erst am gestrigen Tag eingetroffen, wobei nichts über seine Zukunft und seine Finanzierung aus dem Einzelplan 09 geklärt sei. Hier müsse der Hauptausschuss eine Lösung finden. So könne man mit dem Karneval, dessen Bedeutung für die Stadt Senat und Koalition immer wieder betonten, nicht umgehen.

Insgesamt sei im Einzelplan 09 an vielen Stellen ein Stillstand zu verzeichnen. Wie mit dem PartIntG umgegangen werde, sei ärgerlich. Ein geltendes Gesetz müsse umgesetzt werden. Das Leitbild interkulturelle Öffnung sei ein hehres Ziel ohne Handlungsanweisungen. Auch der Aktionsplan Roma bleibe ungesichert, wenn der EHAP die Finanzierung nicht übernehme. Die Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeitsmarktpolitik wirkten ziellos. Das Wegbrechen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen müsse ausgeglichen werden. Das angepriesene Projekt Hausmeisterassistenten habe sich als „Rohrkrepierer“ erwiesen. Auch die Jugendberufsagentur sei nicht umgesetzt, wenn nur vier Bezirke beteiligt würden.

Vorsitzende Anja Kofbinger teilt mit, sie werde nachforschen, warum dem Ausschuss die Berichte so spät erst zugegangen seien.

Evrin Sommer (LINKE) betont, der Haushaltsplanentwurf entspreche nicht den Grundsätzen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Im Frauenressort seien Titel und Ansätze des vorherigen Haushaltsplans nicht wiederzufinden z. B. für die Jobwerkstatt für Mädchen. Dies allein mit dem Wegfall von ESF-Mitteln zu erklären, reiche nicht aus.

Eine Ansatzserhöhung um 2 Prozent mit der Begründung, Vorsorge für allgemeine Kostensteigerung, Preissteigerung und Tariferhöhung zu treffen, sei unrealistisch, gerade mit dem Blick auf die wachsende Stadt und die Flüchtlingsproblematik. So könne die Infrastruktur der Frauenprojekte nicht stabilisiert werden. Mit dem neuen Doppelhaushalt sei diese Chance wieder verpasst worden. Ihre Fraktion habe deshalb eine 20-prozentige Aufstockung der Ansätze um ca. 3 Mio. Euro beantragt, um die Tariferhöhung und Angebotsenerweiterung umsetzen zu können.

Dass die Mittel für Wohnungen für von Gewalt betroffene Frauen erhöht worden seien, damit sie nicht länger als notwendig in Frauenhäusern verweilen müssten, sei zu begrüßen, wenn gleich dies spät komme. Insgesamt fehlten Überlegungen zur perspektivischen Weiterentwicklung der Frauenpolitik und im Antigewaltbereich, wo die Strukturen gestärkt werden müssten. Ihre Fraktion habe auch hier mehr Mittel beantragt.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) bedankt sich bei allen Mitarbeitern der Verwaltung für die Erarbeitung der zahlreichen Berichte. Was die Themen Integration und Migration betreffe, hätten sie allerdings inhaltlich nicht oder kaum weitergeholfen. Es sei z. B. nach den Ansätzen in der Flüchtlingsberatung gefragt worden, aber im Bericht sei nicht auf die Geflüchteten eingegangen worden, die nicht im regulären Asylverfahren und ohne legalen Aufenthaltsstatus seien. Da gerade diesen Menschen ein Weg aus ihrer Situation aufgezeigt werden sollte, werde seine Fraktion hierzu einen Änderungsantrag einbringen. Das Senatorin Kolat kein Wort zu den Oranienplatzflüchtlings verliere, sei zu kritisieren.

Von den zwei Angeboten für die psychologische Beratung und Behandlung von Geflüchteten erhalte das Behandlungszentrum für Folteropfer keine Erhöhung der Mittel. Obwohl nach der Entwicklung der Fallzahlen gefragt worden sei, auch ob der Bedarf gedeckt habe werde, sei nur geantwortet worden, dass das BZFO außer der Miete keine weiteren Landesmittel erhalte.

Bezüglich des Roma-Aktionsplans sei es verwunderlich, dass Vorzeigeprojekte finanziell nicht abgesichert seien. Viele Projekte sollten über den EHAP finanziert werden. Gebe es hierbei aber Probleme, erhielten sie keine Landesmittel. Inkonsequente Landespolitik sei es, wenn drei CDU-Senatoren Roma-Flüchtlinge schneller abschieben wollten, auch wenn diese aus EU-Beitrittsstaaten kämen. Hier werde ein Feindbild aufgebaut, obwohl nur 6 Prozent der aktuellen Flüchtlinge aus den Westbalkanstaaten kämen.

Warum die Mittel für den Karneval der Kulturen 2017 wegfielen, werde im Bericht dazu nicht erklärt. Es fehle ein Konzept, eine Idee, wie Drittmittel eingeworben werden könnten. Gespräche mit den Gruppen als Kürzungsrechtfertigung zu nutzen, sei „ein Armutszeugnis“. Wolle sich Senatorin Kolat kurz vor der Wahl als Retterin des Karnevals aufspielen?

Alexander Spies (PIRATEN) konstatiert, dass in den Ressorts Arbeit und berufliche Bildung keine Erfolge der großen Koalition zu erkennen seien. Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen sei auf die gute Konjunkturlage zurückzuführen. Diese guten Zeiten müssten aber genutzt

werden, um sich auf schlechtere vorzubereiten. Mit Haushaltskonsolidierung könne man sich bei 60 Milliarden Euro Schulden nicht brüsten. Allerdings führten größere Kürzungen an dieser Stelle längerfristig zu noch mehr Schulden.

Der Erfolg der Jugendberufsagentur an vier Stellen sei erst in Zukunft zu beurteilen. Die Diskussion über geflüchtete Menschen sei ihm zu wenig differenziert, da nicht unterschieden werde in Asylsuchende und Zuwandernde. Hier sei ein Konzept für den Arbeitsmarkt der Zukunft nötig. Auch auf dem Ausbildungsmarkt fehle ein Konzept, für einerseits unbesetzt gebliebene Ausbildungsteilen und andererseits Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. – Dass ESF-Mittel wegfielen, sei abzusehen gewesen, da sie nur für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung stünden. Projektfinanzierung sei eine Pflichtaufgabe, keine Anstrengung, für die man sich loben lassen könne.

Bürgermeisterin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) äußert die Hoffnung, dass sich bei der Besprechung der einzelnen Themen einige Missverständnisse aufklärten. Sie verweise auf ihre Darstellung der Schwerpunkte des Einzelplans in der ersten Lesung des Haushalts. Was Flüchtlinge betreffe, gebe der Haushaltsplanentwurf den Stand Juli wieder. Seither habe sich viel verändert, auch auf Bundesebene würden Gesetzesänderungen vorbereitet. Davon werde auch der Einzelplan 09 davon betroffen sein, z. B. die Maßnahmen für die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen. Es sei positiv, dass der Bund seine Verantwortung annehme und die Länder finanziell entlaste. Der Bund eröffne auch zusätzliche Integrationsmöglichkeiten z. B. den Zugang zu Integrationskursen vom BAMF. – Der Hauptausschuss und Senat hätten ein abgestimmtes Verfahren verabredet. SenFin werde einen Vorschlag entwickeln, wie zusätzliche Mittel für Flüchtlinge eingebracht würden. Auch hier werde es noch zu Veränderungen im Einzelplan 09 kommen.

Auch sie bedanke sich ganz herzlich bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abgeordnetenhausverwaltung für die zusätzliche Arbeit während der Haushaltsberatungen.

Vorsitzende Anja Kofbinger weist darauf hin, dass die vom Ausschussbüro erarbeitete Synopse der Berichtsaufträge und Änderungsanträge Arbeitsgrundlage für die zweite Lesung sei. Nach der Übereinkunft in der ersten Lesung werde nach den einzelplanübergreifenden Berichten und Anträgen mit dem Kapitel 0950 – Frauen und Gleichstellung – begonnen.

Die Fraktionen seien aufgefordert, ihre Fragen zu den Berichten an den passenden Stellen einzubringen und bei Bedarf ihre Änderungsanträge zu begründen bzw. Änderungsanträge, die noch nicht in der Synopse stünden, einzubringen. Die Piratenfraktion habe eine Tischvorlage zur Sitzung eingebracht. Weitere Änderungsanträge sollten in der Sitzung schriftlich vorgelegt werden. Mustervordrucke lägen bereit. Titel, die nicht angesprochen würden, gälten als erledigt. Sie stelle hierzu Einvernehmen fest.

Alle Fraktionen hätten Änderungsanträge eingebracht, die im Begründungsteil Angaben enthielten, mit welchen Teilsommen bestimmte Träger oder Projekte gefördert werden sollten. Die Begründungen aber seien nicht Teil des Beschlusses. Daher müssten die Fraktionen bei diesen Anträgen angeben, ob diese Verteilung an die Stellungnahme an den Hauptausschuss aufgenommen werden solle. In der Synopse sei hierzu jeweils kursiv eine Anmerkung zu finden.

Einzelplan 09 – Arbeit, Integration und Frauen – Nr. 1 Organigramme – Einzelplan 09

- Bericht SenArbIntFrau – Z C 1 – vom 15.09.2015
Rote Nummer 2042
Organigramme Einzelplan 09
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(BA Nr. 1 a) und b))
Einzelplan 09

[0220-01](#)
ArbIntFrau
Haupt(f)

Fabio Reinhardt (PIRATEN) äußert Kritik, dass speziell in der Abteilung II bei SenArbIntFrau sehr viele Stellen unbesetzt seien: ca. 13 freie von 50 Stellen insgesamt. Wie solle damit weiter umgegangen werden?

Sabine Bangert (GRÜNE) fragt nach, ob die offenen Stellen als Einsparpotenzial betrachtet würden oder ob sie tatsächlich besetzt werden sollten. Dass gerade bei der für Arbeit zuständigen Abteilung so viele Stellen nicht besetzt seien, sei sehr problematisch. Es komme gar ein Gefühl der Unsicherheit auf, wenn dramatisch viele Stellen im Amt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit nicht besetzt seien. Warum seien drei Stellen bei der Leitung und 12,49 Stellen bei den überwachungsbedürftigen Anlagen und bei Arbeitsschutzorganisation, Arbeitsstätten Ergonomie 21,67 VZÄ nicht besetzt? Diese Behörde könne gar nicht mehr arbeitsfähig sein. Wie lange solle der Zustand noch anhalten?

Elke Breitenbach (LINKE) weist darauf hin, dass Beschäftigte darauf angewiesen seien, dass der Arbeitsschutz eingehalten und dies kontrolliert werde. Auch dies gehöre zu guter Arbeit. Da so viele Stellen in der Verwaltung nicht besetzt seien, werde in den Berichten immer wieder auf die Notwendigkeit von Dienstleistungsverträgen hingewiesen. Bei wie vielen Stellen laufe derzeit ein Besetzungsverfahren? Wie viele Beschäftigte seien aktuell ins LAGeSo abgeordnete worden?

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) erkundigt sich, wann die durch die hausinterne Berufung des Integrationsbeauftragten freigewordene Referatsleiterstelle III A besetzt werde. Müsse man sich wieder auf eine längeres Auswahlverfahren mit anonymisierter Bewerbung einstellen? Bei SenArbIntFrau dauere dieses erprobte Verfahren besonders lange.

Bürgermeisterin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) bezweifelt, dass anhand des Organigramms die Personalpolitik einer Verwaltung hinreichend beurteilt werden könne. Im UA PHPW des Hauptausschusses beziehe SenArbIntFrau zu den Details Stellung. In keiner Verwaltung seien alle Stellen besetzt. Ein Drittel der unbesetzten Stellen seien Teilzeitstellen, deren Stellenanteile für die Stelleninhaber vorgehalten würden, wenn diese wieder Vollzeit arbeiten wollten. Bei einem weiteren Drittel seien die Besetzungsverfahren und Auswahlverfahren bereits gelaufen, teils Zusagen ausgesprochen worden. Bei dem letzten Drittel liefen die Besetzungsverfahren.

Anonymisierte Bewerbungen erforderten etwas mehr Aufwand, doch sollte dies nicht gegen sie sprechen. Zu einer signifikanten Verlängerung der Verfahren führten sie nicht. Die Besetzung der Stelle der/des Integrationsbeauftragten habe SenArbIntFrau nach Ausscheiden der Vorgängerin vier Monate gedauert. Durchschnittlich dauerten Besetzungsverfahren im öffent-

lichen Dienst in Berlin sechs bis neun Monate. Die Verfahren müssten ordentlich und juristisch korrekt ablaufen. Bei SenArbIntFrau sei von Staatssekretärin Loth eine Arbeitsgruppe gegründet worden, um die Besetzungsverfahren zu beschleunigen. Insofern sei SenArbIntFrau Vorreiter. Über die Ergebnisse der AG berichte sie gerne.

Die wertvolle und wichtige Arbeit des LAGetSi dürfe nicht wegen des Organigramms diskreditiert werden. Um die Leistungen des LAGetSi beurteilen zu können, sollte der Arbeitsschutzbericht studiert werden. Das Landesamt sei arbeitsfähig. Derzeit werde die Organisation dort umstrukturiert. Bisher habe die Laufbahnverordnung technische Dienste gefehlt, weshalb beim LAGetSi nicht ausgebildet werden können. Darüber sei häufiger berichtet worden. Als die Verordnung vorgelegen habe, sei die Ausbildungstätigkeit sogar noch erweitert worden. Wenn die Absolventen die Ausbildung abgeschlossen hätten, können sie auch die Stellen besetzen.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) ergänzt, beim LAGetSi würden Stellen nun sukzessive besetzt. Das LAGetSi befinde sich seit über einem Jahr im organisatorischen Umbau bei laufender Arbeit. Derzeit werde eine neue Referatsstruktur diskutiert. Außerdem solle die Hierarchie der Abteilungen flacher und mehr Dialog zw. den Arbeitseinheiten ermöglicht werden. Deshalb seien auch die beiden Kopfstellen nicht besetzt worden. Ziel der Umstrukturierung sei es, mit dem vorhandenen Personal den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden. Er rege an, dies im Ausschuss zu gegebener Zeit darstellen zu lassen.

Elke Breitenbach (LINKE) erinnert an ihre Frage, wie viele Mitarbeiter/-innen von SenArbIntFrau ans LAGeSo abgeordnet worden seien.

Sabine Bangert (GRÜNE) wundert sich, dass sich Senatorin Kolat nicht mehr vor ihre Verwaltung stelle, sondern auf den tatsächlich guten Arbeitsschutzbericht verweise. Bedeute das, dass das LAGetSi auch mit 40 VZÄ weniger auskommen könne? Dass dies nicht sein könne, merke man, wenn man sich die langen Wartezeiten, bis Mitarbeiter des LAGetSi Kontrollen vornähmen, betrachte.

Wenn Personen in der Familienphase in Teilzeit arbeiteten, sei es durchaus möglich, die Stellenanteile zu besetzen, damit die Vakanz nicht zulasten der verbleibenden Mitarbeiter gehe. Sie fordere SenArbIntFrau auf, zu kürzeren Stellenbesetzungsverfahren zu kommen. Lange Verfahren gingen zulasten der Verwaltungsmitarbeiter und der Arbeitsfähigkeit der Verwaltung.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) bedankt sich bei Staatssekretär Velter für den Bericht über die Umstrukturierung im LAGetSi. Auf den UA PHPW zu verweisen, sei aber keine Antwort auf Fragen im Fachausschuss. Er wünsche für die zweite Lesung im Hauptausschuss den angebotenen Bericht über die Arbeit der Arbeitsgruppe und einen Bericht über die Neustrukturierung im LAGetSi.

Vorsitzende Anja Kofbinger weist darauf hin, dass der Hauptausschussvorsitzende darum gebeten habe, dass die Fachausschüsse keine Berichte für den Hauptausschuss anfordern sollten. Die Berichte sollten deshalb für den Ausschuss für Ende Oktober angefordert werden. Dann könne der Ausschuss im November darüber beraten.

Michael Freiberg (CDU) macht darauf aufmerksam, dass Personalangelegenheiten im UA PHPW vorbesprochen würden. Dem Hauptausschuss würden dann die Ergebnisse berichtet. Diesem Verfahren hätten auch die Geschäftsführer der Fraktionen zugestimmt. Personalentwicklung sei in allen Verwaltungen ein Hauptthema, da das Personal überaltert sei und die Besetzungsverfahren zwar juristisch korrekt seien, aber teilweise zu lange dauerten. Zudem seien nicht alle Stellen des öffentlichen Dienstes attraktiv für Bewerber. Mit all diesen Problemen setze sich das Parlament auseinander. In vielen Senatsverwaltungen bemühe man sich darum, die Bewerbungsverfahren zu beschleunigen.

Bürgermeisterin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) stellt klar, dass sie nur auf das im Parlament verabredete Verfahren hingewiesen habe. SenArbIntFrau könne gerne in verschiedenen Ausschüssen über Personalpolitik sprechen. SenArbIntFrau sei wie alle anderen Verwaltungen auch im UA PHPW zu diesen Fragen berichtspflichtig. Den Bericht könne SenArbIntFrau gerne auch dem Fachausschuss zur Verfügung stellen.

Die freien Stellen im LAGetSi seien schon vor ihrem Amtsantritt nicht besetzt gewesen, was maßgeblich an der fehlenden Verordnung über die technische Laufbahn gelegen habe. Für die hochspezialisierten Stellen im LAGetSi seien nicht leicht Bewerber zu finden, weshalb selbst für den eigenen Bedarf ausgebildet werden müsse. – Von SenArbIntFrau seien zwei Personen an das LAGeSo abgeordnet worden.

Vorsitzende Anja Kofbinger hält fest, dass Senatorin Kolat zugesagt habe, die Unterlagen für den UA PHPW auch dem Fachausschuss ArbIntFrau zur Verfügung zu stellen. Damit sei Berichtsauftrag Nr. 1 erledigt.

Übergreifend Einzelplan 09

Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma (Aktionsplan Roma) – Nr. 2

- Bericht SenArbIntFrau – III B – vom 21.09.2015 [0220-46](#)
- Rote Nummer 2355 ArbIntFrau
- Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma** Haupt(f)
- (Aktionsplan Roma)**
- Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
- (Berichtsauftrag Nr. 2)
- Einzelplan 09

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) betont, wenn schon ein ethnisierender Aktionsplan aufgelegt werde, wofür es Argumente geben könne, dann nur, wenn darin Antiziganismusmaßnahmen festgeschrieben seien. Der Roma-Aktionsplan enthalte keinerlei Maßnahmen zur Sensibilisierung bezüglich Antiziganismus. Außerdem sei keine Evaluation des Aktionsplans vorgesehen. Weder seien in die Erarbeitung des Plans kompetente Roma-Selbstorganisationen einbezogen worden noch sei eine Evaluation durch solche Organisationen vorgesehen. Sämtliche Maßnahmen des Aktionsplans seien mit den Bezirken schlecht abgesprochen, obwohl im Plan stehe, dass die Auswahl der Träger mit den Bezirken abgesprochen worden sei, was nicht zutrefte. Die mangelnde Fachlichkeit des Aktionsplans zeige sich darin, dass ein einziger Träger eine halbe Mio. Euro ohne eine Ausschreibung erhalte. Dieser Träger lege nicht einmal vollständige Berichte vor. Noch immer sei unklar, wo die 83 Menschen aus dem Nos-

tel geblieben seien. Auch die Unterbringungsorte würden ohne nachvollziehbaren Grund geheimgehalten.

Elke Breitenbach (LINKE) wendet ein, auch wenn es Gründe gebe, die Adressen geheimzuhalten, könnten sie dem Abgeordnetenhaus wenigstens nichtöffentlich mitgeteilt werden. Maßnahmen gegen Antiziganismus seien ihres Wissens im letzten Bericht über den Roma-Aktionsplan enthalten gewesen. Nun werde nicht einmal mehr der Begriff verwendet, außer bei der Regiestelle bei Amaro Foro, die antiziganistische Vorfälle erfasse.

Dass es den Aktionsplan Roma gebe, sei richtig. Dies sei eine Weiterentwicklung der Maßnahmen, die unter Rot-Rot eingeleitet worden seien. Problematisch sei, dass die Finanzierung vieler Maßnahmen Ende des Jahres auslaufe und über EHAP finanziert werden solle. Darüber liege noch keine Entscheidung vor. Was geschehe, wenn die Finanzierung nicht von EHAP übernommen werde? Wie stelle SenArbIntFrau sicher, dass die Projekte und Maßnahmen dann weitergeführt würden? Wo sei die notwendige Landeskofinanzierung für EHAP etabliert?

Bürgermeisterin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) berichtet, der Senat habe vor zwei Tagen den ersten Umsetzungsbericht zum Aktionsplan zur Kenntnis genommen. Der Bericht sei dem Parlament erst am gestrigen Tag zugegangen, weshalb sie verstehen könne, wenn es noch Fragen gebe, die aber dort zum großen Teil ausführlich beantwortet würden.

Das Thema Roma-Familien sei nach wie vor in Berlin ein großes Thema der Integrationspolitik. Der Senat habe sich schon frühzeitig im Jahr 2010 damit befasst. 2013 sei der Aktionsplan im Senat verabschiedet worden. Die Lage habe sich gegenüber 2010 deutlich verbessert. Der Senat werde jedoch die Anstrengungen im Rahmen des Aktionsplans fortsetzen und erweitern. Auch der Bund habe sich des Themas angenommen und 3 Mio. Euro mehr finanziert, mit denen verschiedene Maßnahmen verstärkt worden seien.

Gelungen sei es, dass viele Roma-Kinder in Kitas und Willkommensklassen aufgenommen worden seien. Jugendliche Roma seien in Berufsorientierung und Berufsvorbereitung aufgenommen worden. Auch die Wohnsituation habe sich verbessert, wenngleich Roma noch teilweise Opfer krimineller Vermieter seien. Auch hier biete der Aktionsplan Hilfe an.

Das Nostel laufe gut. Sie werde nicht den Aufenthalt von Roma-Familien erforschen; hier müsse sie Frau Dr. Kahlefeld enttäuschen. Das Nostel sei eine Notunterkunft. Es werde darauf geachtet, dass die Menschen danach in ordentliche Wohnverhältnisse kämen. – Gegen Antiziganismus vorzugehen, sei eine wichtige Querschnittsaufgabe. Hier geschehe mehr, als hier behauptet worden sei.

Eren Ünsal (SenArbIntFrau; LADS) ergänzt, eine wichtige Aufgabe innerhalb des Aktionsplans sei es, antiziganistische Vorfälle zu erfassen. Im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus werde Amaro Foro seit 2014 diesbezüglich mit jährlich 50 000 Euro gefördert. Es sei geplant, diese Förderung beizubehalten. Bereits 2014 seien 107 antiziganistische Vorfälle registriert worden. Amaro Foro leiste aber auch Sensibilisierungsarbeit, führe Fortbildungen durch, mache Informationsarbeit und Kampagnen und erstelle Materialien.

Feindlichkeiten gegenüber Sinti und Roma seien auch in die LADS-Kampagne „Diskriminierung hat viele Gesichter“ aufgenommen worden. In der LADS-Diversity-Akademie sei das Thema aufgegriffen worden. Auch künftig würden Sensibilisierungsangebote für Verwaltungsmitarbeiter und Menschen aus der Zivilgesellschaft gemacht.

Vorsitzende Anja Kofbinger teilt mit, dass zur EHAP-Finanzierung beim Berichtsauftrag Nr. 14 berichtet werde.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) erklärt, die Registrierung von antiziganistischen Vorfällen sei keine Sensibilisierung für Antiziganismus. Es sei nicht nur der Begriff „Antiziganismus“ im Bericht weggefallen, sondern die Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V. – RAA –, der einzige Träger, der dazu ein Projekt aufgelegt habe, werde nicht mehr gefördert. Antiziganismus könne nicht einfach unter Rassismus subsumiert werden.

An der Situation von Sinti und Roma in der Stadt habe sich wenig verbessert. Es falle wegen der vielen Flüchtlinge nur nicht mehr auf. Auch von einer Verbesserung der Wohnsituation könne nicht die Rede sein. Sie erinnere an die monatelangen Missstände in einem Haus in der Grunewaldstraße. Dies habe der Bezirk Schöneberg allein und ohne Unterstützung des Senats leisten müssen. – Dass ein Aktionsplan erst einmal aufgestellt werde, sei noch verständlich. Dies sei auch gelungen. Doch in die Weiterentwicklung des Aktionsplans hätten die kompetenten Selbstorganisationen zwingend einbezogen werden müssen. – Selbstverständlich müsse jeder Träger Erfolgsberichte schreiben. Deshalb wäre es nur recht und billig, wenn die Weitervermittlung von Familien aus der Notunterkunft in Wohnungen belegt werden müsste.

Elke Breitenbach (LINKE) widerspricht ihrer Vorrednerin. Die Betroffenen seien freie Menschen, die selbst entschieden, wohin sie gingen. Wenn in Nostels allerdings zur Aufgabe hätten, Menschen über Beratung in Regelsysteme zu überführen, müsste wenigstens festgestellt werden können, wer in den Regelsystemen gelandet sei. Diese Erfolgsquoten müssten auch andere Träger liefern. Da der Bericht noch nicht vorliege, könne man nichts nachlesen. Funktioniere das Clearingverfahren?

Michael Freiberg (CDU) bemerkt, Adressen von Nostels dürften nicht ausgegeben werden. – Mit dem Thema, wie dagegen vorzugehen sei, dass Notsituationen von Menschen in sog. Schrottimmobilien ausgenutzt würden wie z. B. in der Grunewaldstraße, habe sich auch der Hauptausschuss auseinandergesetzt. Hier solle gegen solche Eigentümer vorgegangen werden, indem sie bekanntgemacht würden. Habe es tatsächlich der Bezirk Schöneberg allein geschafft, die Zustände im betreffenden Haus in der Grunewaldstraße zu verbessern? Man müsse prüfen, ob das vorhandene rechtliche Instrumentarium ausreiche, um gegen derartige Vermieter vorzugehen. Hier müssten sich alle Stellen besser vernetzen, innerhalb eines Bezirks, aber auch innerhalb des Senats. Der angekündigte Bericht müsse im Hauptausschuss geprüft werden.

Eren Ünsal (SenArbIntFrau; LADS) erläutert, dass das Thema Sensibilisierung und Aufklärung nicht isoliert in einzelnen Projekten behandelt werden solle, sondern Schwerpunktaufgabe sei. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten überschneiden sich oft, weshalb eine Kampagne wie die der LADS alle betreffe.

Amaro Foro registriere nicht nur Vorfälle, sondern habe auch die Aufgabe, Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten, gesamtgesellschaftlich, aber auch in Zusammenarbeit mit Berliner Behörden, mit denen geeignete Präventionskonzepte entwickelt würden. Amaro Foro sei vernetzt mit anderen Projekten wie Reach Out, um auch dort für Sensibilisierung zu sorgen.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass Berichtsauftrag Nr. 2 damit erledigt sei.

**Übergreifend Einzelplan 09
Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2007-2013) – Nr. 3**

- Bericht SenArbIntFrau – Z C 2 – vom 21.09.2015 [0220-18](#)
Rote Nummer 2275 ArbIntFrau
Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Haupt(f)
Zwecke (Förderperiode 2014-2020)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 3)
Einzelplan 09

Sabine Bangert (GRÜNE) bemerkt, sie bedanke sich für den ausführlichen Bericht. Auf Seite 3 werde darauf hingewiesen, dass über zusätzliche Mittel in der neuen Förderperiode auch berufsbezogene Sprachkurse zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit von Geflüchteten angeboten werden könnten. In welchem Titel sei dies etatisiert? Betreffe dies Einzelmaßnahmen oder Kurse für Berufsgruppen?

Ralph Pifko (SenArbIntFrau) antwortet, die ESF-Mittel in Höhe von 400 000 Euro seien für diesen Zweck bei Kapitel 0910 – Beauftragte/r für Integration und Migration –, Titel 68495 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020) – etatisiert, die Kofinanzierung beim Sachtitel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – mit veranschlagt.

Andreas Germershausen (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) erklärt, in den Jahren 2014 und 2015 hätten aus Mitteln der alten ESF-Förderperiode die Aktivitäten – Heranführung von Roma an Qualifizierung und berufsbezogene Sprachförderung – erstmals begonnen, dann verstärkt werden können. Diese sollten fortgesetzt werden, wofür einzelne Träger beauftragt würden.

Sabine Bangert (GRÜNE) wendet ein, dass im Bericht von Geflüchteten die Rede sei. Dringen gesucht würden berufsspezifische Sprachkurse. Bestehe die Möglichkeit, über diesen Titel solche Sprachkurse zu fördern?

Andreas Germershausen (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) antwortet, solche Sprachkurse würden vorrangig über das IQ-Netzwerk angeboten. Hier könnten auch für kleine Gruppen zusätzliche qualifizierende Sprachförderungen mit Ziel Berufsfähigkeit angeboten werden.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 3 erledigt sei.

Übergreifend Einzelplan 09

Maßnahmen der Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und Qualifizierung für Geflüchtete – Nr. 4

- Bericht SenArbIntFrau – II D 3 – vom 18.09.2015 [0220-47](#)
Rote Nummer 2353 ArbIntFrau
Maßnahmen der Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und Qualifizierung für Geflüchtete Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 4)
Einzelplan 09

Fabio Reinhardt (PIRATEN) gibt seiner Verwunderung Ausdruck, dass einerseits die Berufsorientierung und -vorbereitung von Geflüchteten zum Schwerpunkt erklärt werde, andererseits bei QSInova nur 10 mal 16 Teilnehmer/-innen, also 160 pro Jahr, beraten würden. Seien Projekte mit mehr Teilnehmerzahlen, sei der Aufbau von Strukturen geplant?

Elke Breitenbach (LINKE) teilt mit, sie werde auf die Einzelmaßnahmen später bei der Behandlung beim Kapitel Arbeit eingehen. – Das Diagramm Arbeitsmarktintegration Geflüchteter in Berlin veranschauliche die verschiedenen Akteure. Bei SenArbIntFrau sei u. a. mobile Bildungsberatung angeführt. Handele es sich dabei um die zwölf Personen, die in Deutschkursen Beratungen anböten? Treffe es zu, dass in den nächsten zwei Jahren weitere mobile Bildungsberater/-innen ausgebildet werden sollten? – Die Ausländerbehörde habe bei der Integration in Arbeit eine maßgebliche Rolle, da sie die Arbeitserlaubnis erteile. Habe man sich darauf verständigt, dass die Ausländerbehörde künftig ihre Spielräume zugunsten der Geflüchteten nutze? – Treffe es zu, dass Bundesmodellprojekt „Early Intervention“ der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit bald auslaufen werde? Treffe es zu, dass das Modellprojekt wegen der Gesetzesänderung, dass Geflüchteten bereits nach drei Monaten der Zugang zum Arbeitsmarkt offenstehe, nicht mehr greife? Wie viele Menschen hätten in Berlin an diesem Modellprojekt teilgenommen? – Sei geklärt, ob Geflüchtete ein Studium aufnehmen dürften?

Sabine Bangert (GRÜNE) bemerkt, es sei zu befürchten, dass die vielen Akteure, ungeklärte Zuständigkeiten und Schnittstellen und Bürokratie die Arbeitsmarktintegration Geflüchteter schwierig mache. Schon die sog. Übersicht trage eher zur Verwirrung als zur Klärung bei. Offensichtlich stehe Berlin mit der Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt noch am Anfang. Es fehlten Strukturen. Wenn diese nun geschaffen würden, müsse darauf geachtet werden, dass sie einfach und klar seien, damit die Betroffenen Ansprechpartner hätten.

Es sei bemerkenswert, wenn QSInova es tatsächlich schaffte, in einer einstündigen Beratung eine Kompetenzfeststellung zu machen und über die unterschiedlichen Wege, wie ein Berufsabschluss nachgeholt werden könne, zu informieren. Eine externe Kompetenzfeststellung sei nur noch für 16 Personen vorgesehen. Solche kleine Kurse wie bei QSInova und Early Intervention reichten nicht aus. An bestehende Projekte Minimal-Flüchtlingskurse anzuhängen, bringe nicht weiter, wo gezielte Maßnahmen für Geflüchtete dringend nötig seien. Es müssten die Bedarfe konkret ermittelt und zielgerichtet vorgegangen werden.

Bürgermeisterin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) erläutert, die Übersicht zeige alle Akteure, die koordiniert werden müssten. Dies sei die Aufgabe der Lenkungsgruppe Arbeitsmarktintegration Geflüchteter, die Steuerungsgruppe, an der alle Akteure beteiligt seien: die Kammern, die Arbeitgeberverbände, der DGB, die Regionaldirektion, das BAMF, alle zuständigen Senatsverwaltungen und die Wohlfahrtsverbände, der Flüchtlingsrat, Xenion und die landeseigenen Betriebe mit „mehrwert“. Es werde außerdem eine Koordinierungsstelle beim Integrationsbeauftragten geben. Die Übersicht solle Transparenz herstellen. – Nicht richtig wäre es, wenn ein Sondersystem für Geflüchtete z. B. ein spezielles Jobcenter eingerichtet würde. Die Geflüchteten sollten die Regelangebote nutzen können. Die erste Aufgabe sei es, Zugänge herzustellen.

QSinova sei ein Projekt, das schon länger daran arbeite, vorhandene Qualifikationen festzustellen, damit weiterqualifiziert werden könne. Es sei ein Projekt unter vielen. Das BAMF und die Regionaldirektion seien die erste Adresse für die Kompetenzfeststellung. Bei der Registrierung beim BAMF würden seit Neuem schriftlich die Kompetenzen abgefragt. Die Kammern böten eine Kompetenzfeststellung in den Betrieben an.

Das Modellprojekt „Early Intervention“ sei im Land Berlin mit 200 Plätzen vorgesehen gewesen. 160 bis 180 seien von der Bundesagentur besetzt worden. Aus den dort gewonnenen Erkenntnissen sollten Schlüsse gezogen werden. Beim Gipfeltreffen zw. Bund und Ländern sei vereinbart worden, dass „Early Intervention“ verstetigt und erweitert werde.

Die Ausländerbehörde spiele eine wesentliche Rolle bei der Arbeitsmarktintegration Geflüchteter, weshalb SenInnSport auch in der Steuerungsgruppe mitarbeite. Die Unternehmen müssten Sicherheit erhalten und bei den Formalitäten der Ausländerbehörde unterstützt werden. – Für das Studium Geflüchteter gebe es Fortschritte. Senator Henkel habe sich dazu bereit erklärt. Noch laufe die Feinabstimmung. Für Geduldete gebe es schon Fortschritte.

Burgunde Grosse (SPD) weist darauf hin, dass sich einige Arbeitgeber an sie gewandt hätten, weil sie Flüchtlinge ausbilden wollten. Es wäre sinnvoll, eine einzige Anlaufstelle zu schaffen, die alle Informationen geben könnte. Bisher seien mehrere Stellen zuständig. Da zahlreiche Flüchtlinge in Arbeit integriert werden sollten, müsse eine Ansprechstelle geschaffen werden.

Sabine Bangert (GRÜNE) wendet ein, das Vorhandensein einer Lenkungsgruppe sei keine Garantie für Effektivität, dies zeige der Umgang mit der KGSt-Studie. Bisher habe es noch nie funktioniert, für eine spezielle Gruppe in allen Jobcentern kompetente Ansprechpartner zu schaffen. Kompetenzen müssten gebündelt werden. Noch bestehe die Chance, eine effektive Struktur zu schaffen. – Maßnahmen mit 16 Teilnehmern im Jahr könne man sich nicht mehr leisten angesichts der Vielzahl der Hilfe und Unterstützung benötigten Menschen.

Elke Breitenbach (LINKE) erinnert an ihre Frage, ob man sich mit der Ausländerbehörde verständigt habe, auf welcher Grundlage sie Beschäftigungserlaubnisse erteile und ob sie ihre Spielräume nutze. – Sie bitte die Senatorin, sich bei der DGB-Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten zu erkundigen, wo die Schnittstellen nicht funktionierten und Betroffene von Behörde zu Behörde weitergeschickt worden seien. Solche Fälle müssten der Lenkungsgruppe vorgelegt werden, damit dort Abhilfe geschaffen werde.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) erkundigt sich, nach welchen Kriterien die 160 Personen von QSInova für die Berufsorientierung und Beratung ausgewählt würden. Welches Berufsspektrum werde dort angeboten, ausschließlich Handwerksberufe? – Sollte dort das Sprachniveau B1 festgestellt werden? Oder sollte dieses Niveau erreicht werden? Existierten weitergehende Angebote mit dem gleichen Sprachniveau? Gebe es Angebote mit einem niedrigeren oder höheren Sprachniveau?

Canan Bayram (GRÜNE) stellt fest, dass diejenigen, die drei Jahre Aufenthaltserlaubnis erhielten, beim Jobcenter vorsprächen. Das Personal der Jobcenter sei für die Gruppe der jetzt angekommenen Flüchtlinge nicht vorbereitet. Den Grundsatz, dass alle in die Regelsysteme integriert werden sollten, befürworte sie zwar, doch sei dies nicht immer möglich. Die Kompetenz der Mitarbeiter in den Regelsystemen und die Bedarfe der Geflüchteten lägen weit auseinander. Hier müssten Brücken gebaut werden: z. B. Jobcenter mit besonderer Kompetenz bei der Eingliederung Geflüchteter. Sie habe keine Hoffnung, dass die Ausländerbehörde ihre Spielräume zugunsten der Geflüchteten nutze. Aus den Erfahrungen mit der Gastarbeitergeneration wisse man, dass die für Integration zuständige Verwaltung und die Jobcenter maßgeblichen Einfluss auf die tatsächliche Integration nähmen. Hier müssten kreative Lösungen gefunden werden. Die Willkommenscenter könnten z. B. die Jobcenter unterstützen.

Bürgermeisterin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) betont, dass Arbeitgeber tatsächlich Sicherheit bräuchten, dass z. B. ein Jugendlicher nicht während einer Ausbildung abgeschoben werde. Zwei von SenArbIntFrau geförderte Beratungsstellen seien auch für Arbeitgeber: Das Beratungsnetzwerk Bridge arbeite seit Jahren schon in der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen. Auch Arrivo habe diese Kompetenz in der Zusammenarbeit mit Unternehmen und den Innungen entwickelt. Sinnvoll wäre es tatsächlich, wenn nur eine Stelle Ansprechpartner wäre. SenArbIntFrau überlege, eine solche Beratungsstelle für Arbeitgeber bei Bridge einzurichten. Andererseits müssten auch die Arbeitsagenturen und Jobcenter im Sinn der interkulturellen Öffnung spezialisiert werden, damit sie Arbeitgeber ebenfalls beraten könnten. Man müsse doppelgleisig fahren, neue Angebote schaffen und die Regelangebote öffnen.

Sprachförderung und Kompetenzfeststellung finde nicht nur bei QSInova statt. Das Land habe eigene Volkshochschulkurse zum Spracherwerb eingerichtet. Da die Geflüchteten keine homogene Gruppe seien, müssten ganz verschiedene Kurse angeboten werden: für Analphabeten und für das Niveau B1 und B2. Erfreulich sei, dass sich der Bund endlich bereit erklärt habe, die Integrationskurse des BAMF für Menschen mit Gestattungsstatus und Duldung zu öffnen. Dies hätten Berlin und die anderen Bundesländer schon lange gefordert. Dadurch gebe es auch mehr Möglichkeiten, das Sprachniveau B1 und B2 zu erreichen. Darüber hinaus seien berufsbezogene Sprachkurse nötig. Neu sei, dass die BAMF-ESF-Kurse erweitert würden. Es solle mehr Schnittstellen zw. den Integrationskursen, den Deutschkursen und den sprachbezogenen Kursen geben.

Es sei eine große Herausforderung für die Jobcenter und die Agenturen für Arbeit, die interkulturelle Öffnung bezüglich geflüchteter Menschen voranzubringen. Positiv sei, dass die Bundesagentur mehr Mittel und Personal für die Jobcenter und Arbeitsagenturen erhalte. Damit könne der Betreuungsschlüssel besser werden, da der Betreuungsaufwand für die Geflüchteten höher sei. Die Übersicht „Arbeitsmarktintegration Geflüchteter in Berlin“ im Bericht zeige, dass sehr viele Anspruch auf Leistungen nach SGB II und III hätten, teils schon nach dem ersten Tag, teils nach drei Monaten. Mit der Rechtsänderung ändere sich das

Schaubild, weil viel früher in Arbeit und Ausbildung vermittelt werden solle. Damit wäre der Forderung, dass die Jobcenter und die Agenturen für Arbeit die Menschen schneller erreiche, entsprochen.

Berlin sei hier schon weiter. Neben den zwölf Bildungsberater/-innen, die das Land Berlin eingestellt habe, habe auch die Regionaldirektion der Arbeitsagentur Berlin-Brandenburg eigene Bildungsberater eingestellt. Deshalb arbeiteten zwei mobile Teams, die jetzt noch verstärkt werden sollten.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) bemerkt, alle seine Fragen seien nicht beantwortet worden. Beziehe sich die Kompetenzfeststellung von QSInova konkret auf Handwerksberufe oder auch auf andere Berufsgruppen? Wie würden die 160 Teilnehmer/-innen ausgewählt? Existierten andere Projekte mit diesem oder anderen Sprachniveaus als Voraussetzung? Er würde gerne das Gesamtbild betrachten, aber es liege ihm nicht vor. Wie viele Projekte mit wie vielen Teilnehmern und Teilnehmerinnen pro Jahr machten in Berlin Kompetenzfeststellung?

Canan Bayram (GRÜNE) stellt klar, dass der Finanzsenator in der gestrigen Sitzung im Hauptausschuss zu den Zahlungen des Bundes für Flüchtlinge erläutert habe, dass der Vereinbarung mit dem Bund zugrundeliege, dass es fünf Monate dauere, bis über den Aufenthaltsstatus eines Geflüchteten entschieden werde. Auch wenn die meisten Geflüchteten wohl einen Anspruch hätten, werde es dauern, bis sie dies schriftlich belegen und beim Jobcenter oder der Arbeitsagentur vorsprechen könnten. Derzeit dauere es in Berlin fünf Monate. Schon den Wartenden vor dem LAGeSo oder in den Unterkünften könnten Berufsqualifikationen u. a. angeboten bzw. der Bedarf festgestellt werden. Mit einer Bestandsaufnahme könnten Schlussfolgerungen für Schwerpunkte gezogen werden.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt erneut, ob es mit der Ausländerbehörde eine Verständigung über die Nutzung von Spielräumen erzielt worden sei.

Bürgermeisterin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) antwortet, mit der Ausländerbehörde sei SenArbIntFrau z. B. in der Steuerungsgruppe ständig in Kontakt. 50 Prozent der Geduldeten hätten derzeit in Berlin Arbeitsverbot. Es gebe keine derartige Verständigung. Doch SenArbIntFrau mache immer wieder ihre Position deutlich und stehe im Austausch mit der Ausländerbehörde und komme in Einzelfällen gut voran.

Die Themen Dauer der Registrierung und der Zeitpunkt, ab wann Menschen Anspruch auf Leistungen nach SGB II und III und auf Zugang zum Arbeitsmarkt hätten, sollten nicht vermengt werden.

Mit dem Projekt QSInova allein könne das Problem der Kompetenzfeststellung von Geflüchteten nicht gelöst werden. SenArbIntFrau öffne die vorhandenen Strukturen für Geflüchtete. Die „Mammutaufgabe“ der Kompetenzfeststellung der Geflüchteten stellten sich jetzt auch die Kammern mit Kompetenzfeststellungen in den Betrieben. Die Regionaldirektion beginne mit der Kompetenzfeststellung direkt beim BAMF. Wie viele Geflüchtete dies betreffe, könne sie nicht sagen, da SenArbIntFrau nur zum Teil dafür zuständig sei. Sie könne versuchen, bei den Kammern nachzufragen, ob es dort Statistiken gebe.

Margit Zauner (SenArbIntFrau) berichtet, das Projekt QSIInova arbeite bereits seit Jahren mit Migrantinnen und Migranten, berate sie, wie sie im Regelsystem unter Nutzung vorhandener Qualifikation in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten. Dabei gehe es auch um Qualifizierungsangebote mit integrierter Sprachförderung. QSIInova habe mit Bildungsträgern zusammen zertifizierten Angebote entwickelt, die im Rahmen des Regelangebots von FbW-Maßnahmen genutzt werden könnten. Die Migranten würden nicht in eine bestimmte Richtung vermittelt, sondern abhängig von ihren Kompetenzen und Wünschen. Um diese Kompetenzfeststellung strukturiert zu machen, fänden Veranstaltungen mit bis zu 16 Personen über zehn Tage statt. Mit einer solchen Maßnahme spare man Zeit, Energie und Geld, weil die Teilnehmer gezielt Informationen über Qualifizierungen aufnehmen könnten und über ihren Stand Bescheid wüssten.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) wiederholt die Frage, wie die 160 Personen ausgewählt würden. Wie werde festgestellt, dass sie ein B1-Sprachniveau hätten?

Bürgermeisterin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) antwortet, es handele sich um ein Beratungsangebot von QSIInova ohne Beschränkungen. Solange Plätze frei seien, könnten sie besetzt werden.

Vorsitzende Anja Kofbinger hält fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 4 erledigt sei.

Leitbild, PartIntG – Nr. 5

- Bericht SenArbIntFrau – AL Z 1 – vom 15.09.2015 [0220-02](#)
Rote Nummer 2214 ArbIntFrau
Leitbild Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 5)
Einzelplan 09

Elke Breitenbach (LINKE) wünscht Auskunft, wie das Leitbild erstellt worden sei. Sei externe Beratung in Anspruch genommen worden, oder sei es intern erarbeitet worden?

Bürgermeisterin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) antwortet, bei einer Leitungsklausur sei festgestellt worden, dass das Haus kein Leitbild mit den Hauptpunkten habe, wofür die Verwaltung stehe, was aber sinnvoll sei. Die einzelnen Abteilungen hätten daraufhin Vorschläge gesammelt, die auf einer Leitungsklausur diskutiert und festgelegt worden seien. Zusammenfassend könne man sagen, SenArbIntFrau wolle Menschen, gleich woher sie kämen, Chancen zur Erwerbsarbeit und Teilhabe geben, und setze sich dafür ein, dass nicht diskriminiert würden.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 5 erledigt sei.

Tarifanpassung – Nr. 6

- Bericht SenArbIntFrau – Z C 2 – vom 18.09.2015
Rote Nummer 2286
Tarifanpassung
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 6)
Einzelplan 09
- [0220-14](#)
ArbIntFrau
Haupt(f)

Sabine Bangert (GRÜNE) fragt, bis wann die Höhe der Summe ermittelt sei, die fehle, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2016 tarifgerecht zu entlohnen. Dies betreffe u.a. die Frauenprojekte. Wie würden die Mittel an die Träger ausgereicht, da die Anträge der Projekte bereits im Oktober 2015 ausgehend vom Tarif 2014 für 2015/2016 gestellt worden seien?

Elke Breitenbach (LINKE) bezieht sich auf die 2 Prozent Erhöhung aller Zuwendungstitel, die für alle Kostensteigerungen inklusive der Tarifanpassung gedacht seien. Habe SenArbIntFrau Kriterien für die Kontrolle der Träger? Wie solle eine Tarifanpassung erreicht werden, ohne die allgemeine Kostensteigerung zu berücksichtigen?

Michael Freiberg (CDU) verweist auf die Hauptausschusssitzung 17/84 vom gestrigen Tag. Dort seien von zwei Senatsverwaltungen Berichte gefordert worden, wenn die Zuwendungsanträge beschieden seien. Mitte 2016 lägen also konkretere Informationen vor.

Helga Hentschel (SenArbIntFrau) erläutert, im Haushalt 2016 würden die Zuwendungstitel um 2 Prozent erhöht. Die dann erhöhte Summe werde 2017 erneut um 2 Prozent erhöht. Damit würden die Zuwendungstitel im Doppelhaushalt insgesamt über 4 Prozent gegenüber 2015 erhöht. Bei der Ausreichung der Mittel werde allerdings die aktuelle Situation der Projekte berücksichtigt: anstehende Mieterhöhungen, Umzüge, unterschiedliche Differenz zum aktuellen Tarif. Hier verschaffe sich SenArbIntFrau erst einen Überblick, könne deshalb noch keine genaue Auskunft geben; später sei dies möglich.

Sabine Bangert (GRÜNE) fragt nach, ob es zutreffe, dass es sein könne, dass die 2 Prozent komplett weitergereicht würden, es aber auch möglich sein könne, dass wegen Mietsteigerung usw. die Zuwendungserhöhung nicht für die 2 Prozent Tarifierhöhung ausreichen könne. Wann würden die Änderungsbescheide erteilt?

Elke Breitenbach (LINKE) erkundigt sich, ob Frau Hentschel für alle Zuwendungsbereiche des Einzelplan spreche. Wenn nicht, müsse das für die anderen Abteilungen geklärt werden.

Helga Hentschel (SenArbIntFrau) antwortet, sie spreche nur für das Kapitel 0950. – Die Projekte bekämen wegen der Erhöhung am Jahresanfang einen Änderungsbescheid für 2016. Es könne nicht grundsätzlich gesagt werden, dass jedes Projekt 2 Prozent Mittelerhöhung erhalte. Zuerst werde geprüft, was für unabweisbare Sachkostensteigerungen nötig sei. Sie gehe hier allerdings nicht von einem großen Umfang aus. Dann werde geprüft, wie die Projekte sich in der Annäherung an den aktuellen Tarif unterschieden. SenArbIntFrau werde u. U. bei Projekten mit geringeren Tarifen einen Ausgleich schaffen. Für 2017 würden die weiteren 2 Prozent über alle Projekte berücksichtigt.

Andreas Germershausen (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) teilt mit, dass dies auch für das Kapitel 0910 gelte. Die Besonderheit sei, dass für die Umsetzung des Partizipations- und Integrationsprogramms Ausschreibungen gemacht und neue Träger aufgenommen würden. Hier werde neu nach TV-L geprüft, sodass tarifgerecht bezahlt werde.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt nach, ob nur die neuen Träger tarifgerecht entlohnten oder alle.

Andreas Germershausen (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) antwortet, bei neuen Projekten werde die Tarifgerechtigkeit gleich geprüft, womit die Anpassung entfalle.

Dr. Ina Czyborra (SPD) versichert, dass beabsichtigt gewesen sei, den bei Zuwendungsempfängern Beschäftigten die Tariferhöhung des öffentlichen Dienstes zukommen zu lassen und ansonsten den Unterschied zum Tariflohn zu verringern. Die hier getroffene Vorsorge von 2 Prozent reiche vermutlich nicht aus.

Bürgermeisterin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) bestätigt ihrer Vorrednerin, dass der Lückenschluss angestrebt werden solle und andererseits versucht werden solle, bei der aktuellen Tariferhöhung mitzugehen. Mit 2 Prozent könne dieser berechtigte Wunsch nicht realisiert werden. Wenigstens die anstehende Tariferhöhung sollte versucht werden mitzugehen. Dies treffe nicht nur den Einzelplan 09.

Elke Breitenbach (LINKE) kritisiert, dass in den jeweiligen Einzelplänen die Erhöhung der Zuwendungstitel unterschiedlich gehandhabt werde. Treffe es zu, dass im Einzelplan 09 bzw. in allen Einzelplänen alle neuen Träger auf tarifgerechte Löhne überprüft würden? Erhielten sie nur eine Zuwendung, wenn sie korrekt bezahlten? Dies wäre ein erster Schritt in Richtung Tariflohn.

Michael Freiberg (CDU) bemerkt, alle Verwaltungen hätten eigene Verfahren, ob und wie sie andere Kostensteigerungen einbezögen. Alle strebten an, die Tariferhöhung weitestgehend durchzureichen. Oberste Aufgabe der Zuwendungsempfänger sei nicht die Tariferhöhung, sondern eine Aufgabe wahrzunehmen. Der Hauptausschuss habe sich darauf geeinigt, von den Senatsverwaltungen bis Mitte des Jahres 2016 Berichte zu fordern, die dann besprochen werden könnten. Auch bei neuen Verträgen gehe es auch nicht nur darum, dass tarifgerecht bezahlt werde, sondern ob der Träger eine bestimmte Aufgabe wahrnehmen könne. Grundsätzliche Absicht sei es, Tarifnähe der Bezahlung zu erreichen.

Alexander Spies (PIRATEN) fragt, ob Zuwendungsempfänger Personalkosten in Zukunft nach TV-L vergütet bekämen. Er wünsche eine eindeutige Antwort.

Bürgermeisterin Dilek Kolat (SenArbIntFrau) antwortet, dies sei teilweise so.

Vorsitzende Anja Kofbinger hält fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 6 erledigt sei.

[Sitzungsunterbrechung von 13.03 bis 13.35 Uhr]

Vorsitzende Anja Kofbinger teilt mit, dass sich die Senatorin wegen eines Krankheitsfalls abwesend sei und sich entschuldigen lasse.

KGSt-Studie (betrifft auch: Kapitel 0940/Titel 54010) – Nr. 7

- Bericht SenArbIntFrau – II A 4 – vom 21.09.2015 [0220-15](#)
- Rote Nummer 2284 ArbIntFrau
- **KGSt-Studie** Haupt(f)
- Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
- (Berichtsauftrag Nr. 7)
- Kapitel 0940/Titel 54010

Elke Breitenbach (LINKE) fragt, was das Ergebnis der zwei von vier Arbeitsgruppen sei, deren Arbeit abgeschlossen sei. Sei das Ergebnis der AG 3 „Trägerversammlungen und SGB II-Koordinierungsstellen“ die Einrichtung der Koordinierungsstelle? Was sei das Ergebnis der AG 4 „Personal in den Jobcentern“? An was arbeiteten die verbleibenden beiden Arbeitsgruppen AG 1: „Zielsteuerung im SGB II in Berlin“ und AG 2 „Leistungen nach § 16a SGB II“? Wann würden Ergebnisse vorgelegt? Wie viele externe Dienstleister seien beauftragt worden für die AGs der KGSt-Studie? Was solle 2016 und 2017 bearbeitet werden? Wie viele Mitarbeiter seien derzeit für SGB II bei SenArbIntFrau zuständig?

Sabine Bangert (GRÜNE) erklärt, dankenswerterweise sei der Prozess jetzt transparent, seit Staatssekretär Velter die Unterlagen zur Verfügung stelle, doch nichtsdestotrotz seien die Kritikpunkte der KGSt-Studie bei den Jobcentern noch nicht behoben worden. Was seien die Ergebnisse der AG 1 und 2, die zusätzlich noch für sechs Monate einen externen Dienstleister beschäftigt habe? Liege dazu ein Bericht vor? Da das Hauptproblem die sozialintegrativen Leistungen seien, sei zu fragen, wie die Schnittstelle zu SenGesSoz verbessert worden sei. Wann würden endlich Verbesserungen bei den Jobcentern umgesetzt?

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) erklärt, durch die Projektsteuerung bei SenArbIntFrau würden viele Ressourcen gebunden. Auch die Jobcenter, Arbeitsagenturen u.a. Verwaltungen befassten sich regelmäßig z. B. in den Trägerversammlungen mit dem Thema, deshalb sei die Schnittstelle der Umsetzung jederzeit gegeben. Auch die Bezirksverordneten und die Stadträte seien beteiligt.

SenArbIntFrau würde es begrüßen, wenn das Parlament der Finanzierung der externen Begleitung für die AG 1 und 2, die ggf. weitergeführt werde, zustimmen würde. Für 2016 und 2017 sei eine Stelle etatisiert, die die Arbeit begleite. Insgesamt seien 11 Personen mit SGB II-Trägerversammlungen und dem Prozess befasst.

Derzeit würden bezüglich der Ergebnisse der Projektgruppen die letzte Lenkungsgruppensitzung zusammengestellt. Die Lenkungsgruppe arbeite hocheffektiv mit guter Beteiligung der Akteure. Nur die Bezirke seien nicht immer alle vertreten gewesen. Die Papiere würden umgehend zur Verfügung gestellt.

Die Arbeitsgruppen hätten durchaus Ergebnisse: Eine Vermittlungsdatenbank für kommunale Stellen sei optimiert, ein Musterkonzept für betriebliches Eingliederungsmanagement entwickelt worden. Hinter den vermeintlich kleinen Schritten steckten lange Arbeitsprozesse, an

denen alle Akteure hätten beteiligt werden müssen. Der Prozess bleibe eine Dauerbaustelle, was an der Konstruktion des SGB II liege, insbesondere mit der Schnittstelle zu Leistungen nach § 16a SGB II. Gut vorangekommen sei man bei den Clearingstellen der §-16a-SGB-II-Leistungen in vier Bezirken; hier arbeite man gut mit SenGesSoz und SenFin zusammen. Auch in den Jugendberufsagenturen sollten die Leistungen gebündelt werden. Die dabei gemachten Erfahrungen sollten für alle Leistungen nach SGB II genutzt werden.

Die externe Begleitung werde von „Undconsorten“, einem Unternehmen, das die Ausschreibung gewonnen habe, geleistet. Das Unternehmen sei zunächst beauftragt, bis Ende des Jahres zu arbeiten und möglichst schnell Anfang 2016 einen Bericht vorzulegen, der den Abgeordneten zur Verfügung gestellt werde. Dann werde die AG 2, in der SenGesSoz fachlich zuständig sei, das weitere Vorgehen überlegen. SenArbIntFrau begleite dies mit Expertise und externem Sachverstand.

Burgunde Grosse (SPD) erkundigt sich, ob die Zusammenarbeit von Jobcentern verbessert worden sei, wenn ein Kunde von einem Bezirk in einen anderen umziehe. Werde die Akte inzwischen automatisch weitergegeben? Könnten auch begonnene Maßnahmen im ehemals zuständigen Bezirk fortgesetzt werden?

Elke Breitenbach (LINKE) bemerkt, es sei unklar, wofür SenArbIntFrau 90 000 Euro in den kommenden beiden Haushaltsjahren verwende. Für was genau solle „Undconsorten“ bezahlt werden? Wann sei ausgeschrieben worden? Sei überhaupt ausgeschrieben worden? Warum sei der Ist-Betrag so niedrig?

Alexander Spies (PIRATEN) spricht die Vermutung aus, dass man auf die Vorschläge zur Zielsteuerung von „Undconsorten“ länger warten müsse. Was genau sei der Auftrag für „Undconsorten“ bezüglich der Leistungen nach § 16a SGB II? Welche Verbesserungen seien bisher erreicht worden?

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) verweist auf den letzten Satz des Berichts auf Seite 2, wo es um die Ausschreibung gegangen sei:

Der Hauptausschuss wurde über die geplante Auftragsvergabe mit Berichten (Rote Nummern 1345 A-D) unterrichtet.

Elke Breitenbach (LINKE) wendet ein, dort sei keine Information zu finden, dass der Hauptausschuss über die Ausschreibung informiert worden sei.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) wundert sich, er habe im Hauptausschuss dazu mehrfach Fragen beantwortet. Die Information müsse im besagten Bericht zu finden sein.

Die Lenkungsgruppe habe sich auf die modellhafte Erprobung der Clearingstellen zu Leistungen nach § 16a SGB II verständigt. Die betreffenden Jobcenter hätten inzwischen die Fachkonzepte eingereicht. Bewährten sie sich, sollten sie ausgeweitet werden. Die externe Begleitung solle die Arbeitspakete 1 und 2 unterstützen. Derzeit werde geprüft, auf welche Ziele sich die Jobcenter verständigen könnten. Einzelne Trägerversammlungen hätten schon Controlling eingesetzt, um die Bedarfe zu ermitteln. Einer Unterarbeitsgruppe sei es in zahlrei-

chen Sitzungen nicht gelungen, die Bedarfe zu klären. Nun solle der externe Dienstleister den Prozess voranbringen.

Die Grundkonstruktion der gemeinsamen Einrichtung der Jobcenter verhindere es, dass ein Bescheid rechtlich automatisch in einem anderen Jobcenter gelte. SenArbIntFrau habe versucht, deswegen beim BMAS zu intervenieren. Dieses habe keine Möglichkeit gesehen, eine Lex Berlin zu schaffen. Wenigstens habe sich die Hoffnung, dass durch die Einführung des Programms Allegro die Stammdaten wenigstens schneller übermittelt werden könnten, bewahrt. In Einzelfällen sei es, wenn er persönlich nachfrage, möglich, dass Maßnahmen bei Bezirkswechsel weiterliefen.

Elke Breitenbach (LINKE) erinnert daran, dass es seit vielen Jahren nicht funktioniere und nur etwas möglich gemacht werden könne, wenn auf Staatssekretärebene Einzelfällen nachgegangen werde.

Im Schreiben rote Nr. 1345 D fänden sich längere allgemeine Ausführungen über die Tätigkeit des externen Dienstleisters, aus denen nicht klar werde, was genau das Unternehmen machen solle. Deshalb sei es problematisch, hierfür erneut 90 000 Euro zu etatisieren, zumal keine Ergebnisse der bisherigen Arbeit vorlägen.

Sabine Bangert (GRÜNE) gibt zu bedenken, dass die Bewältigung der sozialintegrativen Leistungen in den Jobcentern zusammen mit den Bezirken maßgeblich auch für die Betreuung von Geflüchteten sei. Gerade bei Jugendlichen müssten die Vermittlungshindernisse z. B. Schulden angegangen werden. Die Bezirke hätten händeringend um Unterstützung bei den sozialintegrativen Leistungen gebeten, sähen aber bisher keinen Erfolg. Ohne Problemlösung hier sei kein SGB-II-Optimierungsprozess zu erwarten.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) gibt seiner Vorrednerin darin recht, dass die Umsetzung von § 16a SGB II Schlüsselfunktion habe. Auch eine internationale Konferenz habe dies ergeben. Er sei allerdings optimistisch, dass man hier zu deutlichen Verbesserungen komme z. B. mit den Jugendberufsagenturen. Auch bei neuen Projekten werde dies beachtet, z. B. beim Programm soziale Teilhabe.

Die Aufgabenbeschreibung für den externen Dienstleister habe er jetzt nicht vorliegen. Sie sei jedoch selbstverständlich konkret. Die Verpflichtung sei rechnungshofkonform gelaufen.

Elke Breitenbach (LINKE) weist darauf hin, dass es im Hauptausschuss Kontroversen darüber gegeben habe, ob der Hauptausschuss darüber informiert worden sei oder nicht.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) betont, dies werde geklärt.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 7 erledigt sei.

Niedrigschwelliges Beratungsangebot für Erwerbslose (BALZ) – Nr. 8

- Bericht SenArbIntFrau – II C 2 – vom 21.09.2015 [0220-16](#)
Rote Nummer 2282 ArbIntFrau
Niedrigschwelliges Beratungsangebot für Haupt(f)
Erwerbslose (BALZ)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 8)
Einzelplan 09

Vorsitzende Anja Kofbinger weist darauf hin, dass von der Koalition dazu ein Änderungsantrag Nr. 2 vorliege – siehe Berichtsauftrag Nr. 50.

Elke Breitenbach (LINKE) zeigt sich erfreut, dass das Berliner Arbeitslosenzentrum – BALZ – nun finanziert werde. Der Bericht sei allerdings unverständlich. Habe SenArbIntFrau Kontakt mit BALZ aufgenommen?

Sabine Bangert (GRÜNE) zeigt sich ebenfalls verwundert über die Aussage des Berichts, dass kein Förderantrag vorliege, die Förderung aber vorgesehen sei. Über das Beratungsangebot von BALZ hinaus müsse es langfristiges Ziel sein, Clearingstellen bzw. Ombudsstellen in jedem Jobcenter einzurichten. Damit wäre eine Busberatung ein bis zwei Mal pro Jahr an jedem Jobcenter verzichtbar.

Burgunde Grosse (SPD) stellt richtig, dass der Beratungsbus nicht nur ein bis zwei Mal jährlich vor den Jobcentern berate. Die beantragten 60 000 Euro pro Jahr ermöglichten es, dass im Bus sechs Monate vor den Jobcentern beraten werden könne. Bis die Clearingstellen eingerichtet seien, was vermutlich nicht in alle Jobcentern in den nächsten zwei Jahren schafften, sei die Beratung von BALZ notwendig.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) betont, auch SenArbIntFrau halte es für zielführend, Konflikte untergerichtlich zu klären. BALZ sei hier ein gutes Angebot. Er stehe mit dem Ombudsmann des Jobcenters Friedrichshain-Kreuzberg und der Clearingstelle Tempelhof-Schöneberg in regelmäßigem Kontakt. Auch Spandau habe ein gut funktionierendes Beratungssystem. – Er werde sich mit Vertretern von BALZ treffen, außerdem der für SGB II zuständige Mitarbeiter. Auch Staatssekretärin Loth habe Kontakt aufgenommen.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 8 erledigt sei.

Umsetzung UN-Behindertenrechtskonvention – Nr. 9

- Bericht SenArbIntFrau – LAP – vom 21.09.2015 [0220-13](#)
Rote Nummer 2261 ArbIntFrau
Umsetzung UN-Behindertenrechtskonvention Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 9)
Einzelplan 09

Elke Breitenbach (LINKE) informiert, dass Die Linke hierzu Schriftliche Anfragen stelle.

Sabine Bangert (GRÜNE) fragt, wer Träger für die 2016 geplante Beschäftigung von bis zu 200 Schwerbehinderten/Rehabilitanden in sogenannten sozialen Betrieben sei. Was sei darunter zu verstehen? Sei dies ein zusätzliches Angebot zu den Integrationsbetrieben?

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) erläutert, derzeit werde neben den Angeboten der Bundesagentur für Arbeit mit dem Programm soziale Teilhabe ein ergänzendes Angebot für die spezifische Zielgruppe entwickelt. Es sei geplant, Mittel im Rahmen der öffentlich geförderten Beschäftigung bei FAV zur Verfügung zu stellen. Hier sei ein höherer Sachkostenanteil möglich, um die Teilnehmer 18 Monate zu beschäftigen.

Dr. Thomas Günther (SenArbIntFrau) ergänzt, derzeit laufe die Konzeptionsphase. Ein Träger habe ein Konzept vorgelegt. Es sollten bis zu 200 Schwerbehinderte/Rehabilitanden teilnehmen. Es handele sich um eine Kofinanzierung von Jobcenterförderung und einer erhöhten landesseitigen Förderung im Hinblick auf den besonderen Bedarf dieser Zielgruppe. Die Teilnehmer sollten in werkstattartigen Betrieben tätig sein.

Sabine Bangert (GRÜNE) fragt, ob die Betriebe auf dem ersten Arbeitsmarkt agierten und einen Nachteilsausgleich für die eingeschränkte Leistungsfähigkeit von Schwerbehinderten/Rehabilitanden erhielten. Was sei der Unterschied dieses Modells zu den Werkstätten?

Elke Breitenbach (LINKE) wirft die Frage auf, ob es sich um sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen von FAV handele. Was arbeiteten die Menschen dort?

Dr. Thomas Günther (SenArbIntFrau) antwortet, ein Nachteilsausgleich sei insofern richtig, dass es sich um FAV handele. Die Förderung der Jobcenter sehe dann wie in anderen Feldern aus. Das Besondere sei, dass neben der erhöhten landesseitigen Finanzierung auch die speziellen Bedürfnisse der Zielgruppe in Spezialeinrichtungen z. B. medizinische Vorkehrungen beachtet werden sollten. Die Tätigkeitsfelder seien ebenso auf die Möglichkeiten der Betroffenen zugeschnitten.

Sabine Bangert (GRÜNE) fragt nach, wie sich diese Betriebe von Werkstätten abgrenzten. Sie wünsche, dass dem Ausschuss das Konzept vorgelegt werde.

Vorsitzende Anja Kofbinger teilt mit, dass SenArbIntFrau das Konzept zugesagt habe. Damit sei der Berichtsauftrag Nr. 9 erledigt.

Umsetzung der Empfehlungen des NSU Untersuchungsausschusses im Land Berlin (betrifft auch: Kapitel 0901) – Nr. 10

- Bericht SenArbIntFrau – LADS D 2 – vom 21.09.2015 [0220-17](#)
Rote Nummer 2264 ArbIntFrau
Umsetzung der Empfehlungen des NSU Untersuchungsausschusses im Land Berlin Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 10)
Kapitel 0901

Elke Breitenbach (LINKE) ist der Auffassung, dass die berichteten Maßnahmen nicht die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses umsetzen, da sie alle bereits vorher bestanden hätten. Sei geplant, weitere Maßnahmen einzuleiten?

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) berichtet, SenArbIntFrau habe die Empfehlungen beachtet und sich mit Polizeivizepräsidentin Koppers getroffen, um vorhandene Maßnahmen zu intensivieren.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt, in welcher Form sie intensiviert worden seien.

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) antwortet, dies sei durch Fortbildungen und Organisationsentwicklungsmaßnahmen geschehen.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 10 erledigt sei.

Maßnahmen für Flüchtlinge – Nr. 11

- Bericht SenArbIntFrau – AL III 3 – vom 21.09.2015 [0220-48](#)
Rote Nummer 2350 ArbIntFrau
Maßnahmen für Flüchtlinge Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 11)
Einzelplan 09

Elke Breitenbach (LINKE) schlägt vor, die einzelnen Maßnahmen bei der Beratung der Titel zu behandeln.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) stimmt dem zu.

Vorsitzende Anja Kofbinger bemerkt, damit sei der Berichtsauftrag Nr. 11 erledigt.

Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ (betrifft auch: Kapitel 09 40 Titel 683 56) – Nr. 12

- Bericht SenArbIntFrau – II C 2 – vom 21.09.2015 [0220-03](#)
Rote Nummer 2215 ArbIntFrau
Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 12)
Kapitel 0940/Titel 68356

Elke Breitenbach (LINKE) weist darauf hin, dass sich einige Jobcenter für die Teilnahme am Bundesprogramm beworben hätten, andere nicht. Bis wann werde entschieden, wie in Berlin mit den über 700 Beschäftigungsverhältnissen verfahren werde? Sie bitte um Erläuterung, was es bedeute, dass die umsetzenden Träger eine ergänzende Pauschale erhielten, wenn die Maßnahmen mit „Berlin-Arbeit“ verknüpft würden.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) antwortet, vier Bezirke hätten vom BMAS inzwischen einen Zuschlag für 715 Förderfälle erhalten. Neun Jobcenter hätten sich beworben. In Spandau hätten sich schon 150 Personen für 100 Plätze beworben. Auch in den anderen teilnehmenden Bezirken laufe das Programm an. Das Land werde die erhöhte Förder-summe von 200 Euro pro Monat und Person bereitstellen, weil auch hier mehr Sachkosten erforderlich seien. – Das Berliner Jobcoaching sei insbesondere ein Angebot an die im Be-reich öffentlich geförderte Beschäftigung Geförderten, 13 000 im letzten Jahr und aktuell zw. 6 000 und 8 000. Auch die über das Bundesprogramm geförderten Personen sollten über das Jobcoaching begleitet werden. Dieser Vorgabe müssten die vorgesehenen Träger folgen. Auch die Leistungsvergabe nach § 16a SGB II funktioniere in den Bezirken.

Vorsitzende Anja Kofbinger teilt mit, dass der Berichtsauftrag Nr. 12 erledigt sei.

Übersicht zum neuen Kapitel 0901 – LADS (betrifft auch: Kapitel 0901) – Nr. 13

- Bericht SenArbIntFrau – Z C 21 Le – vom 15.09.2015 [0220-04](#)
Rote Nummer 2216 ArbIntFrau
Übersicht zum neuen Kapitel 0901 – LADS Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 13)
Kapitel 0901

Vorsitzende Anja Kofbinger hält fest, dass keine Wortmeldungen vorlägen und der Be-richtsauftrag Nr. 13 damit erledigt sei.

Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) und Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) – Nr. 14

- Bericht SenArbIntFrau – III B – vom 21.09.2015 [0220-49](#)
Rote Nummer 2356 ArbIntFrau
Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) Haupt(f)
und Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 14)
Einzelplan 09

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) äußert Bedauern, dass keine Mittel für Sensibilisierungs-maßnahmen bezüglich Antiziganismus beantragt worden seien. – Ihre Fraktion habe eine Übersicht über EHAP-Mittel in allen Senatsverwaltungen gefordert, da sie in der Abt. III verwaltet würden. Welche Träger hätten sich bei SenGesSoz für das Ziel 3 beworben? – Sei-en, wenn ein Geschäftsbesorgungsvertrag für einen Dienstleister zur Umsetzung von ESF-geförderten Maßnahmen ausgeschrieben sei, damit auch die EHAP-Mittel gemeint?

Elke Breitenbach (LINKE) erkundigt sich, was SenArbIntFrau vorsehe, wenn die Maßnah-men des Roma-Aktionsplans keine Finanzierungszusage von EHAP erhielten. Im letzten Schreiben zum Roma-Aktionsplan werde angekündigt, dass auch die Kiezlotsenstellen Ende

2015 ausliefen und die Bezirke sich mit den Trägern bei EHAP beworben hätten. Betreffe dies alle im Schreiben rote Nr. 2356 aufgelisteten Träger?

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) antwortet, im Oktober werde mitgeteilt, wer EHAP-Mittel erhalte. Bevor das Antragsverfahren nicht beendet sei, könne sie nicht einzelne Träger nennen; dies gelte auch für jene in Zuständigkeit von SenGesSoz oder die Kiezlotsen. Hier müsse später in den zuständigen Ausschüssen nachgefragt werden. – Sensibilisierungsmaßnahmen gegen Antiziganismus seien nicht förderfähig nach EHAP. – Der Geschäftsbesorgungsvertrag beziehe sich nur auf die Umsetzung von ESF-Fördermaßnahmen.

SenArbIntFrau halte keine Mittel vor für den Fall, dass Berlin nicht bei EHAP berücksichtigt werde. Es sei mit großer Sicherheit davon auszugehen, dass Berlin EHAP-Mittel erhalten werde. Falls es der Fall sein sollte, würde Berlin Gespräche führen.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) erläutert, dass sie nur die Liste, mit welchen Trägern SenGesSoz ins Interessenbekundungsverfahren gegangen sei, wünsche.

Elke Breitenbach (LINKE) präzisiert ebenfalls ihre Frage, ob sich die Träger für Kiezlotsen, die im Bericht über den Roma-Aktionsplan aufgelistet seien, alle bei EHAP beworben hätten. Wenn sich nicht alle beworben hätten, werde es im nächsten Jahr weniger Träger geben.

Dr. Robin Schneider (SenArbIntFrau) ergänzt, EHAP-Mittel würden vom BMAS im Auftrag der EU bundesweit ausgereicht. Die von Berlin gestellten Anträge seien von SenArbIntFrau benannt worden: Verstärkungen für die beiden Träger der Anlaufstelle und des Clearings im Wohnbereich. Im Ziel 2, Stärkung für Kinder und Jugendliche im Übergang von Kita und Schule, lägen mehrere bezirkliche Anträge in Netzwerken vor. Dies sei eine Verstärkung des bezirksorientierten Programms, das SenArbIntFrau mit Landesmitteln kofinanzieren. Wenn voraussichtlich Mitte Oktober die Entscheidung der Bundesregierung vorliege, könnten die Träger, die einen Zuschlag erhalten hätten, benannt werden.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 14 erledigt sei.

**Kapitel 0950 – Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen
– Frauen und Gleichstellung –
zu Nr. 54**

Evrin Sommer (LINKE) äußert Kritik, die Auflistung der Fraueninfrastrukturstellen sei nicht aussagekräftig, da nicht nachzuvollziehen sei, welche inhaltliche Veränderungen in den letzten zwei Jahren stattgefunden hätten z. B. Frieda Frauenzentrum, das eine Beratung bei Stalking anbiete. So müssten die Aufgabenbereiche der Projekte und deren Veränderung selbst eruiert werden.

Helga Hentschel (SenArbIntFrau) teilt mit, dass es keine Veränderung gegenüber der ausführlichen Darstellung von vor zwei Jahren nach der Evaluation und dem Interessensbekundungsverfahren gegeben habe. Diese Stellen würden fortgeführt.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen – Nr. 52

- Bericht SenArbIntFrau – AL I 1 – vom 21.09.2015
Rote Nummer 2223
Rückzahlungen von Zuwendungen
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 52)
Kapitel 0950/Titel 11921

[0220-11](#)
ArbIntFrau
Haupt(f)

Änderungsantrag Nr. 6 der Piratenfraktion:

	Ansatz(+/-)
Ansatz 2016 130.000 €	+ 103.007,53 €
Ansatz 2017 130.000 €	+ 103.007,53 €

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass die Fragen beantwortet seien und damit der Berichtsauftrag 52 erledigt sei.

Simon Kowalewski (PIRATEN) erläutert den Änderungsantrag seiner Fraktion. Wegen der Einnahmen 2014 solle der Ansatz erhöht werden. Damit werde der Änderungsantrag seiner Fraktion Nr. 7 – Berichtsauftrag Nr. 54 – Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – gegenfinanziert.

Michael Freiberg (CDU) erkundigt sich, ob die Einnahmeerwartung von SenArbIntFrau der im Antrag genannten Summe entspreche. Es sei aber davon auszugehen, dass der Haushaltsplanentwurf den Erfahrungen und Erwartungen entspreche. Dann müsste die Koalition den Antrag ablehnen.

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) teilt mit, dass der Haushaltsansatz realistischen Erwartungen entspreche.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) wendet ein, nicht jede Einnahmeerwartung der Verwaltung sei eingetroffen.

Helga Hentschel (SenArbIntFrau) erläutert, bisher seien zweijährige Zuwendungsverträge abgeschlossen worden, die Mittel des ersten hätten aufs zweite Jahr übertragen werden können. Erst nach zwei Jahren sei abgerechnet worden. Deshalb seien in diesem Jahr mehr Mittel aus Rückzahlungen eingegangen. Dies sei nicht mehr zu erwarten. In dem Titel würden nur nicht abgerufene Mittel etatisiert. Vermutlich werde wieder eine durchschnittliche Größe zu erwarten sein. Deshalb sei es ein Problem, die Einnahme hier zu erhöhen und als Deckungsvorschlag für eine Ausgabe zu nehmen.

Michael Freiberg (CDU) fordert die Piratenfraktion auf, den Antrag und die korrespondierenden Anträge zurückzuziehen.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) entgegnet, er lehne dies ab.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der Piratenfraktion ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen – Nr. 53

- Bericht SenArbIntFrau – AL I 1 – vom 21.09.2015 [0220-36](#)
Rote Nummer 2263 ArbIntFrau
Dienstleistungen Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 53)
Kapitel 0950/Titel 54010

Vorsitzende Anja Kofbinger teilt mit, dass für ihre Fraktion und die Fraktion Die Linke die Fragen beantwortet seien. Damit sei der Berichtsauftrag Nr. 53 erledigt.

Zielgruppenorientierte Lohnkostenzuschüsse für Maßnahmen der Arbeitsförderung (Kapitel 0940 Titel 68356) – Nr. 54

- Bericht SenArbIntFrau – AL I 1 – vom 21.09.2015 [0220-12](#)
Rote Nummer 2224 ArbIntFrau
Zielgruppenorientierte Lohnkostenzuschüsse für Haupt(f)
Maßnahmen der Arbeitsförderung
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 54)
Kapitel 0950/Titel 68332

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass auch der Berichtsauftrag Nr. 54 erledigt sei.

Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Kapitel 0950 Titel 68406)
– Nr. 55

- Bericht SenArbIntFrau – AL I 1 – vom 18.09.2015 [0220-54](#)
Rote Nummer 2357 ArbIntFrau
Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 55)
Kapitel 0950/Titel 68406

Änderungsantrag Nr. 1 zu Kapitel 0950 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	11.029.000 €	+ 2.205.800 €
Ansatz 2017	11.249.000 €	+ 2.249.800 €

Änderungsantrag Nr. 1 zu Kapitel 0950 der Fraktion Die Linke:

		Ansatz (+/-)
Ansatz 2016	11.029.000 €	+ 2.200.000 € für Pos. 20, 32, 38 und Tarifierpassung
Ansatz 2017	11.249.000 €	+ 2.250.000 € s.o.

Änderungsantrag Nr. 7 der Piratenfraktion:

		Ansatz (+/-)
Ansatz 2016	11.029.000 €	+ 1.216.208,23 € für Pos. 26, Nr. 38 und Tarifierpassung
Ansatz 2017	11.249.000 €	+ 1.578.768,43 € s. o.

Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der SPD und der CDU:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	11.029.000 €	+ 38.000 € für das Frauenprojekt Mariposa
Ansatz 2017	11.249.000 €	+ 38.000 € s.o.

Änderungsantrag Nr. 4a der Fraktion der SPD und der CDU:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	11.029.000 €	+ 100.000 € für SOLWODI Berlin e.V.
Ansatz 2017	11.249.000 €	+ 100.000 € s.o.

Kumul. Ansatz 2016 11.167.000 €

Kumul. Ansatz 2017 11.138.000 €

Anja Kofbinger (GRÜNE) begründet den Änderungsantrag ihrer Fraktion. Der Titel sei nicht auskömmlich ausgestattet. Er sei zwar um 2 Prozent erhöht worden, aber dies erreiche nicht alle Projekte. In den Maßnahmegruppen A, B und C seien meist Fortschreibungen zu verzeichnen oder nur sehr geringe Erhöhungen z. B. bei BORA um 100 Euro bei ca. 200 000 Euro, also weit weniger als 2 Prozent. Das Berliner Frauennetzwerk habe an alle Abgeordneten einen Brief geschrieben und begründet, warum die Ansätze nicht ausreichten. Ihre Fraktion beantrage deshalb, den Titel um 20 Prozent – 2,205 Mio. Euro im Jahr 2016 und 2,249 Mio. Euro im Jahr 2017 – zu erhöhen und dies mit 1 Prozent der erwarteten Bundesmit-

teln für Flüchtlinge gegenzufinanzieren. Die aus diesem Titel finanzierten Projekte hätten in den kommenden Jahren auch geflüchteten Frauen und Mädchen als Zielgruppe.

Elke Breitenbach (LINKE) befürwortet den Grünen-Änderungsantrag inhaltlich. Allerdings könnte er nur mit jetzt schon etatisierten Mitteln gegenfinanziert werden. Nur der Hauptausschuss könne Entscheidungen treffen, einzelplanübergreifend gegenzufinanzieren. Ihre Fraktion werde sich deshalb bei der Abstimmung über den Grünen-Änderungsantrag enthalten.

Michael Freiberg (CDU) gibt seiner Vorrednerin recht. Es existiere die Vereinbarung, dass der Einnahmezugang vom Bund im November vom Senat bewertet werde und er eine Vorlage erstellen werde über die Ausgabenfelder. Es sei zu beachten, dass 80 Prozent der Kosten durch die Unterbringung der Flüchtlinge entstünden. Die Gegenfinanzierung des Grünen-Änderungsantrags sei nicht seriös. Seine Fraktion werde ihn ablehnen, auch wenn er inhaltlich positiv sei.

Dr. Ina Czyborra (SPD) schließt sich der Kritik an der Gegenfinanzierung des Grünen-Änderungsantrags an. Der Bedarf an Beratungs- und Hilfestruktur bei den Frauenprojekten werde sicher steigen, weshalb auch die Koalition Änderungsanträge gestellt habe, um die vorhandene Struktur zu stabilisieren und zu erhalten. Die Bedarfe für Geflüchtete aber müssten in einem übergreifenden Konzept erarbeitet werden.

Anja Kofbinger (GRÜNE) gibt bekannt, dass ihre Fraktion den bisherigen Gegenfinanzierungsvorschlag streiche und jenen der Fraktion Die Linke übernehme: „Der Ausgleich wird in der zweiten Lesung des Einzelplan 0950 im Hauptausschuss vorgelegt.“

Michael Freiberg (CDU) wendet ein, auch diese Gegenfinanzierung sei nicht korrekt, weil sie den Gesamthaushalt betreffe. Obwohl er den Änderungsantrag inhaltlich befürworte, könne er wegen fehlender Gegenfinanzierung im Einzelplan nicht zustimmen. Einen Blankoscheck könne der Fachausschuss nicht ausstellen.

Elke Breitenbach (LINKE) versichert, dass nur eine Empfehlung an den Hauptausschuss gegeben werden solle. Sollte eine andere Formulierung gewählt werden? Sinnvoll wäre es, einen gemeinsamen Beschluss des Fachausschusses zu fassen, der dem Hauptausschuss die Bedeutung dieser Etaterhöhung deutlich mache.

Michael Freiberg (CDU) stellt klar, dass die Gegenfinanzierung aus dem Einzelplan erfolgen müsse. Alles andere sei nicht möglich bzw. nicht seriös. Die Koalition habe alle ihre Änderungsanträge aus dem Einzelplan 09 gegenfinanziert. Im Hauptausschuss könnten entsprechende Änderungsanträge eingebracht werden.

Elke Breitenbach (LINKE) erinnert an die zweiten Lesung des Haushalts im Ausschuss GesSoz. Dort habe der Fachausschuss dem Hauptausschuss eine Empfehlung gegeben.

Vorsitzende Anja Kofbinger teilt mit, dass sie die Formulierung der Fraktion Die Linke übernehme, dass die Gegenfinanzierung eine Empfehlung an den Hauptausschuss sei. Die zu erwartenden 242 Mio. Euro für 2016 seien sicher.

Dr. Ina Czyborra (SPD) betont, die Koalition wolle sich in diesem Fachausschuss an das korrekte Verfahren halten.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) bemerkt, offensichtlich suche die Koalition verschiedene Begründungen, warum sie alle Oppositionsanträge ablehnen werde. Dass der Abgeordnete Freiberg sich die Mühe mache, über Finanzierungssystematik zu dozieren sei in der Sache nicht hilfreich. Es wäre sinnvoll gewesen, bei diesen Projekten ein Zeichen zu setzen, auch wenn eine Empfehlung vom Hauptausschuss formal zurückgewiesen würde.

Michael Freiberg (CDU) entgegnet, Aufgabe der Regierung und der Koalition sei es, den Haushalt weiterhin auf dem erfolgreichen Konsolidierungskurs zu halten. Die Ausgabensteigerung unter Rot-Rot sei beachtlich gewesen.

Der **Ausschuss** lehnt den geänderten Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Evrin Sommer (LINKE) erklärt, dass die Verteilung der Mittel in der Begründung Teil des Antrags sei. Im Gegensatz zum Grünen-Änderungsantrag, der Mittel für einen Fonds beantragt habe, wolle ihre Fraktion die Mittel der ca. 20-prozentigen Erhöhung direkt bestimmten Frauenprojekten zukommen lassen. Mit dem Geld sollten die Tarife erhöht und Sprachmittlung bedarfsgerecht gesichert werden. Auch die Angebote geschlechtsspezifischer Beratung von Flüchtlingsfrauen sollten ausgebaut werden. Außerdem sollten die als Notplätze ausgewiesenen Plätze im 2. Frauenhaus ausfinanziert werden, da sie notwendig seien. Im Haushalt seien von 60 nur 56 finanziert. Das Projekt DIWA bei Hydra solle weitergeführt werden, insbesondere nach der Novellierung des Prostitutionsschutzgesetzes auf Bundesebene.

Michael Freiberg (CDU) erläutert, wenn die Gegenfinanzierung im Hauptausschuss benannt werde, solle der Antrag auch im Hauptausschuss gestellt werden. Die Koalition werde den Änderungsantrag, da ohne Gegenfinanzierung aus dem Einzelplan, ablehnen müssen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke ab.

Simon Kowalewski (PIRATEN) erklärt, seine Fraktion habe in ihrem Änderungsantrag Nr. 7 die Ansätze für das Projekt Nr. 26 „Achtsam – gewaltfrei ins Leben“ erhöht, das wegen eines akuten Bedarfs entwickelt worden sei. Wie im Antrag der Fraktion Die Linke solle das Projekt DIWA bei Hydra weitergeführt werden, das nach der Einführung des Prostitutionsschutzgesetzes noch wichtiger würde. Außerdem solle die tatsächliche Tarifierung umgesetzt werden, damit die Selbstaussbeutung der Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter abgemildert werde. 2016 sollten die Tarife um 10 Prozent 2016 und um weitere 3 Prozent 2017 erhöht werden. Auch hier sei die in der Begründung erwähnte Mittelverteilung Teil des Antrags. Änderungsantrag Nr. 6 der Piratenfraktion sei der Gegenfinanzierungsantrag zu den Teilbeträgen 1 und 2. Für Position 3 solle der Hauptausschuss die Gegenfinanzierung über die zu erwartenden Mehreinnahmen regeln.

Vorsitzende Anja Kofbinger weist darauf hin, dass die Gegenfinanzierung für die Positionen 1 und 2 bereits abgelehnt worden sei.

Michael Freiberg (CDU) macht darauf aufmerksam, dass ein Änderungsantrag ohne Gegenfinanzierung nicht seriös sei. Weder für die Positionen 1 und 2 noch für 3 sei eine Gegenfinanzierung vorhanden. Die Koalition werde den Antrag ablehnen.

Canan Bayram (GRÜNE) wendet ein, dies sei keine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Änderungsantrag.

Michael Freiberg (CDU) erklärt, es sei schwierig, die Haushaltskonsolidierung voranzutreiben, gleichzeitig neue Ausgaben zu finanzieren und den Investitionsstaus abzubauen. Die Koalition stelle sich dieser Aufgabe.

Anja Kofbinger (GRÜNE) wendet ein, die Opposition fordere mehr Mittel für die Frauenprojekte, wenn schon sonst Mittel unseriös eingesetzt würden.

Michael Freiberg (CDU) weist dies zurück.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der Piratenfraktion ab.

Vorsitzende Anja Kofbinger weist darauf hin, dass nun über die Änderungsanträge Nr. 4 und Nr. 4a der Koalition gesprochen werde. Im kumulierten Ansatz seien beide beantragten Beträge zusammengefasst, wenn beiden zugestimmt würde. Die Beratung beginne mit Nr. 4a, da hier der Erhöhungsbetrag höher sei als in Nr. 4. Es handele sich bei Mariposa und SOLWODI Berlin e.V. um neue Projekte, die nicht im Titel zu finden seien.

Simon Kowalewski (PIRATEN) wendet ein, es handele sich offensichtlich um einen Antrag.

Vorsitzende Anja Kofbinger verneint. Es seien inhaltlich und von den Beträgen her zwei Anträge, die nur in den Ansätzen addiert worden seien.

Elke Breitenbach (LINKE) wundert sich, warum die Koalition mit dem Änderungsantrag Nr. 4a einen Ansatz für ein Projekt erhöhen wolle, das Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen betreffe. Habe die Koalition nicht darauf verwiesen, dass alle Flüchtlingsthemen im Hauptausschuss besprochen werden sollten, wenn SenFin ein Konzept vorgelegt habe? Wie solle die Gegenfinanzierung aussehen?

Fabio Reinhardt (PIRATEN) wendet ein, die Koalition könne nicht zwei Anträge zu einem Titel stellen, die miteinander konkurrierten. Die Anträge sollten besser zurückgezogen und ein neuer Änderungsantrag mit 138 000 Euro Etaterhöhung eingebracht werden. Die Gegenfinanzierung entspreche nicht den gerade von der CDU geäußerten Forderungen: Maßnahmen für Flüchtlinge sollten erst später im Hauptausschuss besprochen werden, Anträge sollten sinnvoll und seriös gegenfinanziert werden, Anträge sollten sich vernünftig auf einen Titel beziehen.

Dr. Ina Czyborra (SPD) erläutert, beide Anträge bezögen sich auf Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –. Mariposa sei kein neues Projekt, sondern hier handele es sich um eine Fraueninfrastrukturstelle, die in die Regelfinanzierung übernommen werden solle. SOLWODI sei eine bereits existierende Beratungsstelle, die ausgebaut werden

solle. Die Gegenfinanzierung werde an späterer Stelle bei den entsprechenden Titeln behandelt.

Burkard Dregger (CDU) erläutert, die Beratungsstelle SOLWODI sei nicht nur für geflüchtete Frauen, sondern auch für Frauen, die vom Menschenhandel betroffen seien. Da dies kein neues, mit der großen Zahl der jetzt ankommenden Flüchtlinge zusammenhängendes Problem sei, werde es hier im Fachausschuss behandelt. SOLWODI habe eine langjährige Expertise, sei aber bisher nicht vom Land finanziert worden. Da ein wachsender Bedarf zu erwarten sei, sei eine Förderung mit 100 000 Euro sinnvoll.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt nach, ob es zutreffe, dass die Gegenfinanzierung bei Kapitel 0940, Titel 68356 – Landeszuschüsse für Beschäftigung – und bei Kapitel 0901, Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen – vorgesehen sei.

Dr. Ina Czyborra (SPD) erklärt, hier sei ein Rechenfehler passiert, weshalb die Mittel tatsächlich vorhanden seien.

Vorsitzende Anja Kofbinger weist darauf hin, dass der Gegenfinanzierungsänderungsantrag der Koalition beim Berichtsauftrag Nr. 50 Kapitel 0940, Titel 68356 – Landeszuschüsse für Beschäftigung – zu finden sei.

Michael Freiberg (CDU) bittet SenArbIntFrau zu bestätigen, dass der Gegenfinanzierungsvorschlag der Koalition seriös sei. Über Flüchtlinge werde im November im Hauptausschuss gesprochen. Hier aber stelle die Koalition einen Änderungsantrag zu einem bereits vorhandenes Projekt mit seriöser Gegenfinanzierung. Damit seien die von ihm genannten Voraussetzungen erfüllt.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) bestätigt, dass aus Titel 68356 – Landeszuschüsse für Beschäftigung – Nr. 3 die Gegenfinanzierung von knapp 700 000 Euro erfolgen könne. Es habe die Konsequenz, dass sich die dort finanzierten Maßnahmen öffentlich geförderter Beschäftigung entsprechend änderten. Dies sei jedoch vertretbar, da bei der Haushaltsaufstellung noch von ESF-Förderung ausgegangen worden sei, die wegfallen. Dafür sei erfreulicherweise das Programm soziale Teilhabe aufgelegt worden. Damit werde die öffentlich geförderte Beschäftigung in Berlin auf dem notwendigen Niveau gehalten.

Der Ausschuss

stimmt dem Änderungsantrag Nr. 4 der Koalition zu und
stimmt dem Änderungsantrag Nr. 4a der Koalition zu.

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 0950: Kapitel 0940 Titel 68356

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	11.029.000 €	+ 37.300 €
Ansatz 2017	11.249.000 €	+ 37.300 €

Anja Kofbinger (GRÜNE) erläutert, hier solle eine Stelle bei Nr. 38 Hydra eine im November auslaufende Zweidrittelstelle für das Projekt DIWA finanziert werden. Gegenfinanziert

werden solle diese Erhöhung im Änderungsantrag Nr. 3 ihrer Fraktion. Auch hier solle Prostituierten, die Opfer von Menschenhandel geworden seien, geholfen werden, was besonders sinnvoll sei, wenn ab 2016 das Prostituiertenschutzgesetz gelte, das auf Menschenhandelsopfer fokussiere. Es sei sinnvoll, für diese Zielgruppe mehrere Projekte mit verschiedenen Ansatzpunkten zu fördern.

Michael Freiberg (CDU) erkundigt sich, ob die Gegenfinanzierung aus Kapitel 0950, Titel 68418 – Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung – aus Sicht der Verwaltung vertretbar sei. Immerhin handele es sich hier um Maßnahmen zu frauenspezifischen beruflichen Orientierung und Qualifizierung einschließlich Kofinanzierung. Welche Konsequenzen hätte hier eine Ansatzreduzierung?

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) antwortet, das Projekt DIWA sei sehr gut. Vorstellbar sei auch eine andere Finanzierungsmöglichkeit, allerdings nicht in dieser Höhe.

Helga Hentschel (SenArbIntFrau) erklärt, die vorgeschlagene Gegenfinanzierung sei problematisch, weil die Kofinanzierung für die ESF-Mittel fehlten. Das Projekt DIWA werde nicht seine Arbeit einstellen müssen. Derzeit finde auf Bundesebene die Abschlussdebatte über das Modellprojekt statt, es habe drei Projekte gegeben: DIWA und zwei weitere in anderen Bundesländern. Eine vorübergehende Weiterförderung aus der Modellphase sei für Hydra finanziert, damit der Anteil an Beratungsarbeit in die Arbeit von Hydra integriert werden könne. Vorstellbar sei, dass es nicht ausreiche. SenArbIntFrau habe die Debatte und die Auswertung des Modellprojekts abwarten wollen, um zusätzliche Bedarfe abschätzen zu können. Dies könnte auch im Rahmen der Haushaltswirtschaft geleistet werden. SenArbIntFrau schätze die Arbeit dieses Projektes.

Elke Breitenbach (LINKE) wundert sich über unterschiedliche Aussagen von SenArbIntFrau. Was sei die Position der Hausleitung?

Dr. Ina Czyborra (SPD) entgegnet, sie habe keinen Dissens feststellen können, sondern habe nur Wertschätzung des Projekts DIWA gehört und die Zusage, dass die Stelle erhalten werden solle, die Gegenfinanzierung des Grünen-Antrags aber problematisch wäre.

Evrin Sommer (LINKE) gibt zu bedenken, dass das Modellprojekt auf Bundesebene abgeschlossen sei. Insofern sei mit Bundesmitteln nicht mehr zu rechnen. DIWA sei ohnehin mit Landesmitteln weitergefördert worden.

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) stellt klar, dass sie und Frau Hentschel keine unterschiedlichen Positionen vertreten hätten.

Michael Freiberg (CDU) erklärt, dass die Folgen der Gegenfinanzierung wegen wegfallender Kofinanzierung zur Ablehnung des Antrags durch die Koalition führten. Zugesagt sei eine Finanzierungsmöglichkeit von DIWA über Haushaltswirtschaft.

Sabine Bangert (GRÜNE) weist darauf hin, dass in Nürnberg und Freiburg, an denen das Projekt DIWA auch modellhaft erprobt worden sei, das Projekt mit den Stellen fortgeführt werde. Nur Berlin schaffe es nicht, die Stelle für dieses erfolgreiche Projekt zu finanzieren.

Helga Hentschel (SenArbIntFrau) erläutert, das Bundesprojekt sei 2014 abgeschlossen. Die Auswertung finde aber erst am heutigen Tag statt. Da Berlin anders als andere Städte ein gut aufgestelltes Beratungssystem für Prostituierte habe, werde überlegt, wie das neue Element Ausstiegsberatung verstärkt werden könne. Die Überlegungen seien noch nicht abgeschlossen, aber eine Verstärkung wäre sinnvoll. Die erforderliche Summe könnte über Haushaltswirtschaft erbracht werden. Die Weiterführung der Ausstiegsberatung wäre nicht in der bisherigen Höhe, aber in geringerer gesichert.

Anja Kofbinger (GRÜNE) teil mit, dass sie den Änderungsantrag Nr. 2 der Grünen zurückziehe, da SenArbIntFrau die Weiterförderung von DIWA zugesagt habe.

Evrin Sommer (LINKE) schlägt vor, dass in der zweiten Lesung des Haushalts ein Finanzierungsvorschlag für DIWA eingebracht werden sollte.

Anja Kofbinger sichert dies zu.

Vorsitzende Anja Kofbinger hält fest, dass Berichtsauftrag Nr. 55 erledigt sei.

Titel 68418 – Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung – Nr. 56

- Bericht SenArbIntFrau – AL I 1 – vom 18.09.2015 [0220-37](#)
Rote Nummer 2271 ArbIntFrau
Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte Haupt(f)
der beruflichen Qualifizierung
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 56)
Kapitel 0950/Titel 68418

Änderungsantrag Nr. 2 zu Kapitel 0950 der Fraktion Die Linke:

	Ansatz (+/-)
Ansatz 2016 3.739.000 €	+ 650.000 €
Ansatz 2017 4.014.000 €	+ 800.000 €

Evrin Sommer (LINKE) erklärt, die Erhöhung solle die Tarifierung bei den Frauenprojekten ermöglichen. Eingerechnet seien die geschlechtsspezifischen Angebote der beruflichen Qualifizierung für Flüchtlingsfrauen und der Einsatz von Sprachmittlerinnen. Über die Gegenfinanzierung müsse im Hauptausschuss gesprochen werden.

Michael Freiberg (CDU) weist darauf hin, dass dies kein seriöser Gegenfinanzierungsvorschlag sei. Die Koalition lehne den Antrag deshalb ab. Dies sei keine inhaltliche Bewertung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 8 der Piratenfraktion:

	Ansatz(+/-)
Ansatz 2016 3.739.000 €	+ 146.000 €
Ansatz 2017 4.014.000 €	+ 146.000 €

Simon Kowalewski (PIRATEN) erläutert, die Fraueninfothek von Steglitz-Zehlendorf solle erhalten bleiben. Dazu gebe es auch in Kapitel 0940 andere Anträge, die jedoch erst später besprochen würden. Haushaltssystematisch müsste das Thema jedoch hier in Kapitel 0950 behandelt werden. Der Aufgabenvielfalt der Fraueninfothek geschuldet müssten mehr als 80 000 Euro eingesetzt werden. Seine Fraktion fordere eine Ansatzerhöhung von 146 000 Euro.

Dr. Ina Czyborra (SPD) entgegnet, ihre Fraktion habe im Kapitel Arbeit 80 000 Euro Mehransatz gefordert, auch wenn mehr wünschenswert sei. Die Koalition werde den Änderungsantrag der Piratenfraktion deshalb ablehnen.

Simon Kowalewski (PIRATEN) bemerkt, die Zusicherung, dass Mehrbedarf über 80 000 Euro über die Haushaltswirtschaft erbracht werde, reiche nicht aus. Der Änderungsantrag seiner Fraktion bleibe bestehen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der Piratenfraktion ab.

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 0950:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	3.739.000 €	- 37.300 €
Ansatz 2017	4.014.000 €	- 37.300 €

Anja Kofbinger (GRÜNE) teilt mit, dass sie den Gegenfinanzierungsvorschlag zu dem zurückgezogenen Änderungsantrag Nr. 2 zurückziehe.

Vorsitzende Anja Kofbinger hält fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 56 erledigt sei.

Titel 68447 – Weiterförderung besonderer sozialer Projekte – Nr. 57

- Bericht SenArbIntFrau – AL I 1 – vom 18.09.2015 [0220-38](#)
Rote Nummer 2267 ArbIntFrau
Weiterförderung besonderer sozialer Projekte Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 57)
Kapitel 0950/Titel 68447

Änderungsantrag Nr. 3 zu Kapitel 0950 der Fraktion Die Linke:

		Ansatz (+/-)
Ansatz 2016	300.000 €	+ 45.000 €Nr. 6 Xochicuatl
Ansatz 2017	306.000 €	+ 50.000 €s.o.

Evrin Sommer (LINKE) erklärt, die beantragte Ansatzerhöhung begründe sich in Mehrbedarf zur Tarifanpassung und Erweiterung des Angebots des Projekts Nr. 6 Xochicuatl für spanisch sprechende Frauen. Das erfahrene Projekt habe Mehrbedarf angemeldet, weil zahlreiche Frauen aus südeuropäischen Ländern nach Berlin gekommen seien.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke ab.

Titel 68459 – Hinführung von Mädchen zu technischen Berufen –

Änderungsantrag Nr. 4 zu Kapitel 0950 der Fraktion Die Linke:

		Ansatz (+/-)
Ansatz 2016	200.000 €	+ 220.000 € Jobwerkstatt Mädchen
Ansatz 2017	204.000 €	+ 220.000 € s.o.

Evrin Sommer (LINKE) führt aus, dass ihre Fraktion eine deutlich höhere Ansatzsteigerung im Gegensatz zur Koalition fordere, weil 40 000 Euro nur für eine Stelle ohne Sachmittel und Betriebskosten ausreichen würden. Damit müsste das bisherige Angebot von Montag bis Freitag zur beruflichen Orientierung und Vorbereitung von Mädchen und jungen Frauen eingeschränkt werden. Auch die Zusammenarbeit mit Schulen wäre gefährdet.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass die Verwendung der Mittel aus der Begründung, wenn nicht widersprochen werde, automatisch Teil des Antrags seien.

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der SPD und der CDU:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	200.000 €	+ 40.000 € Jobwerkstatt Mädchen
Ansatz 2017	204.000 €	+ 40.000 € s.o.

Dr. Ina Czyborra (SPD) stellt fest, dass gute Projekte erhalten werden müssten, soweit dies über die Gegenfinanzierung im Einzelplan möglich sei. Deshalb solle der Ansatz hier um 40 000 Euro erhöht werden, auch wenn mehr wünschenswert sei.

Der Ausschuss

lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke ab.
stimmt dem Änderungsantrag Nr. 5 der Koalition zu.

Vorsitzende Anja Kofbinger hält fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 57 erledigt sei.

Politikfeldübergreifende Frauen-und Gleichstellungspolitik (Kapitel 0950 Strategisches Ziel 001038) – Nr. 58

- Bericht SenArbIntFrau – AL I 1 – vom 18.09.2015 [0220-39](#)
Rote Nummer 2281 ArbIntFrau
Politikfeldübergreifende Frauen-und Gleichstellungspolitik Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 58)
Kapitel 0950/Strategisches Ziel 001038

Anja Kofbinger (GRÜNE) bedankt sich für die Antwort im Bericht. Die sich daraus ergebenden Fragen werde ihre Fraktion schriftlich stellen.

**Kapitel 0900 – Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen
– Politisch-Administrativer Bereich und Service –**

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen – Nr. 15

- Bericht SenArbIntFrau – LADS Ju – vom 18.09.2015 [0220-05](#)
Rote Nummer 2217 ArbIntFrau
Rückzahlungen von Zuwendungen Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 15)
Kapitel 0900/Titel 11921

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 15 erledigt sei.

**Titel 27290 – Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für
konsumtive Zwecke – Nr. 16**

- Bericht SenArbIntFrau – LADS 3 – vom 21.09.2015 [0220-19](#)
Rote Nummer 2270 ArbIntFrau
Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für Haupt(f)
konsumtive Zwecke
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 16)
Kapitel 0900/Titel 27290

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 16 erledigt sei.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke zu Kapitel 0900-0940

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	53.500	-10.000
Ansatz 2017	53.500	-10.000

Vorsitzende Anja Kofbinger weist darauf hin, dass der Gegenfinanzierungsantrag im Zusammenhang mit dem Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Die Linke zu den Kapiteln 0900-0940 gesehen werden müsse.

Michael Freiberg (CDU) fragt, wie SenArbIntFrau die Folgen eines solchen Änderungsantrags einschätzen würde.

Elke Breitenbach (LINKE) empfiehlt ihrem Vorredner, im Haushaltsplanentwurf die derzeitigen Ist-Zahlen zu prüfen, die unter 10 000 Euro lägen. Das Ist 2014 hingegen liege bei knapp 28 000 Euro. Die Absenkung des Ansatzes von 53 000 Euro um 10 000 Euro sei gut vertretbar.

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) weist darauf hin, dass aus diesem Titel Fortbildungsmaßnahmen, die SenArbIntFrau wichtig seien, finanziert würden. Deshalb sei eine Absenkung nicht vertretbar.

Elke Breitenbach (LINKE) erkundigt sich, wie das Ist der letzten Jahre zustandekomme, wenn Fortbildungen SenArbIntFrau so wichtig seien. Wie begründe SenArbIntFrau, dass jetzt mehr für Fortbildungen aufgewandt werden solle?

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) weist auf den Bericht hin, in dem dargestellt worden sei, dass auch die Verwaltungsakademie Fortbildungen übernehme. Zusätzlich solle jedoch immer auch gewährleistet werden, dass Fortbildungen, die nicht von der Verwaltungsakademie angeboten würden, aus eigenem Etat zu finanzieren seien. Der Ansatz solle bleiben.

Michael Freiberg (CDU) gibt zu bedenken, dass Ist-Stände allein wenig aussagten. Da es sich um Fortbildungsmaßnahmen handele, könne hier nicht gekürzt werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke ab.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit – Nr. 17

- Bericht SenArbIntFrau – LADS 1 – vom 21.09.2015 [0220-06](#)
Rote Nummer 2218 ArbIntFrau
Veröffentlichungen in 2014/2015 Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 17)
Kapitel 0900/Titel 53101

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 17 erledigt sei.

Titel 54010 – Dienstleistungen – Nr. 18

- Bericht SenArbIntFrau – LADS 3 – vom 21.09.2015 [0220-07](#)
Rote Nummer 2219 ArbIntFrau
Dienstleistungen Haupt(f)
Fortführung und Weiterentwicklung der Initiative Sexuelle Vielfalt
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 18)
Kapitel 0900/Titel 54010

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 18 erledigt sei.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – Nr. 19

- Bericht SenArbIntFrau – LADS D 1 – vom 21.09.2015 [0220-20](#)
Rote Nummer 2276 ArbIntFrau
Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 19)
Kapitel 0900/Titel 68406

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 19 erledigt sei.

Kapitel 0901 – Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen – Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) –

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – Nr. 20

- Bericht SenArbIntFrau – LADS D 1 – vom 21.09.2015 [0220-21](#)
Rote Nummer 2278 ArbIntFrau
Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 20)
Kapitel 0901/Titel 68406

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 20 erledigt sei.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Änderungsantrag Nr. 1 der Piratenfraktion:

		Ansatz (+/-)
Ansatz 2016	1.600 €	+ 25.000 €
Ansatz 2017	1.600 €	+ 25.000 €

Gegenfinanzierungsvorschlag Nr. 2 der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU: Ausgleichsvorschlag:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	1.600,00 €	+ 18.400 €
Ansatz 2017	1.600,00 €	+ 18.400 €

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke zu den Kapiteln 0900-0940

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	1.600	+20.000
Ansatz 2017	1.600	+20.000

Fabio Reinhardt (PIRATEN) teilt mit, dass seine Fraktion diese erhöhte Einnahmeerwartung als Gegenfinanzierung für den Änderungsantrag Nr. 2 vorgesehen habe. Dieser betreffe Kapitel 0901, Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen , wo bei MILES eine Stelle finanziert werden solle.

Michael Freiberg (CDU) entgegnet, pauschale Einnahmeerwartungen zu erhöhen, um konkrete Ausgaben machen zu können, sei keine seriöse Haushaltspolitik. Seine Fraktion werde den Antrag ohne inhaltliche Bewertung ablehnen.

Elke Breitenbach (LINKE) erklärt, auch ihre Fraktion halte Ansatz für zu niedrig und beantrage, ihn um 20 000 Euro zu erhöhen.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) fragt, warum nur 1 600 Euro etatisiert worden seien, obwohl 2014 bisher 32 000 Euro eingenommen worden seien.

Elke Breitenbach (LINKE) erkundigt sich, welche Auswirkungen jeder der drei Anträge hätte, würde ihm entsprochen.

Michael Freiberg (CDU) bemerkt, die von der Koalition angenommene Summe für die Gegenfinanzierung scheine ihr realistischer als die der anderen Änderungsanträge. Die Koalition werde ihrem eigenen Gegenfinanzierungsantrag zustimmen.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) wundert sich, dass sein Vorredner die Erhöhung eines Einnahmetitels zur Gegenfinanzierung eines Ausgabebetitels als unseriös bezeichne, dies aber selbst beim gleichen Titel ebenso mache. Dass 18 400 Euro Einnahmeerhöhung wesentlich seriöser sein solle als 20 000 Euro oder 25 000 Euro, mute merkwürdig an. Die Erklärungen des Abgeordneten Freiberg, warum die Koalition etwas ablehne, seien austauschbar.

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) berichtet, bei der aktuellen Haushaltsanmeldung sei das Ist aus den Jahren 2012/2013 fortgeschrieben worden. Zwischenzeitlich sei das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus – REX – der LADS zugeordnet worden, woraus sich ein erhöhtes Rückzahlungsvolumen ergeben habe. Dies sei im aktuellen Haushaltsansatz nicht enthalten. Realistischerweise sei von einem Wert von 18 000 Euro auszugehen.

Elke Breitenbach (LINKE) zeigt sich besorgt, dass das Land ein finanzielles Risiko eingehe, wenn die Einnahmeerwartung 400 Euro höher sei. Warum erhöhten sich die Rückflüsse, wenn REX zur LADS komme?

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) gibt zu bedenken, dass Einnahmeerwartungen nie exakt berechnet werden könnten. Hier könne man nur aus Erfahrungen schätzen. REX sei bisher der Abt. III zugeordnet gewesen, jetzt aber der LADS. Bei der Haushaltsanmeldung sei nicht berücksichtigt worden, dass aus einem höheren Ausgabevolumen mehr Rückzahlungen von Zuwendungen folgten.

Anja Kofbinger (GRÜNE) erklärt, da mit den Gegenfinanzierungsantrag der Piratenfraktion eine halbe Stelle beim Zentrum MILES für Migranten, Lesben und Schwule beim LSVD finanziert werden solle, unterstütze dies ihre Fraktion. Gerade am heutigen Tage habe die Mitarbeiterin Jouanna Hassoun den Berliner Landesorden für ihre Arbeit bekommen. Sie bitte, ihre Stelle abzusichern.

Der Ausschuss

lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Piratenfraktion ab,
lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke ab und
stimmt dem Änderungsantrag der Koalition Nr. 2 zu.

[Sitzungsunterbrechung von 16.05 bis 16.20 Uhr]

Titel 27290 – Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke – siehe Nr. 14

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass dies mit dem Berichtsauftrag Nr. 14 erledigt sei.

Titel 54010 – Dienstleistungen – Nr. 21

- Bericht SenArbIntFrau – LADS 1 – vom 18.09.2015 [0220-22](#)
Rote Nummer 2269 ArbIntFrau
Dienstleistungen Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 21)
Kapitel 0901/Titel 54010

Änderungsantrag Nr. 1 zu Kapitel 0901 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Teilansatz 2: Fortführung und Weiterentwicklung der Initiative Akzeptanz sexuelle Vielfalt

Ansatz (+/-)

Ansatz 2016 60.000 € + 30.000 €

Titel 52601, Seite 108 Gerichts- und ähnliche Kosten: Verringerung des Ansatzes für in 2016 und 2017 um 30.000 €

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke zu den Kapiteln 0900-0940

Ansatz(+/-)

Ansatz 2016	60.000	+30.000
Ansatz 2017	60.000	-

Anja Kofbinger (GRÜNE) weist darauf hin, dass hierzu auch der Änderungsantrag der Koalition Nr. 1 zu Kapitel 0901, Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – gehöre, wo in jedem Haushaltsjahr 35 000 Euro mehr für die Initiative Akzeptanz sexueller Vielfalt – etatisiert werden sollten. Was plane die Koalition, mit welchen Anteilen in welchen Jahren damit zu finanzieren? – Ihre Fraktion wolle 30 000 Euro mehr für das Elberskirchen-Hirschfeld-Haus und eine Machbarkeitsstudie einsetzen.

Elke Breitenbach (LINKE) weist darauf hin, dass beim Änderungsantrag der Koalition Nr. 1 erläutert werde, dass nicht nur das Magnus-Hirschfeld-Institut gefördert werden solle, sondern damit sollten auch die lokale Partnerschaften für Demokratie u. a. kofinanziert werden.

Anja Kofbinger (GRÜNE) wendet ein, nur der obere Teil der Begründung des Koalitionsänderungsantrags erläutere die Verwendung der 35 000 Euro. Dies gelte nicht für die Kofinanzierung der lokalen Partnerschaften für Demokratie. Offensichtlich könne niemand beantworten, wofür in welchen Anteilen die 35 000 Euro eingesetzt werden sollten.

Dr. Ina Czyborra (SPD) erklärt, man habe 35 000 Euro gegenfinanzieren können. In der Begründung seien alle wünschenswerten Aufgaben aufgelistet, die damit finanziert werden sollten.

Elke Breitenbach (LINKE) erkundigt sich, wie der Antrag gegenfinanziert sei.

Vorsitzende Anja Kofbinger verweist auf den Gegenfinanzierungsvorschläge Nr.1 und 2 der Fraktion der SPD und der CDU zu Kapitel 0940, Titel 68356 – Landeszuschüsse für Beschäftigung –.

Elke Breitenbach (LINKE) betont, dass alle Anträgen 30 000 Euro bis 35 000 Euro Ansatzerhöhung forderten. Es sei verwunderlich, dass die Koalition die Gegenfinanzierung ihrer Anträge aus dem Titel für öffentlich geförderte Beschäftigung nehmen wolle. Ihre Fraktion habe einen anderen Finanzierungsvorschlag gemacht. Sie frage SenArbIntFrau, wie viel Mittel aus dem Titel 68356 – Landeszuschüsse für Beschäftigung – entnommen werden könnten, ohne das Jobcoaching und Qualifizierung in den vorgesehenen Förderfallzahlen zu gefährden?

Michael Freiberg (CDU) erinnert daran, dass SenArbIntFrau versichert habe, dass dies möglich sei.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) bemerkt, er habe bereits versichert, dass es vertretbar sei, knapp 700 000 Euro aus dem Titel 68356 zu entnehmen. Es handele sich nicht um Jobcoaching, sondern der Titel betreffe die öffentlich geförderte Beschäftigung – ÖgB –, Landeszuschuss für kleine und mittlere Unternehmen, FAV usw.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) fragt, ob nicht auch andere Titel damit gegenfinanziert werden könnten. Seien nicht 720 000 Euro genauso realistisch?

Anja Kofbinger (GRÜNE) gibt zu bedenken, dass es sinnvoll sein könne, die beiden Oppositionsanträge zugunsten des Koalitionsantrags zurückzuziehen, auch wenn dieser einen anderen Titel betreffe; es handele sich aber nahezu um den gleichen Inhalt.

Elke Breitenbach (LINKE) teilt mit, dass ihre Fraktion ihren Änderungsantrag Nr. 3 zurückziehe.

Anja Kofbinger (GRÜNE) erklärt, auch ihre Fraktion werde ihren Änderungsantrag Nr. 1 zu dem Kapitel zugunsten des später zu behandelnden Koalitionsantrags zurückziehen.

Vorsitzende Anja Kofbinger teilt mit, dass der Berichtsauftrag Nr. 21 erledigt sei.

Titel 54053 – Veranstaltungen – Nr. 22

- Bericht SenArbIntFrau – LADS 1 – vom 21.09.2015 [0220-23](#)
Rote Nummer 2266 ArbIntFrau
Veranstaltungen Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 22)
Kapitel 0901/Titel 54053

Vorsitzende Anja Kofbinger teilt mit, dass der Berichtsauftrag Nr. 22 erledigt sei.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

- Bericht SenArbIntFrau – LADS 3 – vom 21.09.2015 [0220-24](#)
Rote Nummer 2277 ArbIntFrau
Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 23)
Kapitel 0901/Titel 68406

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Kapiteln 0901 und 0910:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	3.964.000 €	+ 1.000.000 € bei 4. REX
Ansatz 2017	4.150.000 €	+ 1.000.000 € s.o.

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der SPD und der CDU:

		Ansatz (+/-)
Ansatz 2016	3.694.000 €	+ 35.000 € lfd. Nr. 2 + 360.000 € lfd. Nr. 4
Ansatz 2017	4.150.000	+ 35.000 € lfd. Nr. 2 + 360.000 € lfd. Nr. 4

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) erklärt, dass ihre Fraktion den Teilansatz für das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in den Jahren 2016 und 2017 um je 1 Mio. Euro erhöhen wolle. Damit solle die Zivilgesellschaft gestärkt werden im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Rechtsextreme und rassistische Gewalt und Hetze nähmen dramatisch zu, insbesondere gegen Geflüchtete und deren Unterstützer/-innen und Helfer/-innen. Zivilgesellschaftliche Beratungsangebote seien auszubauen und zu unterstützen, z.B. Hellersdorf Hilft, die Opferberatung ReachOut, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und die Plattform „Berlin gegen Nazis“. Auch die Arbeit gegen Antisemitismus müsse verstärkt werden z.B. KIgA e.V. Besondere Aufmerksamkeit sei auf die Arbeit gegen Antiziganismus zu richten, insbesondere für Aufklärung und Weiterbildung von Multiplikator/-innen der Verwaltung. Als Gegenfinanzierung solle beim Verfassungsschutz eingespart werden.

Michael Freiberg (CDU) betont, dass die genannten Ziele von der Koalition ebenfalls mitgetragen würden. Die Gegenfinanzierung sei an dieser Stelle auf neue Weise unseriös, da sie einen anderen Einzelplan betreffe. Die CDU werde auch diesen Änderungsantrag ablehnen.

Dr. Susanne Kitschun (SPD) bestätigt, dass ein großer Mehrbedarf bei den genannten Zielen bestehe. Hier bestehe Konsens im Ausschuss. Auch 360 000 Euro Ansatzerhöhung, wie im Koalitionsantrag für Nr. 4 gefordert, sei ein großer Fortschritt gegenüber dem Haushaltsplanentwurf. Von den lokalen Partnerschaften für Demokratie könnten auch Flüchtlingsinitiativen und andere Akteure vor Ort profitieren. Auch die beiden mobilen Beratungsteams sollten mehr Stellen erhalten. Für das Jüdische Forum, das bisher vom Land kaum gefördert worden sei, sollten Mittel für die Arbeit gegen Antisemitismus aufgestockt werden. Die Gegenfinanzierung sei wie alle Koalitionsanträge bei den genannten Gegenfinanzierungstiteln zu finden.

Elke Breitenbach (LINKE) teilt mit, dass ihre Fraktion sich bei der Abstimmung über den Grünen-Änderungsantrag enthalten werde, da die Gegenfinanzierung aus einem anderen Einzelplan vorgesehen sei. Im Übrigen sei ihre Fraktion für die Abschaffung des Verfassungsschutzes; dies und die Verteilung seines Etats könne dann der Hauptausschuss beschließen.

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Kapiteln 0901 und 0910:

Ansatz(+/-)

Ansatz 2016 3.964.000 €

Ansatz 2017 4.150.000 €

Verbindliche Erläuterung:

Der Erläuterungstext zu Unterpunkt 4 ist wie folgt zu ändern: „Ausgaben im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus/Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt“.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) weist auf den Änderungsantrag Nr. 1 ihrer Fraktion hin, der als verbindliche Erläuterung fordere den Begriff „Antiziganismus“ aufzunehmen.

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Die Linke zu den Kapiteln 0900-0940

Ansatz(+/-)

Ansatz 2016 3.964.000 +30.000 für Ostkreuz und MBR

Ansatz 2017 4.150.000 +30.000 s.o.

Elke Breitenbach (LINKE) weist auf den Änderungsantrag ihrer Fraktion hin, der je Träger und Jahr 15 000 Euro mehr für die Projekte „Mobiles Beratungsteam ‚Ostkreuz‘ für Demokratieentwicklung“ und „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ – MBR – für Mitarbeiter/-innen von Heimbetreibern und Sicherheitsdiensten fordere. Dass SenArbIntFrau der Koalition bestätige, aus Titel 68356 – Landeszuschüsse für Beschäftigung – bis zu 700 000 Euro an Gegenfinanzierung nehmen zu können, verwundere und sei problematisch. Mit diesem Ansatz hätten Maßnahmen, um Flüchtlinge in Arbeit zu bringen, finanziert werden können. Ihre Fraktion schlage vor, dass Ostkreuz und MBR in den Flüchtlingsunterkünften beraten sollten. Ein externer Dienstleister für den „moderierten Programmdialog“ im Rahmen der Umsetzung des Partizipationsprogramms Kapitel 0910, Titel 54010 – Dienstleistungen – sei nicht notwendig, deshalb diene dieser Ansatz als Gegenfinanzierung. – Ihr Fraktion ziehe ihren Antrag zurück, weil es zu begrüßen sei, wenn bei Ostkreuz und MBR weitere Stellen festgeschrieben würden.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) wiederholt seine Frage, ob der Ansatz in Titel 68356 – Landeszuschüsse für Beschäftigung – auch um 719 600 Euro reduziert werden könnte.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) antwortet, der Haushaltsgesetzgeber könne tun und lassen, was er wolle, doch rate er davon ab, weil der Titel sonst unterfinanziert wäre.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der Grünen ab.

Vorsitzende Anja Kofbinger weist darauf hin, dass nun über den Änderungsantrag Nr. 1 der Koalition gesprochen werde.

Dr. Susanne Kitschun (SPD) macht darauf aufmerksam, dass der Antrag eine verbindliche Erläuterung enthalte, wie die Mittel auf Nr. 2 und Nr. 4 des Titels verteilt werden sollten.

Änderungsantrag Nr. 2 der Piratenfraktion:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	3.964.000 €	+25.000 € zu Nr. 1
Ansatz 2017	4.150.000 €	+25.000 €

Fabio Reinhardt (PIRATEN) betont, dass alle Etaterhöhungen im LSBTI-Bereich zu begrüßen seien. Die Piratenfraktion werde sich aber bei der Abstimmung über den Koalitionsantrag enthalten, da nicht klar sei, für was die Mittel eingesetzt werden sollten.

Ein wertvolles Projekt sei MILES vom LSVD. Die Inhaberin der bisher vorhandenen halben Stelle Jouanna Hassoun berate LSBTI-Flüchtlinge, was dringend nötig sei, zumal die Zahl der Geflüchteten steige. Ihr sei ihr für ihr jahrelanges ehrenamtlichen Engagement der Berliner Verdienstorden verliehen worden. Seine Fraktion wolle für die wichtige Arbeit die halbe Stelle auf eine ganze mit 25 000 Euro aufstocken. Die Gegenfinanzierung sei bereits erläutert worden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 1 der Koalition zu.

Änderungsantrag Nr. 2 zu Kapitel 0901 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

		Ansatz (+/-)
Ansatz 2016	999.000 €	+ 50.000 €
Ansatz 2017	1.019.000	+ 50.000 €

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke zu den Kapiteln 0900-0940

		Ansatz (+/-)
Ansatz 2016	999.000 €	+ 50.000 €
Ansatz 2017	1.019.000	+ 50.000 €

Anja Kofbinger (GRÜNE) erläutert, ihre Fraktion wolle den Ansatz um 50 000 Euro erhöhen, wobei nicht bestimmt werde, welches Projekt welchen Betrag erhalten solle. Grundsätzlich solle ein Betrag für die wachsende Zahl queerer Flüchtlinge eingesetzt werden, wofür

eigentlich ein eigener Titel eingerichtet werden müsste. Damit solle Beratung, Sprachmittlung, Vermittlung in privaten Wohnraum etc. finanziert werden. Von den 50 000 Euro könnten 25 000 Euro für die Aufstockung der MILES-Stelle genommen werden.

Elke Breitenbach (LINKE) unterstützt ihre Vorrednerin. Die Linke habe ebenfalls beantragt, den Titel um 50 000 Euro für queere Flüchtlinge aufzustocken. Dabei gehe es nicht nur um Beratung, sondern auch um vernünftige Unterbringungsmöglichkeiten bzw. eine spezielle Einrichtung für queere Flüchtlinge, was auch eine Forderung des flüchtlingspolitischen Konzepts des Senats sei. Gegenfinanziert werden solle die Ansatzserhöhung aus Kapitel 0900, Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –, 10 000 Euro – ein Ansatz, der nie ausgeschöpft worden sei, aus Kapitel 0901, Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen – 20 000 Euro und aus Kapitel 0910, Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen – 20 000 Euro.

Anja Kofbinger (GRÜNE) teilt mit, da die bisherige Gegenfinanzierung aus den zu erwartenden Mitteln der Bundesregierung nicht akzeptiert werde, ziehe ihre Fraktion den Änderungsantrag zugunsten des Änderungsantrags der Fraktion Die Linke zurück.

Michael Freiberg (CDU) bittet SenArbIntFrau, die Gegenfinanzierung des Änderungsantrags der Fraktion Die Linke zu bewerten.

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) erinnert daran, dass sie zur Gegenfinanzierung aus Kapitel 0900, Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter – und Kapitel 0901, Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen – bereits Stellung genommen habe. Bei Kapitel 0910, Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen – entspreche das Ist ungefähr dem Ansatz, insofern sei eine Erhöhung des Einnahmetitels um 20 000 Euro nicht nachzuvollziehen.

Elke Breitenbach (LINKE) wendet ein, wenn das Ist jetzt schon dem Ansatz entspreche, werde es übertroffen werden; folglich sei in den kommenden Jahren mehr anzusetzen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke ab.

Titel 68406 (neu) – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Änderungsantrag Nr. 9 der Piratenfraktion:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	3.964.000 €	+22.500 € zu Nr. 1
Ansatz 2017	4.150.000 €	+/- 0 €

Fabio Reinhardt (PIRATEN) weist auf den Änderungsantrag Nr. 2 seiner Fraktion hin und auf den Änderungsantrag Nr. 9 auf einer Tischvorlage. Da die Zahl der Geflüchteten steigen werde, werde auch die Zahl der LSBTI-Geflüchteten steigen. In einem LSBTI-Projekt solle 2016 Konzept erstellt und 2017 mehrere Stellen eingerichtet werden, weshalb 2016 aber eine Beratungslücke entstehe. Deshalb solle 2016 eine halbe Stelle eingerichtet werden bzw. eine ganze Stelle in der zweiten Jahreshälfte.

Michael Freiberg (CDU) stellt fest, dass die Gegenfinanzierung für den Änderungsantrag Nr. 2 bereits abgelehnt worden sei.

Elke Breitenbach (LINKE) wendet ein, dass auch über den Antrag der Fraktion Die Linke abgestimmt worden sei, obwohl Teile der Gegenfinanzierung schon abgelehnt worden seien.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) weist darauf hin, dass er jederzeit die Änderung der Tagesordnung beantragen könne, damit Gegenfinanzierungsanträge mit den Änderungsanträgen zusammen behandelt würden. Das Prozedere sei aus pragmatischen Gründen so gewählt worden. Eine Gegenfinanzierung könnte auch aus Kapitel 0940, Titel 68356 – Landeszuschüsse für Beschäftigung – erfolgen, der noch nicht behandelt sei. Wenn dort knapp 700 000 Euro zu entnehmen seien, könnten rd. 20 000 Euro auch noch gegenfinanziert werden.

Der Ausschuss

lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Piratenfraktion ab,
lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der Piratenfraktion ab.

Vorsitzende Anja Kofbinger weist auf den Änderungsantrag Nr. 1 der Grünen hin, bei dem eine verbindliche Erläuterung zum Unterpunkt 4 angebracht werden solle. Frau Dr. Kahlefeld habe den Änderungsantrag bereits begründet.

Michael Freiberg (CDU) gibt zu bedenken, dass nicht nur der Antiziganismus, sondern viele weitere Strömungen, die die demokratische Werte bzw. Menschen bedrohten, anzuführen wären, gegen die man sich wenden könnte. Im Rahmen der Haushaltsberatung den Titel so zu ändern, werde der Thematik nicht gerecht. Über eine gemeinsame Linie müsste an anderer Stelle inhaltlich diskutiert werden. Dem vorliegenden Antrag könne seine Fraktion nicht zustimmen.

Dr. Susanne Kitschun (SPD) gibt ihrem Vorredner recht. Über den Titel des Programms sollte durchaus nachgedacht werden, u. U. auch im Ausschuss. Hier wären für sie allerdings abstraktere Formulierungen wie „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ vielen Einzelbegriffen vorzuziehen.

Elke Breitenbach (LINKE) erinnert daran, dass ohne Diskussion der Name des Programms um „Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt“ erweitert worden sei. Eine Erweiterung des Namens würde keine Aufgabenerweiterung bedeuten, da alle diesbezüglichen Maßnahmen bereits Teil des Programms seien. Eine konkrete Benennung des Programms mache seinen Inhalt transparenter. Außerdem habe es keine finanziellen Auswirkungen, diesem Antrag zuzustimmen.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) weist darauf hin, dass der Begriff „Antiziganismus“ ein Teil des Programmnamens gewesen sei. Eigentlich stehe die Verwaltung in der Erklärungs-pflicht, warum der Begriff gestrichen worden sei, obwohl der Antiziganismus in der Stadt zunehme und der politische Diskurs teilweise in diese Richtung gehe. Es sei dringend geboten, in den Verwaltungen, den Schulen, den Einrichtungen gegen Antiziganismus zu kämpfen.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Grünen ab.

**Titel 68690 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland
aus zweckgebundenen Einnahmen –**

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzende Anja Kofbinger teilt mit, dass der Berichtsauftrag Nr. 23 erledigt sei.

**Kapitel 0910 – Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen
– Beauftragte/r für Integration und Migration –**

Übersicht der 2015 geförderten Programme und Projekte (Kapitel 0910) – Nr. 24

- Bericht SenArbIntFrau – AL III 122 – vom 18.09.2015 [0220-25](#)
Rote Nummer 2273 ArbIntFrau
Übersicht der in 2015 geförderten Programme und Haupt(f)
Projekte
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 24)
Kapitel 0910

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) wundert sich, dass laut Bericht im Rahmen des Partizipations- und Integrationsprogramms die Infrastrukturkosten von Migrantprojekten „als Basis für die dort geleistete ehrenamtliche Tätigkeit finanziert“ würden. Ihres Wissens würden Projekte gefördert, aber nicht die Infrastruktur für das Ehrenamt, obwohl viel ehrenamtliche Arbeit in den Migrantenselbstorganisationen geleistet werde.

Andreas Germershausen (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) gibt zu, dass die Formulierung nicht ganz glücklich sei. Er stimme seiner Vorrednerin zu, dass dies umfassender zu verstehen sei.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) entgegnet, es treffe nicht zu.

Andreas Germershausen (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) bemerkt, es sei verkürzt beschrieben. In Migrantorganisationen werde sehr viel ehrenamtliche Arbeit geleistet, was zu begrüßen sei. Mit der Förderung aus dem Programm würden die Strukturen der Migrantorganisationen gestärkt.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra stellt fest, dass Berichtsauftrag Nr. 24 erledigt sei.

**Exemplarisches durchschnittliches Monatseinkommen (aus Januar 2015);
Durchführung des eg-check-Pilotverfahrens in der Senatsverwaltung für Arbeit, In-
tegration und Frauen (Kapitel 0910) – Nr. 25**

- Bericht SenArbIntFrau – Z B 1 – vom 21.09.2015 [0220-26](#)
Rote Nummer 2274 ArbIntFrau
Exemplarisches durchschnittliches Monatseinkom- Haupt(f)
men (aus Januar 2015); Durchführung des eg-check-
Pilotverfahrens in der Senatsverwaltung für Arbeit,
Integration und Frauen
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 25)
Kapitel 0910

Simon Kowalewski (PIRATEN) zeigt sich zufrieden, dass SenArbIntFrau nach längeren Ausführungen über den eg-check festgestellt habe, dass es ein Diskriminierungspotenzial gebe, gegen das vorzugehen sei. Er wünsche dazu einen Umsetzungsbericht.

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) berichtet, Probleme gebe es tatsächlich bei der Anwendung des Tarifvertrags. Deshalb würden jetzt auch Prüfungen in anderen Senatsverwaltungen und Bezirken durchgeführt. Im Frühjahr bis Mitte 2016 werde das Ergebnis des landesweiten eg-checks vorliegen und darüber berichtet werden. Es werde geprüft, ob möglicherweise im Tarifvertrag selbst Diskriminierungspotenzial bestehe. Wenn dies der Fall sei, müsse an die Tarifvertragsparteien herangetreten werden.

Simon Kowalewski (PIRATEN) fragt nach, ob dieser landesweite Bericht unaufgefordert dem Abgeordnetenhaus zugestellt werde.

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) sagt dies zu.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra stellt fest, dass Berichtsauftrag Nr. 25 erledigt sei.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen – Nr. 26

- Bericht SenArbIntFrau – AL III 122 – vom 21.09.2015 [0220-27](#)
Rote Nummer 2262 ArbIntFrau
Rückzahlungen von Zuwendungen Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 26)
Kapitel 0910/Titel 11921

Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Die Linken zu den Kapiteln 0900-0940

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	60.000	+20.000
Ansatz 2017	60.000	+20.000

Änderungsantrag Nr. 10 der Piratenfraktion

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	60.000	+55.000
Ansatz 2017	60.000	+60.000

Elke Breitenbach (LINKE) erläutert, der Ansatz des Titels sei zu gering veranschlagt. Deshalb solle er um 20 000 Euro erhöht werden.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) erklärt, auch seine Fraktion veranschlage hier mehr Einnahmen. Dies sei die Gegenfinanzierung für den Änderungsantrag Nr. 12 seiner Fraktion zu Kapitel 0901, Titel 68412 – Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen –. Die Flüchtlingsberatungsstellen sollten unterstützt werden, damit auch Illegalisierte beraten werden könnten.

Michael Freiberg (CDU) weist darauf hin, dass SenArbIntFrau bereits bestätigt habe, dass die Gegenfinanzierung nicht realistisch sei. Die CDU werde die Änderungsanträge ablehnen.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) wendet ein, dies treffe nicht zu.

Der **Ausschuss**

lehnt Änderungsantrag Nr. 10 der Piratenfraktion ab,
lehnt Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Die Linke ab.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra stellt fest, dass Berichtsauftrag Nr. 26 erledigt sei.

**Titel 27295 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2014-2020) – Nr. 27**

- Bericht SenArbIntFrau – AL III 1 – vom 18.09.2015 [0220-28](#)
Rote Nummer 2268 ArbIntFrau
Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Haupt(f)
Zwecke (Förderperiode 2014-2020)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 27)
Kapitel 0910/Titel 27295

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra stellt fest, dass keine Wortmeldungen vorlägen, der Berichtsauftrag Nr. 27 also erledigt sei.

Titel 41210 – Aufwendungen für Beiräte – Nr. 28

- Bericht SenArbIntFrau – III A 1 – vom 21.09.2015 [0220-29](#)
Rote Nummer 2265 ArbIntFrau
Aufwendungen für Beiräte Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 28)
Kapitel 0910/Titel 41210

Fabio Reinhardt (PIRATEN) erkundigt sich, ob außer den Sitzungsgeldern bisher auch die Fahrtkosten erstattet worden seien. Sollte die Unterstützung für den Beirat in dieser Form beibehalten werden?

Andreas Germershausen (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) verweist auf den Bericht. Der Ansatz liege bei 1 000 Euro. In der Größenordnung könnten Sitzungsgelder anfallen. Es könnten auch höhere Kosten anfallen.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) hält fest, dass offensichtlich Fahrtkosten nicht erstattet würden.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra bemerkt, der Berichtsauftrag Nr. 28 sei erledigt.

[auf Antrag der Piratenfraktion im Wortlaut]

- b) Antrag der Piratenfraktion
Drucksache 17/2367

Professionelle und angemessen honorierte Übersetzungs- und Dolmetschleistungen für die Wahrung der Rechte nicht Deutsch sprechender Personen

[0224](#)
ArbIntFrau
Haupt

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Änderungsantrag Nr. 3 der Piratenfraktion:

		Ansatz (+/-)
Ansatz 2016	5.000 €	+ 35.895 €
Ansatz 2017	5.000 €	+ 35.895 €

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Dann komme ich zur Begründung. Es geht bei dem parlamentarischen Antrag, den wir gestellt haben, der sich sozusagen auf alle Haushaltsbereiche beziehen würde, den wir auch finanziell in den Kapiteln und Einzelplänen unterfüttert haben, wo das zur Debatte kommt – das ist unter anderem der Einzelplan GesSoz und dann eben dieser Einzelplan hier –, darum, dass wir festgestellt haben, dass die Übersetzungsleistungen für die gerade in Berlin ankommende Migrantinnen und Migranten, aber auch für die, die schon länger hier leben, immer mehr an Relevanz gewinnen. Dabei werden gerade Dolmetschleistungen immer stärker an Sprachmittlerinnen und Sprachmittler gegeben, die leider sehr schlecht bezahlt werden. Das heißt, dort gibt es viele prekäre Verhältnisse. Dabei ist es jetzt aber so, dass gerade diese Sprachmittlerinnen und Sprachmittler immer stärker zusätzliche Aufgaben, zum Teil weit über die eigentliche Übersetzungsleistung hinausgehende Aufgaben übernehmen. Deswegen ist es auch immer wichtiger, dass ein entsprechender kultureller Hintergrund, also auch ein Wissen über das rein Sprachliche hinausgehend vorhanden ist.

Deswegen fordern wir hier eine entsprechend qualifizierte Dolmetschungs- und Dienstleistungstätigkeit. Das ist zum einen eine konkrete Tätigkeit, die sich an Standard-Dolmetschkriterien orientiert, zum andern auch eine Anpassung der Bezahlung an das JVEG, das im Land Berlin seit 2004 nicht mehr angepasst wurde. Dabei haben wir in diesem Bereich, also bei diesem Haushaltstitel eine entsprechende Finanzierungssumme im Bereich von ungefähr 70 000 Euro identifiziert. Allerdings sind wir davon ausgegangen, dass eine entsprechende Umstellung auf qualifizierte Dolmetscherinnen und Dolmetscher innerhalb der nächsten zwei Jahre nicht komplett möglich ist, weil es eben nicht ausreichend Dolmetscherinnen und Dolmetscher gibt, die tätig werden könnten. Wir gehen davon aus, wenn wir jetzt diesen Antrag beschließen und das haushälterisch unterfüttern, dass wir dann innerhalb der nächsten zwei Jahre eine stufenweise Umstellung auf qualifizierte Dolmetscher/-innen haben und deswegen dann nicht die vollen 70 000 Euro, sondern erst einmal die 35 000 Euro je Haushaltsjahr eingestellt haben.

Ich hoffe, bei Ihnen auf eine Unterstützung der Migrantinnen und Migranten in dem Sinne, dass sie hier zum einen, wenn sie Sprach- und Dolmetschleistungen in Anspruch nehmen, auch immer qualifizierte Unterstützung durch ausgebildete Dolmetscher/-innen bekommen,

zum anderen, dass hier die Menschen, die diese wichtigen Tätigkeiten vornehmen, auch entsprechend finanziell unterstützt werden und damit aus ihrer Prekarität herausgeholt werden.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra: Danke, Herr Reinhardt! – Herr Freiberg! Sie haben sich gemeldet?

Michael Freiberg (CDU): Danke, Frau Vorsitzende! – Herr Reinhardt! Sie haben im Kern recht. Da sind Sie aber auch nicht der Einzige, weil das ein Thema ist, das wir im Hauptausschuss bereits mehrmals – gestern auch – thematisiert haben, wo es die klare Zusage des Finanzsenators gibt im Einvernehmen mit dem Senat. Dazu hat sich der Senat auch geäußert, dass es im November eine Vorlage gibt mit aktuellen Zahlen, dass die Finanzierungszusage, die der Bund jetzt gegeben hat, die heruntergebrochen, als Einnahme dargestellt wird und darüber hinaus selbstverständlich auch Ausgabenfelder benannt werden müssen aufgrund der Eckdaten, die sich verändert haben, die sich natürlich nicht widerspiegeln – insofern ist der Antrag an dieser Stelle vollkommen berechtigt – in der Ausgangslage vor der Sommerpause, weil der Senat hier auch einige Zeit beraten hat.

Hier gibt es aber das Einvernehmen der Fraktionen – das haben wir gestern im Hauptausschuss gehabt, Sie waren zumindest körperlich anwesend, ich habe Sie gesehen –, dass wir hier gesagt haben, wir wollen einen Haushaltsplan aufstellen mit Ausgaben angepasst, mit Einnahmen angepasst, der die Gesamthematik der Problematik Flüchtlinge in diesen extremen Zahlen auch darstellt. Das genau ist jetzt ein klassischer Fall, wo man sagt, ja, Sie haben vollkommen recht, hier wird das Abgeordnetenhaus, der Hauptausschuss auf Vorlage des Senats, die zurzeit erstellt wird – das ist von Herrn Staatssekretär Feiler gestern mehrfach versichert worden – sich damit beschäftigen. Das ist auch Einvernehmen der parlamentarischen Geschäftsführer gewesen, dass wir eine aktuelle Zahl haben wollen, die wir in der Schlussphase des Haushalts zum nächsten Doppelhaushalt einspielen, und zwar nicht nur dort, sondern auch in den Feldern Gesundheit, in den Feldern der Bezirke, ein sehr wichtiges Thema, das auch von Frau Schmidt aus Sicht der Fraktion Der Linken vollkommen zu Recht gefordert wurde, und und und. Und das macht der Senat zurzeit.

Da ist es selbstverständlich, dass natürlich Dolmetscher, Sprachmittler dazugehören. Das ist unstrittig. Insofern müssen Sie sehen, wie Sie jetzt damit umgehen. Das ist jetzt Ihr Problem. Aber ich halte eine Vorlage, wie sie jetzt hier abgegeben wird, mit diesem kleinen Fokus, mit diesem Karo Dolmetscher, überhaupt nicht für ausreichend. Das Problem, das wir haben, ist ein Gesamtproblem in der Stadt. Das wissen Sie aber auch, weil Sie aktiv und superfleißig an dieser Stelle sind, auch immer wieder zu sehen und zu hören sind. Das ist ja vollkommen okay. Aber hier an dieser Stelle ist Ihr Karo, ist Ihr Fokus schlichtweg zu klein. Deswegen bitte ich, diese Absprache der Fraktionen einzuhalten. Ansonsten sehe ich mich auch nicht in der Lage, hier ein Präjudiz zu schaffen in eine Richtung.

Ich will jetzt gar nicht über Ihre Gegenfinanzierung reden, weil die Gegenfinanzierung eigentlich das vereinbarte Geld wäre, das der Bund signalisiert hat. Das ist die Gegenfinanzierung, im Zweifel noch mit Landesmitteln obendrauf. Das muss man darstellen. Aber das wird von der Senatsverwaltung für Finanzen im Einvernehmen mit dem Senat zurzeit auf den Weg gebracht. Ziehen Sie ihn zurück – gute Chance –, bringen Sie ihn wieder im Hauptausschuss ein, da gehört er hin! Ansonsten sehe ich zurzeit keine Chance und eigentlich auch keine Notwendigkeit, diesen Antrag jetzt hier zu beschließen.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra: Vielen Dank! – Frau Breitenbach! Sie haben das Wort.

Elke Breitenbach (LINKE): Ich finde den Antrag inhaltlich falsch. Es gibt bestimmte Bereiche, da ist es notwendig und im Übrigen auch vorgeschrieben, dass ausgebildete Dolmetscherinnen und Dolmetscher zu Übersetzungen herangezogen werden: bei polizeilichen Maßnahmen, bei der Übersetzung von bestimmten Unterlagen. Es gab einen Hintergrund für den Gemeindedolmetschdienst, nämlich, dass es sehr viele Menschen gibt, die meisten von ihnen mit Migrationshintergrund und Muttersprachler und Muttersprachlerinnen, die in der Lage sind, Menschen, die sich keine Dolmetscher im Alltag leisten können, zu begleiten und ihnen weiterzuhelfen. Also der Gemeindedolmetschdienst ist ein bisschen ein abgespeckter Bereich der Kiezlotsen und -lotsinnen. Gedacht waren die Gemeindedolmetschdienste dafür, Menschen zu begleiten in erster Linie in gesundheitliche Einrichtungen, damit dieses Elend aufhört, dass immer die Kinder mitgehen und übersetzen müssen. Das war der Hintergrund der Gemeindedolmetschdienste.

Wir hatten es hatten hier kürzlich im Ausschuss, da finde ich, läuft tatsächlich etwas schief, um das man sich kümmern müsste: beispielsweise bei den Erstbesuchen der Mütter und ihrer Neugeborenen in den Flüchtlingsunterkünften. Hier müsste man Gemeindedolmetschdienste hinzuziehen, weil die Frauen aus den Gesundheitsdiensten und den Projekten, die das machen müssen, sich gar nicht mit den Flüchtlingsfrauen verständigen können. Die Projekte sagen, wir können uns den Gemeindedolmetschdienst gar nicht leisten. Das, finde ich, ist das Problem. Aber wir brauchen nicht überall voll ausgebildete Dolmetscherinnen und Dolmetscher, sondern in bestimmten Bereichen Muttersprachler/-innen oder gar nicht nur Muttersprachler/-innen, aber Menschen, die in bestimmten Bereichen und mit bestimmten Themen kultursensibel umgehen können. Das müssen nicht unbedingt Dolmetscher und Dolmetscherinnen sein.

Ich finde im Übrigen auch, dass der Gemeindedolmetschdienst und Ähnliches natürlich korrekt bezahlt werden müssen.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Frau Bayram, Sie haben das Wort!

Canan Bayram (GRÜNE): Ja, das geht in eine ähnliche Richtung, wie Frau Breitenbach das dargestellt hat, denn das Problem, das wir haben, ist, dass überall dort, wo es eine rechtliche Konsequenz gibt, z. B. bei den BAMF-Verfahren oder in anderen Bereichen, wo dieser Dolmetscherdienst eine Qualität hat, auch vor Gerichten, wo eine falsche Übermittlung dazu führen kann, dass jemand Recht verliert oder eingeschränkt bekommt, es unumgänglich ist, schon aus Rechtsstaatsprinzipien, einen hohen Standard an Dolmetscherdiensten zu gewährleisten. Wir hatten letzten Freitag beim Runden Tisch ausländische Gefangene genau dieses Thema. Die machen es auch so ähnlich. Das nennt sich Sprachmittler. Das hat einen historischen Hintergrund, dass sie in der DDR so genannt wurden. Da gibt es schon eine Diskussion darüber, was für eine Anforderung das ist und wie wir uns da aufstellen müssen.

Aber wenn wir uns die Zahl der Menschen anschauen, die jetzt kommen und demnächst kommen werden, dann werden wir mit den derzeitigen Angeboten den Bedarf schwer decken, weil das Bereiche sind, wo das eher zurückgegangen ist. Die meisten, die sich mit dem Thema Integration schon länger beschäftigen, wissen, dass das Angebot immer schon zu gering war.

Ich hatte ja schon bei unserem Besuch in der Gewaltschutzambulanz angeregt, dass wir eine Übersetzungs-/Sprachmittlerhotline oder so etwas einrichten, weil das bei der BIG-Hotline funktioniert. Wir müssen den Sprachmittler gar nicht immer vor Ort haben. Bei den Gefängnissen dauert es lange, bis sie drin sind. Hier ist es eben auch so, dass es den Einsatz von technischen Mitteln geben kann, um die Schwelle geringer zu machen, dass die Leute es einsetzen können und gleichzeitig die Kosten nicht so hoch treiben, indem man immer den Dolmetscher mit der Anerkennung zur Vereidigung vor Gericht einsetzt.

Das ist ein Thema, von dem ich auch denke, dass wir uns das grundsätzlicher vornehmen – insofern gebe ich Herrn Freiberg recht – und in dieser Diskussion im Hauptausschuss klären müssen, wie wir das allgemein im Land Berlin regeln. Hier ist es nur ein kleiner Titel, in anderen Einzelplänen haben wir dazu auch Leistungen. Meine Idee wäre, zu schauen, wie wir das bündeln, wie wir das mit Technik so ausstatten können, dass es eine Hotline gibt, wo jeder anrufen und eben durch eine Telefonkonferenz oder eine telefonische Zuschaltung Dolmetscherdienste in Anspruch nehmen kann.

Deswegen wäre jetzt die Frage, wie sehr die Piraten darauf bestehen, dass wir das hier abstimmen – oder ob wir uns da im Hauptausschuss darauf verständigen können, wie wir das Problem oder das Thema grundsätzlicher angehen. Was Frau Breitenbach gesagt hat, kenne ich auch aus eigener Erfahrung: Ich dolmetsche seit ich zehn bin, ich habe es nie gelernt. Die Kollegin Sommer hat es richtig professionell gelernt. Sie hat diese Professionalität dabei gehabt. Aber das funktioniert auch mit Sprachmittlern, die müssen gar nicht ein Diplom oder einen Abschluss oder diese Vereidigung haben, um das in den Dienst der Menschen zu stellen. Das würde ich gerne noch einmal im Gesamtkontext im Hauptausschuss besprechen wollen.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra: Vielen Dank! – Dann hat der Kollege Reinhardt das Wort.

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Vielen Dank für das umfangreiche und wie ich finde sehr erfahrungsgeprägte und qualifizierte Feedback. Das zeigt, dass sich alle Fraktionen mit dem Antrag und dem Anliegen beschäftigen. Das freut mich ungemein. Das werde ich auch so weitergeben. Es ist tatsächlich so, dass hier offensichtlich ein Konflikt besteht zwischen einerseits dem Anliegen, dass für Muttersprachler/-innen ohne lange Ausbildung hier ein schneller Berufsstart und der Einsatz möglich ist, es gleichzeitig aber auch Projekte gibt, die nur wenig Geld haben, aber auf diese Dienste zurückgreifen wollen, es aber andererseits auch den Wunsch gibt, dass professionelle Dolmetschdienstleistungen abgefragt werden. Das betrifft gerade die hochsensiblen Bereiche im Asylverfahren und bei der Polizei. Darauf geht unser parlamentarischer Antrag explizit ein. Das heißt, wer da unsicher ist, ob das im Bereich Integrationsbeauftragter finanziell notwendig ist, kann gern dem Antrag zustimmen und dann dem Haushaltsantrag nicht zustimmen.

Aber es geht hier tatsächlich – das ist auch genannt worden –, um Sprachmittlungseinsätze, die immer mehr Aufgaben übernehmen, die immer stärker auch in Verantwortung stehen. Dem steht dann eine Bezahlung von um die 13 Euro pro Stunde gegenüber. Das ist eine absolute Prekarisierung, die hier stattfindet. Auch darüber gab es – das war das Einvernehmen, Herr Freiberg – tatsächlich gestern im Hauptausschuss eine Klärung, dass hier eine Anpassung erfolgen muss. In welcher Form ist jetzt die Frage. Wir sagen, wir wollen stärker auf

qualifizierte Dolmetscher/-innen zurückgreifen, wenn es über das Land Berlin läuft. Aber natürlich gibt es viele Sprachmittler/-innen und Muttersprachler/-innen, die hier gerade neu ankommen und diese Möglichkeit der Qualifizierung noch nicht hatten. In Klammern: Natürlich gibt es auch mehr Qualifizierungsmaßnahmen, wenn mehr Dolmetscher/-innen angefragt werden. Diese sollen natürlich immer noch eingesetzt werden z. B. bei freien Trägern, bei Projekten, und wenn die Dolmetscher/-innen nicht verfügbar sind, dann natürlich auch weiterhin vom Land Berlin.

Diese Entlohnung – und ich hoffe, ich kann darauf noch einmal den Fokus setzen, ist wirklich katastrophal. Hier werden Leute, auf die beide Seiten unglaublich angewiesen sind – die Dienstleistung beauftragende Seite und die Menschen, die darauf angewiesen sind, die diese Übersetzungsleistung brauchen wegen des Asylverfahrens, weil sie auf der Polizei sind oder auch, weil sie beim Integrationsbeauftragten eine Beratungsleistung oder Ähnliches in Anspruch nehmen – in eine prekäre Situation getrieben. Wir haben jetzt die Situation, dass uns gestern gesagt wurde, wir werden demnächst eine Anpassung der Sprachmittlerbezahlung haben, unklar wann, unklar wie hoch. Das ist das eine. Deswegen will ich mich darauf nicht verlassen, dass es passiert und wann es passiert. Das andere ist, dass genau diese professionellen Dolmetschtätigkeiten eben nicht angefragt werden vom LAGeSo, vom BAMF, von der Polizei. Darauf müssen wir dringen, dass dies in Zukunft stärker gemacht wird, dass wir zum einen die Aspekte der Professionalität weiterhin nach vorne rücken, zum anderen aber eben auch die faire Bezahlung von allen anderen Menschen, die in Übersetzungstätigkeiten aktiv sind, unabhängig davon, ob sie eine qualifizierte Ausbildung haben oder nicht.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra: Vielen Dank! – Jetzt noch einmal Frau Breitenbach!

Elke Breitenbach (LINKE): Ich finde es schwierig, wenn Ihr den heute abstimmen wollt, aber wenn Ihr das wollt, dann müsst Ihr das machen. Ich versuche es noch einmal: Dass die Sprachmittler und die Sprachmittlerinnen mehr Geld kriegen in dieser Honorarverordnung, ist okay. Aber in eurem Antrag steht, dass Ihr Sprachmittlerinnen und Sprachmittler gegen Dolmetscherinnen und Dolmetscher austauschen wollt. Das ist der Konflikt, den es von Anfang an gab, dass die Dolmetscherinnen und Dolmetscher zu Recht gesagt haben, sie wollten eine klare Abgrenzung haben, weil sie nicht ihre Arbeit nicht mehr erledigen können, wenn es billigere Kräfte gibt. Diese klare Abgrenzung gibt es, glaube ich, auch. In bestimmten Situationen – beim BAMF – werden natürlich Dolmetscher und Dolmetscherinnen genauso wie am Gericht hinzugezogen. Das können keine Sprachmittler machen. Im LAGeSo sind Sprachmittler angestellt. Dort gibt es aber auch Dolmetscher und Dolmetscherinnen, je nachdem, was gemacht werden muss. Deshalb fände ich das tatsächlich gut, die Abstimmung über diesen Antrag zu verschieben, aber das müsst Ihr entscheiden.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra: Herr Reinhardt noch einmal – bitte!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Nur kurz zur Erläuterung: Es ist natürlich so, dass auch weiterhin Sprachmittlerinnen und Sprachmittler eingesetzt werden können, die nicht über diese hier skizzierte Qualifikation verfügen. Es geht einmal im Punkt 2 um die Gerichte und die Polizei und im Punkt 3 um den Bereich Gemeindedolmetschen. Frau Kollegin Breitenbach! Sie schießen jetzt über das Ziel hinaus. Es geht nicht um die komplette Abschaffung von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern – [Zurufe] –, nur im Bereich Gemeindedolmetschen. Das ist schon ein Unterschied.

Und zu den Dolmetschern im Landesamt: Ja, es gibt Dolmetscher im LAGeSo, und zwar zwei, soweit ich weiß, von den fast 1 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Da können Sie sich überlegen, wie häufig qualifizierte Dolmetscherinnen und Dolmetscher innerhalb der Verfahren im Landesamt eingesetzt werden. Ich habe jetzt kein Signal bekommen, in welcher Form dieser Antrag hier mehrheitsfähig ist. Insofern sehe ich jetzt keinen Grund, den parlamentarischen Antrag oder den Finanzierungsantrag zurückzuziehen.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra: Frau Sommer! War das eine Wortmeldung? – Bitte!

Evrin Sommer (LINKE): Da ich nun viele, viele Jahre Angestellte des BAMF war, in den Außenstellen Eisenhüttenstadt und in der Streitstraße, tatsächlich angesiedelt beim Einzelentscheider als Gutachterin und ab und zu auch als Dolmetscherin und Übersetzerin tätig war, kann ich nur sagen, dass sie selbst dort ihren Pool haben, vor allem darauf ausgerichtet, dass sie Herkunftssprachler sind. Es wurde immer darauf geachtet: Wenn es Flüchtlinge kurdischer Herkunft waren, wurden kurdische Dolmetscher/-innen und Übersetzer/-innen kurdischer Herkunft eingeladen, die die Anhörung übersetzt haben. Insofern kann ich für diese Behörde sagen, da ich nun wirklich dort viele Jahre angestellt war, dass es sie dort ihre eigenen Dolmetscher haben, ganz viele.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra: Vielen Dank! – Dann stelle ich jetzt den Antrag der Piratenfraktion Drucksache 17/2367 zur Abstimmung. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Piraten. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die CDU und die SPD. Wer enthält sich? – Das sind die Grünen und die Linken. – Vielen Dank!

Dann stimmen wir jetzt den Änderungsantrag Nr. 3 der Piratenfraktion auf Seite 51 ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist die Piratenfraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Das sind SPD und CDU. Wer enthält sich? – Das sind Grüne und Linke. – Vielen Dank!

[Ende Protokollierung im Wortlaut]

Geschäftsbedarf Willkommenszentrum (Kapitel 0910 Titel 42801 und 51101)
– Nrn. 29 und 30

- Bericht SenArbIntFrau – AL III (V) – vom 21.09.2015 [0220-30](#)
Rote Nummer 2283 ArbIntFrau
Geschäftsbedarf Haupt(f)
Willkommenszentrum
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 29 und 30)
Kapitel 0910/Titel 42801 und 51101

Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion Die Linke zu den Kapiteln 0900-0940:

Ansatz 2016 387.000
Ansatz 2017 2.500

Qualifizierte Sperre über den Betrag i.H.v. 384.000 € für Umbau und Erstausrüstung des Willkommenszentrums bis zu Vorlage des Konzepts

Elke Breitenbach (LINKE) gibt zu bedenken, das ein Willkommenszentrum möglicherweise eine gute Idee sein könnte, wenn Zuwandernde von dort aus weitervermittelt werden könnten. Doch wirke die Beschreibung so, als ob unklar sei, welche Aufgaben das Zentrum haben sollte. Bis ein vernünftiges Konzept vorliege, solle der Titel qualifiziert gesperrt werden.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra weist darauf hin, dass im Hauptausschuss dazu noch ein ausführlicher Bericht geliefert werde.

Canan Bayram (GRÜNE) bemerkt, auch sie habe den Eindruck, dass die Aufgabenbeschreibung des Willkommenszentrums nicht konkret sei. Einerseits solle es Aufgaben übernehmen, die auch das Willkommenszentrum der Ausländerbehörde haben werde, andererseits Aufgaben der EJF. Ohne klares Konzept und abgestimmte Strategie und mit der im Verhältnis zur Aufgabenvielfalt geringen finanziellen Ausstattung sei zu befürchten, dass das Zentrum die Aufgaben nicht bewältigen könne. Warum könne die Hilfe nicht aufsuchend sein z. B. mit mobilen Teams?

Michael Freiberg (CDU) teilt mit, dass in der gestrigen Hauptausschusssitzung der Senat aufgefordert worden, zur zweiten Lesung einen abgestimmten Bericht zu liefern. Der Grundgedanke, ein Willkommenszentrum nicht bei der Ausländerbehörde einzurichten, sei sinnvoll und habe auch Vorteile. Das Land werde zu den 670 Euro, die der Bund beisteuere, weitere Mittel zur Verfügung stellen müssen. Der Hauptausschuss werde Anfang November entscheiden, wie mit dem Titel zu verfahren sei.

Ulker Radziwill (SPD) bittet darum, stringenter zu diskutieren, da die Sitzung bereits nahezu acht Stunden andauere. Andere Ausschüsse, die größere Einzelpläne zu besprechen hätten, hätten es geschafft, disziplinierter vorzugehen.

Elke Breitenbach (LINKE) erwidert, Redebegrenzungen oder Beschränkung auf einen Redebeitrag pro Fraktion wären eine Möglichkeit. Die Fraktionen hätten Berichtsaufträge gestellt. Sie habe die Berichte gelesen, sie sehe ihre Aufgabe darin, diese im Fachausschuss inhaltlich zu besprechen.

Im Berichtsauftrag Nr. 31 werde das Willkommenszentrum ebenfalls abgehandelt. – Der Fachausschuss fordere ein Konzept, und der Fachausschuss, nicht der Hauptausschuss müsse sich mit einem Konzept auseinandersetzen. Dem Fachausschuss bleibe jetzt nur, eine qualifizierte Sperre zu fordern. Der Hauptausschuss könne das Konzept dem Fachausschuss überweisen, dieser könne wiederum dem Hauptausschuss eine Empfehlung geben. Erst dann sollte der Hauptausschuss ggf. die Sperre aufheben. Dieser Weg wäre bei der vorgesehenen Arbeitsteilung im Parlament der korrekte.

Sabine Bangert (GRÜNE) fordert, doppelte Diskussionen im Hauptausschuss und Fachausschuss zu vermeiden.

Michael Freiberg (CDU) betont, dass er sich für das wichtige Thema Flüchtlinge so viel Zeit nehme, wie es brauche. – Zeitlich könne sich mit dem Konzept jetzt nur noch der Hauptausschuss befassen. Eine qualifizierte Sperre anzubringen, sei verfrüht.

Ulker Radziwill (SPD) teilt mit, dass sie den Inhalt des Berichts begrüße. Ein Willkommenszentrum für die wachsende Stadt Berlin einzurichten, sei richtig. Eine Vielfalt an Anlaufstellen sei wichtig. Die SPD unterstütze das Willkommenszentrum und spreche sich gegen eine qualifizierte Sperre aus, bevor ein ausführlicheres Konzept vorliege.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) wünscht Auskunft, was genau im Willkommenszentrum passieren solle.

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) verweist auf den vorliegenden Bericht. Eine ausführliche Darstellung der weiteren Aufgaben werde im Bericht an den Hauptausschuss erfolgen.

Canan Bayram (GRÜNE) erwidert, die knappe Darstellung im Berichtsauftrag rote Nr. 2283 könne nicht „Konzept“ genannt werden. Eine Langfassung möge dem Fachausschuss zur Verfügung gestellt werden.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra weist darauf hin, dass dieser ausführlichere Bericht dem Hauptausschuss zugehen werde.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion Die Linke ab.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra teilt mit, dass die Berichtsaufträge Nrn. 29 und 30 erledigt seien.

[Sitzungsunterbrechung 18.03 bis 18.15 Uhr]

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit – Nr. 31

- Bericht SenArbIntFrau – AL III 2 – vom 21.09.2015 [0220-08](#)
Rote Nummer 2220 ArbIntFrau
Veröffentlichungen Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 31)
Kapitel 0910/Titel 53101

Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion Die Linke zu den Kapiteln 0900-0940:

Ansatz 2016	183.000
Ansatz 2017	183.000

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion Die Linke ab.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra teilt mit, dass der Berichtsauftrag Nr. 31 erledigt sei.

Titel 54010 – Dienstleistungen – Nr. 32

- Bericht SenArbIntFrau – AL III 1/III A 1, III A IQ/III B [0220-43](#)
– vom 21.09.2015 ArbIntFrau
Rote Nummer 2294 Haupt(f)
Dienstleistungen
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 32)
Kapitel 0910/Titel 54010

Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion Die Linke zu den Kapiteln 0900-0940:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	30.000	-30.000 zu Teilansatz 2
Ansatz 2017	30.000	-30.000 s. o.

Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion Die Linke zu den Kapiteln 0900-0940:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	50.000	-50.000 zu Teilansatz 5
Ansatz 2017	50.000	-50.000 s. o.

Elke Breitenbach (LINKE) begrüßt, dass ein von der Opposition lange geforderter Härtefallfonds eingerichtet werde. Ihre Fraktion halte den Ansatz in Titel 68118 – Leistungen zur Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikation – mit 200 000 Euro für zu niedrig bemessen. Welchen Etat habe der Härtefallfonds in Hamburg in diesem Jahr? Schon 2013 sei er mit 500 000 Euro weit höher angesetzt gewesen. Sobald die Richtlinien erarbeitet seien, sollten sie dem Fachausschuss zugeleitet werden. Sei in Berlin auch ein Stipendienprogramm wie in Hamburg vorgesehen?

Ein Dienstleister müsse diese Aufgabe nicht übernehmen, dazu sei SenArbIntFrau selbst in der Lage, wenn die freien Stellen besetzt würden. Die für den Dienstleister vorgesehenen Mittel sollten gestrichen werden und wie in Änderungsantrag Nr. 11 ihrer Fraktion vorgesehen den Ansatz von Titel 68118 erhöhen.

Andreas Germershausen (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) berichtet, Hamburg habe seit 2011 vor Verabschiedung des Anerkennungsgesetzes des Bundes ein Stipendienprogramm aufgelegt. Danach habe sich einiges verändert, z. B. dass andere Geldgeber Kosten übernähmen. Berlin nenne das Programm nicht Stipendienprogramm, da dadurch der Eindruck entstehen könnte, jeder könnte sich darauf bewerben. Berlin nenne das Programm Härtefallfonds für Fälle, in denen andere Geldgeber nicht zur Verfügung stünden, wie in der Förderrichtlinie festgehalten. Deshalb auch könne der Ansatz niedriger sein als jener in Hamburg.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt nach, warum die Verwaltung nicht selbst in der Lage sei, mit Zuwendungsempfängern einen „moderierten Programmdialog“ zu führen. Auch hier sei kein externer Dienstleister nötig, weshalb ihre Fraktion im Änderungsantrag Nr. 10 der Teilansatz Nr. 2 in Höhe von 30 000 Euro gestrichen werde.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) erinnert daran, dass im Schreiben Rote Nummer 2353 berichtet worden sei, dass die Leistungen des Härtefallfonds „voraussichtlich“ unabhängig vom Aufenthaltsstatus seien und auch denjenigen mit geringer Bleibeperspektive zur Verfügung stünden. Wie werde dies abgesichert?

Michael Freiberg (CDU) erinnert daran, dass im Hauptausschuss bereits besprochen worden sei, dass SenArbIntFrau wegen bestimmter Rahmenbedingungen viele notwendige Aufgaben externen Dienstleistern übertragen müsse.

Andreas Germershausen (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) antwortet, der Dienstleister sei nötig, da SenArbIntFrau bisher die Leistungen zur Anerkennung beruflicher Qualifikationen aus Bundesmitteln finanziere und das Landesprogramm nicht mit dem zur Verfügung stehenden Personal umsetzen könne. – Das Vorhaben im Partizipations- und Integrationsprogramm sei vom Hauptausschuss genehmigt worden. Hier habe sich das Heranziehen eines externen Moderators bewährt.

Elke Breitenbach (LINKE) bittet zu berücksichtigen, dass ein Willkommenszentrum mit ca. 9 zusätzlichen Stellen geplant sei. Mit drei vorhandenen Stellen stünden also über 10 Stellen zur Verfügung, man wolle aber externe Dienstleister für den Härtefallfonds mit einem Volumen von 200 000 Euro beauftragen. Könne dies nicht IntMig selbst verwalten? Der Dienstleister mache keine Beratung, sondern prüfe nur Bescheinigungen. Warum könne IntMig dies nicht selbst leisten?

Fabio Reinhardt (PIRATEN) besteht auf Beantwortung seiner Frage.

Ulker Radziwill (SPD) beurteilt die Vorlage als informativ. Es sei in der aktuellen Situation mit vielen Geflüchteten und Zuwandernden sinnvoll, die Stellen bei IntMig aufzustocken. Kritik daran sei unverständlich. Der Dienstleister sei eine Entlastung für die Verwaltung, die ihren Aufgaben nachkommen müsse. Ihre Fraktion unterstütze das Vorhaben.

Andreas Germershausen (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) gibt seiner Vorrednerin recht. Zu der Aussage, wie mit Personen verschiedenen Aufenthaltsstatus umgegangen werden solle, stehe er. Weitere Festlegungen könne er nicht machen.

Elke Breitenbach (LINKE) wendet ein, dass der Dienstleister die Verwaltung nicht entlaste, weil er keine Beratung, sondern nur die Prüfung von Förderanträgen und Vergabe der Leistungen aus dem Härtefallfonds anbiete. Wer berate und betreue die Hilfesuchenden?

Der Ausschuss

lehnt den Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion Die Linke ab,
lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion Die Linke ab.

Elke Breitenbach (LINKE) erkundigt sich, welche konkreten Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung 2014 und 2015 umgesetzt worden seien. Welche seien 2015 mit welcher finanzieller Untersetzung noch geplant? Außerdem habe ihre Fraktion einen Bericht über die Weiterentwicklung der Strategie der interkulturellen Öffnung der Verwaltung und den Umsetzungsstand gefordert. Was seien die konkreten Maßnahmen 2014 und 2015 bei der Organisations-

entwicklung in ausgesuchten Bereichen gewesen? Diese und weitere Fragen seien nicht beantwortet worden. Sie werde eine Schriftliche Anfrage einreichen.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 32 erledigt sei.

Titel 68118 – Leistungen zur Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikation – Nr. 33

- Bericht SenArbIntFrau – III A IQ – vom 21.09.2015 [0220-31](#)
Rote Nummer 2260 ArbIntFrau
Leistungen zur Anerkennung ausländischer Haupt(f)
beruflicher Qualifikation
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 33)
Kapitel 0910/Titel 68118

Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion Die Linke zu den Kapiteln 0900-0940:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	200.000	+50.000
Ansatz 2017	200.000	+50.000

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion Die Linke ab.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 33 erledigt sei.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – Nr. 34

- Bericht SenArbIntFrau – AL III 1 – vom 21.09.2015 [0220-55](#)
Rote Nummer 2382 ArbIntFrau
Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 34)
Kapitel 0910/Titel 68406

Fabio Reinhardt (PIRATEN) erkundigt sich zu Teilansatz 5, bis zu welchem Sprachniveau Kurse angeboten würden. Werde das Niveau der Kurse ausgeweitet im Vergleich zu bisher? Erhielten die Teilnehmenden Zertifikate?

Andreas Germershausen (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) antwortet, überwiegend würden die Kurse für eine Basisqualifikation eingesetzt. Man sei allerdings nicht festgelegt. Wenn ein Wechsel in den Integrationskurs möglich sei, würden diese Kurse bei IntMig verlassen. Es sei nicht ausgeschlossen, dass auch Aufbaukurse angeboten würden. Sofern erforderlich, solle auch berufsbezogene Sprachförderung ergänzt werden. Für alle Kurse gebe es Zertifikate.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 34 erledigt sei.

Titel 68410 – Partizipationsmaßnahmen – Nr. 35

- Bericht SenArbIntFrau – III B/AL III 3 – vom 21.09.2015
Rote Nummer 2351
Partizipationsmaßnahmen
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 35)
Kapitel 0910/Titel 68410
- [0220-50](#)
ArbIntFrau
Haupt(f)

Änderungsantrag Nr. 11 der Piratenfraktion:

Teilansatz 5

Ansatz VE 2016	2.600.000 €
Davon fällig 2017:	2.600.000
Davon fällig 2018:	-

Ansatz VE 2017	600.000
Davon fällig 2018:	600.000

Ansatz VE 2016	2.730.000
Davon fällig 2017:	2.600.000 +/- 0
Davon fällig 2018:	65.000 + 65.000
Davon fällig 2019:	65.000 + 65.000

Ansatz VE 2017:	600.000
Davon Fällig 2018:	600.000 +/-0

Elke Breitenbach (LINKE) erinnert daran, dass bei Teilansatz 5 Berliner Netzwerk für Bleiberecht Bridge eine Kofinanzierung nötig sei. Sei diese im Haushalt abgesichert, wenn ja, wo?

Fabio Reinhardt (PIRATEN) antwortet, die Kofinanzierung der ca. 2,3 Mio. Euro EU- und Bundesmittel für 2016 und 2017 sei über den Haushaltsentwurf in Höhe von 65 000 Euro abgesichert. Das Förderprogramm solle bis Sommer 2019 laufen. Noch seien aber im Haushalt keine VE über 2017 hinaus vorgesehen. Die Piratenfraktion wolle mit ihrem Änderungsantrag die Kofinanzierung bis 2019 mit je 65 000 Euro absichern.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Piratenfraktion Nr. 11 ab.

Titel 68411 – Zuschüsse an Organe und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege –

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Kapiteln 0901 und 0910:

		Ansatz (+/-)
Ansatz 2016	441.000 €	+ 120.000 €
Ansatz 2017	450.000 €	+ 120.000 €

Von den zusätzlichen Mitteln sollen 1) 90.000 € der Verstärkung von Unterpunkt 2: Diakonisches Werk: Projekt "Al Muntada" und 2) 30.000 € der Verstärkung von Unterpunkt 3: Diakonisches Werk: Projekt "to spiti" dienen.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) erklärt, das Projekt „Al Muntada“ mache seit vielen Jahren eine hochwertige Beratung auf Arabisch. Gerade ein solches Projekt sei in der jetzigen Situation mit vielen Geflüchteten aus arabischen Ländern nötig. Mit 90 000 Euro mehr könne die Hälfte der Arbeit hauptamtlich gemacht werden. Das Projekt „to spiti“ solle mit 30 000 Euro verstärkt werden, da weiterhin zahlreiche Griechinnen und Griechen zuwandernden und Beratung bräuchten.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 35 erledigt sei.

Titel 68412 – Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen – Nr. 36

- Bericht SenArbIntFrau – AL III 122 – vom 21.09.2015 [0220-40](#)
Rote Nummer 2289 ArbIntFrau
Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 36)
Kapitel 0910/Titel 68412

Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Kapiteln 0901 und 0910:

	Ansatz (+/-)
Ansatz 2016 746.000 €	+ 250.000 € zu Teilansatz 4
Ansatz 2017 807.000 €	+ 250.000 € s. o.

Änderungsantrag Nr. 4 der Piratenfraktion:

	Ansatz (+/-)
Ansatz 2016 746.000 €	+150.000 € zu Teilansatz 4
Ansatz 2017 807.000 €	+154.000 € s. o.

Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion Die Linke zu den Kapiteln 0900-0940:

Ansatz 2016	211.500
Ansatz 2017	215.000

zu Teilansatz 5: Qualifizierte Sperre bis zur Vorlage des Konzepts.

Änderungsantrag Nr. 12 der Piratenfraktion:

Ansatz 2016	746.000 €	+ 55.000 € zu Teilansatz 5
Ansatz 2017	807.000 €	+ 90.000 € s. o.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) erläutert, im Änderungsantrag Nr. 4 wolle seine Fraktion den Teilansatz für das Zentrum für Folteropfer – bzfo – erhöhen, im Änderungsantrag Nr. 12 den Teilansatz die Flüchtlingsberatung mit drei Stellen, deren Konzept 2016 erstellt werden solle.

Das bzfo müsse dringend unterstützt werden, da mit steigenden Flüchtlingszahlen mehr Traumatisierte behandelt werden müssten. Die Folgen einer Nichtbehandlungen seien wesentlich gravierender als eine Behandlung von Spätfolgen kosten würde. Das bzfo erhalte vom Land bisher nur Mittel für die Mietkosten, während die Zuschüsse für Xenion erhöht worden seien. Das bzfo sollte deshalb 2016 150 000 Euro und 2017 154 000 Euro mehr erhalten.

Auch die Finanzierung der Flüchtlingsberatung solle 2016 um 55 000 Euro und 2017 um 90 000 Euro verstärkt werden, um Stellen einrichten zu können, damit auch Menschen außerhalb des regulären Asylverfahrens wie die Oranienplatzflüchtlinge beraten werden könnten.

Gedeckt solle diese Ausgaben bei Kapitel 0940, Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen – Änderungsantrag Nr. 10, und bei Kapitel 0910, Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen – Änderungsantrag Nr. 14, werden.

Ulker Radziwill (SPD) stimmt zu, dass wegen der steigenden Flüchtlingszahlen auch ein erhöhter Bedarf an psychologischer Beratung und Behandlung bestehe. Auch der Sprecher für Integrationspolitik Lehmann habe sich für die SPD für die Erhöhung der Mittel für das bzfo ausgesprochen. Dies sei wohl auch der Wunsch der Koalition. Nach den bisheriger Prüfung sei jedoch keine Möglichkeit gefunden worden, eine Erhöhung aus dem Einzelplan zu finanzieren. Im Hauptausschuss werde eine Mittelerhöhung für das bzfo auf 350 000 Euro gefordert. Auch die Zuschüsse für Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen sollten um 300 000 Euro erhöht werden.

Elke Breitenbach (LINKE) begrüß diese Ankündigung. Sie wünsche die Beantwortung der Fragen ihrer Fraktion, die im Bericht nicht ausreichend beantwortet worden seien. Zu Teilansatz 3: Wie hätten sich die Fallzahlen der psychosozialen Beratungen und Behandlungen seit 2013 entwickelt? Habe der Bedarf gedeckt werden können? Zum Teilansatz 4: Sei das bzfo 2016/2017 nach Informationen des Senats bedarfsgerecht ausgestattet? Zu Teilansatz 5: Ihre Fraktion beurteile das Projektvorhaben positiv, würde aber gerne wissen, was sich dahinter verberge. Welche Aufgaben solle es übernehmen?

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) zeigt sich erfreut, dass dem bzfo mehr Mittel in Aussicht gestellt würden. Wenn dies gemeinsam beschlossen werden könnte, würde ihre Fraktion ihren Änderungsantrag Nr. 4 zurückziehen.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) unterstützt Abgeordnete Breitenbach in ihrem Wunsch auf Beantwortung der Fragen. Aussagen zu den erwartenden Bedarfen müssten auf Basis der bisherigen Fallzahlen möglich sein. Es sei sehr erfreulich, dass die SPD den Antrag auf eine Mittelerhöhung um 650 000 Euro in diesem Titel angekündigt habe. Sei dies mit den SPD-Haushaltspolitikern abgesprochen?

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) sagt zu, die Fallzahlen seit 2013 nachzureichen.

Andreas Germershausen (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) weist darauf hin, dass das bzfo erfreulicherweise erfolgreich sei bei der Akquise anderer Mittel, weshalb sein Haushalt gut ausgestattet sei. Das Land haben den Träger kontinuierlich

durch die Übernahme der Mietkosten abgesichert, was auch fortgeführt werden solle. Wenn der Hauptausschuss eine Verstärkung des Titels beschließe, begrüße dies SenArbIntFrau.

Ulker Radziwill (SPD) betont, wenn die Opposition die Ankündigung, dass der Titel im Hauptausschuss verstärkt werden solle, unterstütze und begrüße, sei dies auch eine Botschaft an den Hauptausschuss.

Michael Freiberg (CDU) weist darauf hin, dass der Finanzsenator eine Vorlage bezüglich der Ausgaben für Flüchtlinge im Auftrag des Senats erarbeite. Deshalb habe die Koalition viele wünschenswerte Ansatz erhöhungen abgelehnt, weil man vorab nicht entscheiden könne.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) wendet ein, es sei unbefriedigend, wenn die SPD eine bestimmte Erhöhungssumme ankündige, die möglicherweise im Hauptausschuss beschlossen werde, hier im Fachausschuss aber alle diesbezüglichen Anträge abgelehnt. – Würden bei Teilansatz 5 tatsächlich Illegalisierte oder Flüchtlinge, die in Berlin lebten, aber den Asylantrag in anderen Bundesländern oder anderer Staaten gestellt hätten, nicht berücksichtigt? Wie stehe die Koalition dazu, die Beratung auf diese Zielgruppe auszuweiten?

Elke Breitenbach (LINKE) erkundigt sich zu Teilansatz 5, bis wann eine Ausschreibung gemacht werde. Wann solle die Beratungsstelle die Arbeit aufnehmen?

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) stellt klar, dass über den Aufenthaltsstatus der zu Beratenden keine Aussage gemacht worden sei, insofern sei die Möglichkeit offen. – Für die Beratung von Flüchtlingen in Teilansatz 5 werde keine neue Stelle eingerichtet, sondern vorhandene Projekte verstärkt. Deshalb finde kein Interessenbekundungsverfahren statt.

Elke Breitenbach (LINKE) wendet ein, wenn vorhandene Träger die Beratung übernehmen, müsse SenArbIntFrau doch eine Vorstellung haben, wer wie beraten werden solle.

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) verweist auf den Bericht rote Nr. 2289, in dem dies dargestellt sei.

Die Mittel sollen nicht für Beratung in den Erstaufnahmeeinrichtungen verwandt werden, sondern für Rechts- und Verfahrensberatung in bereits bestehenden nicht-staatlichen Beratungsstellen, die überlastet sind.

Dies werde dann auf Seite 5 noch weiter ausgeführt.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) hält dem entgegen, einerseits sei alles offen, andererseits konkret ausgeführt. Im Bericht stehe nur, dass die Beratung für Flüchtlinge sei, worunter juristisch Menschen mit abgeschlossenem positiv beschiedenem Asylverfahren fielen. Es sei zu hoffen, dass darunter auch Menschen im Regelverfahren fielen. Aber auch Menschen, die in Berlin nicht im Regelverfahren seien, sollten beraten werden. Darüber gebe es keine Aussage.

Elke Breitenbach (LINKE) bemerkt, es werde nur ausgesagt, dass die Beratung von nicht-staatlichen Stellen, die nicht mobil seien, geleistet werde. – Ihre Fraktion ziehe den Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion Die Linke zurück. Wenn es sich um bestehende Stellen handle, müsse kein Konzept vorgelegt werden.

Der Ausschuss

lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab,
lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der Piratenfraktion ab und
lehnt den Änderungsantrag Nr. 12 der Piratenfraktion ab.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 36 erledigt sei.

**Titel 68492 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln
(Förderperiode 2007-2013) – Nr. 37**

- Bericht SenArbIntFrau – III B – vom 21.09.2015 [0220-42](#)
Rote Nummer 2290 ArbIntFrau
Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen Haupt(f)
aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2007-2013)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 37)
Kapitel 0910/Titel 68492

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 37 erledigt sei.

**Titel 68495 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln
(Förderperiode 2014-2020) – Nr. 38**

- Bericht SenArbIntFrau – AL III 3 – vom 21.09.2015 [0220-51](#)
Rote Nummer 2354 ArbIntFrau
Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen Haupt(f)
aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 38)
Kapitel 0910/Titel 68495

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 38 erledigt sei.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland – Nr. 39

- Bericht SenArbIntFrau – III B – vom 24.09.2015 [0220-57](#)
Rote Nummer 2391 ArbIntFrau
Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Haupt(f)
Inland
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 39)
Kapitel 0910/Titel 68569

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Kapiteln 0901 und 0910:

Ansatz (+/-)

Ansatz 2016 830.000 €

Ansatz 2017 270.000 € + 560.000 €

Titel 68569 (neu) – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Änderungsantrag Nr. 13 der Piratenfraktion:

Ansatz 2016	830.000 €	+/- 0
Ansatz 2017	270.000 €	+ 540.000 €
VE 2016	270.000 €	+/- 0
Davon fällig 2017	270.000 €	+/- 0
Davon fällig 2018	–	+/- 0
VE 2017	270.000 €	+ 1.390.000 €
Davon fällig 2017	–	+/- 0
Davon fällig 2018	270.000 €	+ 510.000 €
Davon fällig 2019	780.000 €	+ 780.000 €

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) stellt fest, dass es zwar realistisch sei, für den Karneval der Kulturen 2016 ca. 830 000 Euro zu etatisieren, aber nicht, wenn für 2017 nur noch 270 000 Euro etatisiert seien, die bisher allein die Werkstatt der Kulturen bekommen habe, die aber nicht auskömmlich gewesen seien. Unrealistisch sei auch, wenn sich SenArbIntFrau nun, wie im Bericht dargestellt, darauf verlasse, dass der Karneval 2017 Dritte und Sponsoren zur Finanzierung gewinnen könne, sodass das Land seine Zuschüsse reduzieren könne. Für 2016 gebe man 80 000 Euro Sponsorengelder an, die aber 2017 bei 560 000 Euro liegen müssten. Ein Konzept dazu sollten sich dann die Karnevalisten überlegen. Mit 270 000 Euro für 2017 könne nicht einmal das neue Sicherheitskonzept finanziert werden. Offensichtlich wolle die Senatorin 2016 noch einen bunten Karneval, sich aber um die Finanzierung ab 2017 wenig kümmern. Das bedeute das Ende des Karnevals, wenn er sich total kommerzialisieren müsste, falls es gelingen würde, die Mittel einzuwerben.

Ihre Fraktion habe beantragt, dass das Land 2017 für 560 000 Euro aufkommen solle. Eine Gegenfinanzierung habe ihre Fraktion nicht vorgeschlagen, da die Senatorin den Karnevalisten gegenüber im Wort stehe und ihre Zusagen einhalten müsse. Sie müsse die Gegenfinanzierung selbst finden.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) bedankt sich für die realistische Aufschlüsselung von Einnahmen und Ausgaben des Karnevals der Kulturen 2016. Die Einnahme Standvermietungen und Lizenzgebühren lasse sich nicht für 2017 nicht beliebig erhöhen. Die Sponsoringeinnahmen könnten u. U. von 80 000 Euro auf 100 000 Euro oder 110 000 Euro gesteigert werden, mehr sei aber nicht realistisch. Deshalb sei es nicht nachvollziehbar, dass die Zuschüsse für den Karneval von 830 000 Euro auf 270 000 Euro abgesenkt würden. Der Karneval sei in seiner Existenz gefährdet. Oder solle ein „VW-Karneval“ o.Ä. in Berlin installiert werden? Dagegen wende er sich jedoch entschieden. Seine Fraktion fordere deshalb, den Etat 2017 auf ein realistisches Niveau zu heben. Zusätzlich sollten noch Verpflichtungsermächtigungen für 2018 und 2019 angebracht werden, damit der Karneval auch für die nächsten Jahre gesichert sei.

Michael Freiberg (CDU) versichert, dass alle Fraktionen – auch im Hauptausschuss – den Fortbestand der Karnevals der Kulturen wünschten, nicht nur die Opposition. Von einem „VW-Karneval“ zu sprechen sei plakativ. Der Hauptausschuss habe den Ansatz des Senats

übernommen. Der Etat 2016 sei ungefähr die Fortschreibung des Etats von 2015. Hier müsse auch das Sicherheitskonzept beachtet werden, wofür der Veranstalter verantwortlich sei. Die nächste Frage sei, wie der Karneval mit Sponsoring begleitet werden könne. Es sei richtig, wenn SenArbIntFrau darauf hinweise, dass sie im Dialog mit den Karnevalsgruppen stehe. Hierzu habe der Hauptausschuss einen Bericht zur zweiten Lesung angefordert. Die Koalition habe zugesagt, dass der Karneval auch 2017 sichergestellt sei, wenn ein Konzept vorliege. Im Zweifel müsse man mit qualifizierten Sperren arbeiten, um Finanzierungssicherheiten zu geben, ggf. auch mit Verpflichtungsermächtigungen. Beim jetzigen Informationsstand seien alle Anträge Schaufensteranträge.

Ulker Radziwill (SPD) versichert, dass die Koalition sich bemühe, eine sinnvolle Lösung für den Karneval der Kulturen zu finden, was nur im Dialog geschehen könne. Dieser sei noch nicht abgeschlossen, deshalb könne jetzt noch nicht entschieden werden. Der einzigartige Karneval müsse über die nächsten Jahre bzw. dauerhaft erhalten bleiben. Die SPD unterstütze die Bemühungen der Senatorin.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE) zeigt sich erfreut über die Versicherung ihrer Vorrednerin. Es sei wichtig, dass der Dialog über das Konzept offen und kein Scheindialog sei. Der finanzielle Rahmen aber müsse gegeben sei. Wie der Karneval gestaltet werde, sei dann im Dialog zu klären. Wenn SenArbIntFrau nur noch 270 000 Euro finanzieren wolle, sei auch die Zuordnung zu einem anderen Ressort überlegenswert. Ihre Fraktion plädiere dafür, den Karneval finanziell abzusichern und dann ein Konzept zu erarbeiten. So sei in vielen Maßnahmen des Einzelplans vorgegangen worden.

Michael Freiberg (CDU) bemerkt, die Koalition und der Senat hätten nun zugesagt, den Karneval der Kulturen für Berlin erhalten zu wollen. Nur die Vorgehensweise unterscheide sich von der der Opposition. Im Dialog müssten sich beide Seiten bewegen, mit einer Finanzierungszusage vorab wäre dies nicht der Fall. Für 2017 seien 270 000 Euro vorgesehen, die aber nicht ungesperrt stehenblieben, so seine Position. Die Mittel seien da, um Möglichkeiten zu eröffnen.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) fragt, warum SenArbIntFrau glaube, in einem Dialog mit Karnevalsgruppen die meist ehrenamtlichen Personen dazu bringen zu können, ein Konzept vorzulegen, mit dem eine halbe Million Euro an Drittmitteln aus dem Nichts eingeworben werden könne. Warum würden Gespräche mit den Karnevalsgruppen als Rechtfertigung für eine Kürzung um eine halbe Million Euro benutzt? – Ein „VW-Karneval“ beispielsweise sei nicht so unwahrscheinlich, wenn der Karneval von Sponsoren finanziert werden solle. Wenn man diese Vereinnahmung verhindern wolle, bleibe nur die Landesfinanzierung. Wie stehe der Senat dazu?

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau) bestätigt die Aussagen der Abgeordneten Radziwill und Freiberg. Der Senat wolle den Karneval 2016 und in den Folgejahren erhalten. Der Inhalt des Konzeptdialogs werde in Abstimmung mit den Karnevalsgruppen definiert. Die Gruppen hätten das Interesse daran gehabt, über alles z. B. auch über den Ort des Umzugs umfassend zu reden. Noch stünden zwei Sitzungen aus. In der nächsten werde die Finanzierung behandelt. Erst wenn das Ergebnis des Dialogs vorliege, solle über die Finanzierung entschieden werden. Wenn z. B. die Gruppen einen kleineren Umzug wollten, brauche man weniger Geld.

Fabio Reinhardt (PIRATEN) erinnert an einen offenen Brief der Karnevalsgruppen, in dem mitgeteilt worden sei, die finanzielle Absicherung des Karnevals sei entscheidend für das weitere Engagement der Gruppen und die Zukunft der Großveranstaltung. Sie hätten darum gebeten, den Karneval nicht nur für ein Jahr, sondern auf Dauer abzusichern. Die Mittelkürzung sei nicht in Abstimmung mit den Gruppen beschlossen worden. Anderen Projekten werde auch nicht der Etat gekürzt, weil sie noch am Konzept arbeiteten. Mit der Mittelkürzung werde den Gesprächen vorgegriffen.

Der **Ausschuss**

lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab und lehnt den Änderungsantrag Nr. 13 der Piratenfraktion ab.

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 39 erledigt sei.

**Titel 68590 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland
aus zweckgebundenen Einnahmen – Nr. 40**

- Bericht SenArbIntFrau – AL III 3/III A IQ – vom
21.09.2015
Rote Nummer 2287

[0220-45](#)
ArbIntFrau
Haupt(f)

**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im
Inland**

Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 40)
Kapitel 0910/Titel 68590

Stellv. Vorsitzende Dr. Ina Czyborra stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 40 erledigt sei.

**Kapitel 0940 – Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen
– Arbeit und Berufliche Bildung –
Instrumenten- und titelübergreifende Übersicht 2015 (Kapitel 0940) – Nr. 41**

- Bericht SenArbIntFrau – AL II 2 – vom 21.09.2015 [0220-09](#)
Rote Nummer 2221 ArbIntFrau
Kapitel 0940 Haupt(f)
Instrumenten- und titelübergreifende Übersicht 2015
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 41)
Kapitel 0940

Elke Breitenbach (LINKE) fragt, warum das „Leuchtturmprojekt“ Hausmeisterassistenten keinen Erfolg gehabt habe.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) erläutert, die Beschäftigung der Hausmeisterassistenten sei im Rahmen der FAV als gesamtstädtisches Einsatzfeld geplant. SenArbIntFrau halte bewerte das Projekt nicht als gescheitert, auch wenn es eine Weile gedauert habe, das Programm gemeinsam mit den Bezirken aufzusetzen. Aktuell seien knapp 70 Stellen eingerichtet worden. Bis auf vier Bezirke wollten alle Hausmeisterassistenten einstellen. Auch diese vier Bezirke wolle SenArbIntFrau noch überzeugen, die Personalausstattung an den Schulen auch auf diese Weise zu verbessern. Wenn sie es dauerhaft nicht wollten, erhielten andere Bezirke die Stellen. Inzwischen seien Missverständnisse über die Aufgaben der Hausmeisterassistenten aufgeklärt. Die Teilnehmer hätten mit der Qualifizierung gute Chancen auf eine Integration auf den ersten Arbeitsmarkt.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt nach, welchen Beruf die Absolventen auf dem ersten Arbeitsmarkt ergreifen sollten. An welchem Stichtag wolle SenArbIntFrau 70 Hausmeisterassistenten gezählt haben?

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) stellt klar, dass er von den beantragten Stellen gesprochen habe. Er könne gerne über den jeweiligen Stand der Beantragung und der Besetzung der Stellen informieren. Derzeit seien ca. 40 Stellen besetzt gewesen und deutlich mehr beantragt worden. Die Anträge nähmen monatlich zu. Er habe die Zielmarke von 200 den Geschäftsführern der Jobcenter noch einmal bekanntgegeben.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 41 erledigt sei.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen – Nr. 42

- Bericht SenArbIntFrau – AL II 2 – vom 15.09.2015 [0220-10](#)
Rote Nummer 2222 ArbIntFrau
Rückzahlungen von Zuwendungen Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 42 a) – c))
Kapitel 0940/Titel 11921

Änderungsantrag Nr. 5 der Piratenfraktion:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	4.078.000 €	+ 331.895 €
Ansatz 2017	4.078.000 €	+ 335.895 €

Änderungsantrag Nr. 14 der Piratenfraktion zu Änderungsantrag Nr. 5:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	4.078.000 €	+ 409.395 €
Ansatz 2017	4.078.000 €	+ 425.895 €

Sabine Bangert (GRÜNE) fragt, warum es nicht möglich sei, den Treugutvertrag für den arbeitsmarktlichen Dienstleister genauer zu definieren, damit nicht Mittel in Höhe von über einer Million Euro zurückgezahlt werden müssten.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) führt aus, es handele sich um Rückzahlungen aus dem Vorjahr, die wegen besseren Controllings sukzessive rückläufig seien. Der Stand vom 31. Juli liege bei 2,364 Mio. Euro Rückzahlungen aus den Vorjahren. Sen-ArbIntFrau halte es nicht für seriös, den Etat höher anzusetzen.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt, sei absehbar, wie groß die Ausstände noch seien.

Burgunde Grosse (SPD) erkundigt sich, ob die Rückflüsse hauptsächlich aus Lohnkostenzuschüssen stammten. Diese Zuschüsse seien nicht wie geplant in Anspruch genommen worden.

Horst Gedack (SenArbIntFrau) ergänzt, mit Stand vom 24. September sei der Stand der Rückzahlungen 2 586 948,81 Euro. Die Entwicklung finde in den ersten sechs Monaten statt, weil die Projekte Verwendungsnachweise vorlegen müssten. In den ersten sechs bis neun Monaten erfolgten die Rückzahlungen. Deshalb gehe SenArbIntFrau davon aus, dass die Beträge bis Ende 2015 nicht den gebildeten Ansatz erreichten, also unter 4,147 Mio. Euro blieben. Die Lohnkostenzuschüsse seien, wenn überhaupt vorhanden, dabei ein ganz geringer Betrag. Landeszuschüsse spielten hier keine Rolle.

Simon Kowalewski (PIRATEN) teilt mit, wenn der Ansatz des Titels ohnehin zu hoch sei, könne er noch mehr erhöht werden, da seine Fraktion damit wichtige Änderungsanträge gegenfinanziere.

Der **Ausschuss** lehnt Änderungsantrag Nr. 14 der Piratenfraktion zu Änderungsantrag Nr. 5 ab.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 42 erledigt sei.

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten – Nr. 43

- Bericht SenArbIntFrau – II B 25 – vom 21.09.2015 [0220-41](#)
Rote Nummer 2288 ArbIntFrau
Gerichts- und ähnliche Kosten Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 43)
Kapitel 0940/Titel 52601

Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion Die Linke zu den Kapiteln 0900-0940:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	55.000	-30.000
Ansatz 2017	55.000	-30.000

Elke Breitenbach (LINKE) erläutert den Änderungsantrag ihrer Fraktion, der die Gegenfinanzierung für die Ansatzerhöhung für die Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten beim DGB bzw. bei Arbeit und Leben darstelle, wo immer mehr Geflüchtete Rat suchten. Dies sei möglich, weil der Bericht rote Nr. 2288 zeige, dass der Ansatz zu hoch sei, zumal im nächsten Jahr keine europaweiten Ausschreibungen anstünden und 2017 nur möglicherweise.

Burgunde Grosse (SPD) teilt mit, dass die Koalition dies ablehnen werde. SenArbIntFrau möge aber prüfen, ob hier nicht eine solche Umschichtung vorgenommen werden könne.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) legt dar, dass nicht nur Gerichtsverfahren wegen europaweiter Ausschreibungen aus diesem Ansatz bezahlt werden müssten. Das Land Berlin habe gemeinsam mit Gewerkschaften IG Metall, Verdi und NGG und Nordrhein-Westfalen ein Verfahren zur Feststellung der Tarifunfähigkeit der Gewerkschaft DHV laufen. 2016 und 2017 sei mit der zweiten und dritten Instanz zu rechnen, die teuer seien. Bei der Ansatzbildung habe man sich an den Ist-Kosten orientiert.

Elke Breitenbach (LINKE) kritisiert, dass derartige Informationen nicht im Bericht stünden. Der Gegenfinanzierungsantrag werde aufrechterhalten. SenArbIntFrau fände sicher einen anderen Weg, Mittel für die Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten zu akquirieren.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) weist darauf hin, dass nur nach den geplanten Ausschreibungen gefragt worden sei. Wenn gefragt worden wäre, wofür Vorsorge getroffen werde, hätte die Antwort im Bericht gestanden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion Die Linke ab.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 43 erledigt sei.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit – Nr. 44

- Bericht SenArbIntFrau – II D 5 – vom 21.09.2015 [0220-32](#)
Rote Nummer 2280 ArbIntFrau
Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 44)
Kapitel 0940/Titel 53101

Sabine Bangert (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass 2014 40 000 Euro und 2015 rd. 11 000 Euro für die Werbung für das Instrument Landeszuschuss für kleine und mittlere Unternehmen hätten eingesetzt werden müssen, weil es nicht angenommen werde. Diese Mittel könnten zugunsten der Fraueninfothek genutzt werden.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 44 erledigt sei.

Titel 54010 – Dienstleistungen – Nr. 45

- Bericht SenArbIntFrau – II C 3 – vom 21.09.2015 [0220-33](#)
Rote Nummer 2272 ArbIntFrau
Dienstleistungen Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 45)
Kapitel 0940/Titel 54010

Sabine Bangert (GRÜNE) fragt, wie der Stand bei der Ausschreibung für die mittelverwaltende Stelle sei.

Elke Breitenbach (LINKE) erkundigt sich bezüglich des Archivdienstleisters, wie viel Meter Akten unterzubringen seien. Warum sei bei der Firma Plischka direkter Aktenzugriff gewährt, an der Stelle, an der sie jetzt stünden, aber nicht?

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) erklärt, SenArbIntFrau habe sich für den Auftrag entschieden, damit die Akten nicht bei jedem Dienstleister verwahrt würden, sondern immer separat Zugriff auf die Dokumentation bestehe. – Die Bewerberfrist bei der Ausschreibung für die mittelverwaltende Stelle sei abgelaufen. Die Bewerbungen würden derzeit geprüft. Der Ausschuss werde weiter informiert.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 45 erledigt sei.

Titel 54053 – Veranstaltungen – Nr. 46

- Bericht SenArbIntFrau – II A 3 – vom 21.09.2015 [0220-34](#)
Rote Nummer 2285 ArbIntFrau
Veranstaltungen Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 46)
Kapitel 0940/Titel 54053

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 46 erledigt sei.

Titel 68333 – Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung – Nr. 47

- Bericht SenArbIntFrau – II D 3 – vom 21.09.2015 [0220-52](#)
Rote Nummer 2352 ArbIntFrau
Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 47)
Kapitel 0940/Titel 68333

Elke Breitenbach (LINKE) fragt, wann die anderen Bezirke eine Jugendberufsagentur einrichten bzw. es eine solche in allen Bezirken gebe. – Hänge die Zahl der stetig sinkenden Ausbildungsverträge nur mit den weniger werdenden Ausbildungsplätzen zusammen?

Burgunde Grosse (SPD) erkundigt sich, ob die Jugendberufsagentur in Friedrichshain-Kreuzberg wie geplant am 15. Oktober eröffne.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) antwortet, auch Friedrichshain-Kreuzberg werde mit den anderen drei Standorten der Jugendberufsagentur am 15. Oktober eröffnet. Alle anderen Bezirken arbeiteten parallel dazu an den regionalen Kooperationsvereinbarungen und suchten Räumlichkeiten. Deshalb könne er nicht sagen, wann welche Jugendberufsagentur ihre Arbeit aufnehme. Geplant seien zwei Eröffnungskorridore für alle gewesen, der erste im Frühjahr 2016, der zweite im Sommer, allerspätestens im Laufe des nächsten Jahres. Wegen der Anmietung von Räumlichkeiten seien die Termine nicht genau einzuhalten. Bisher werde der Zeitplan von vor über einem Jahr eingehalten, obwohl die Konstruktion in Berlin weit komplexer sei als in Hamburg. – Die rückläufige Zahl der Ausbildungsverträge habe mehrere Gründe, auch den genannten. Über viele Wege versuche man, Ausbildungsplätze zu akquirieren: in der Ausbildungsplatzkommission beim Regierenden Bürgermeister, in vielen Aktivitäten von SenArbIntFrau gerade für die Ausbildung im öffentlichen Dienst und landeseigenen Betrieben. Häufig stimme auch das Matching in der Vermittlung nicht. Deshalb hoffe man auf die Jugendberufsagentur.

Margit Zauner (SenArbIntFrau) ergänzt, die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze sei auch wegen der im Mai getroffenen Vereinbarung mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern beim Regierenden Bürgermeister, 1 000 Ausbildungsplätze mehr einzurichten, in diesem Jahr schon angestiegen. Hier könnten an vielen Bereichen noch Verbesserungen erreicht werden.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 47 erledigt sei

Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung und Zuschüsse an private Unternehmen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020) – Nr. 48

- Bericht SenArbIntFrau – II D 2 – vom 21.09.2015 [0220-44](#)
Rote Nummer 2291 ArbIntFrau
Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung und Zuschüsse an private Unternehmen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020) Haupt(f)
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 48)
Kapitel 0940/Titel 68351 und 68395

Titel 68351 – Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung –

Änderungsantrag Nr. 1 zu Kapitel 0940 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

		Ansatz (+/-)
Ansatz 2016	3.850.000 €	+ 140.000 €
Ansatz 2017	3.850.000 €	+ 140.000 €

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion der SPD und der CDU:

		Ansatz (+/-)
Ansatz 2016	3.850.000 €	+ 80.000 € zu Nr. 3
Ansatz 2017	3.850.000 €	+ 80.000 € s.o.

Elke Breitenbach (LINKE) wünscht eine Erläuterung zur Fachkräftesicherung in der Altenpflege.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) führt aus, das Projekt Fachkräftesicherung in der Altenpflege arbeite sehr engagiert. Es versuche, bei den Unternehmen gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, um Fachkräfte zu gewinnen und den Beruf attraktiv zu machen.

Margit Zauner (SenArbIntFrau) berichtet, dem Modellvorhaben sei ein längerer Arbeitsprozess mit den anderen Fachverwaltungen vorausgegangen. Es sei versucht worden, im Dialog mit Unternehmen und Beschäftigten eine sinnvolle, anschlussfähige Ausbildung unterhalb der dreijährigen Fachkraftausbildung erst einmal modellhaft zu etablieren. Auch der Verbleib der Fachkräfte im Unternehmen solle verbessert werden, indem Unternehmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Altenpflege bewegt würden. Dies steigerte auch die Effizienz der für eine Ausbildung eingesetzten Mittel.

Elke Breitenbach (LINKE) fragt zu ARRIVO-Bildungsberatung, wo die mobilen Bildungsberater/-innen tätig werden sollten. Wie viele sollten 2016 und 2017 ausgebildet werden? Wie wolle es der Senat erreichen, dass alle bestehenden Regelangebote der Bundesagentur für Arbeit für geflüchtete Menschen geöffnet würden?

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) stellt klar, dass im Haushalt erst einmal zwölf mobile Bildungsberater/-innen finanziell abgesichert seien. Weitere Berater/-innen

sollten Regelangebote koordinieren und die Betroffenen in die praktische Erprobung von Arbeitsmöglichkeiten vermitteln. Dies sei aus dem Übungsparcours Handwerk weiterentwickelt worden für die Aktivitäten in den Feldern Pflege, Gastgewerbe, Kiezküchen, Ringpraktikum. Mit Unternehmen, der Industrie und dem Handwerk sollten Geflüchteten eine praktische Erprobungsmöglichkeit in einem Arbeitsfeld geboten werden.

Dr. Ina Czyborra (SPD) betont, dass mit diesem Ansatz viele Integrationschancen eröffnet würden, gerade im Hinblick auf Integration von geflüchteten Menschen. Die Beratungskompetenz der „Fraueninfothek“ müsse erhalten bleiben, weshalb die Koalition eine Erhöhung des Ansatzes um 80 000 Euro beantrage.

Elke Breitenbach (LINKE) wünscht Erläuterung, welche Aufgaben zusätzliche Bildungsberater/-innen zu den zwölf erstgenannten übernehmen sollten.

Margit Zauner (SenArbIntFrau) antwortet, die mobilen Bildungsberater/-innen sollten an bestehende Infrastruktur z. B. Lernläden, die schon seit 2014 gezielt Angebote für Geflüchtete gemacht hätten, angebunden werden. Es sollten keine neue aufgebaut werden. Mit den zusätzlichen Bildungsberater/-innen seien die zwölf gemeint.

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) stellt klar, dass es im Bericht heißen müsste:

In Verbindung mit der bestehenden Struktur der Berliner Bildungsberatungseinrichtungen und den Berliner VHS werden diesen zusätzlichen mobilen Bildungsberater/-innen ...

Sabine Bangert (GRÜNE) teilt mit, dass ihre Fraktion den Änderungsantrag Nr. 1 zurückziehen werde, da die Koalition deutlich gemacht habe, dass die Absicherung der Fraueninfothek ein fraktionsübergreifendes Anliegen sei. Die Gegenfinanzierung in Titel 68356 – Landeszuschüsse für Beschäftigung – möge dennoch geprüft werden, da die Mittel in der Fraueninfothek weit besser angelegt seien, als in Zuschüssen, die nicht abgerufen würden. Die Unternehmen bekämen von der Fraueninfothek qualifizierte Fachkräfte.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 3 der Koalition zu.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 48 erledigt sei.

**Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung
(Kapitel 0940 Titel 68355 und 68395) – Nr. 49**

**Titel 68355 – Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung –
Titel 68395 – Zuschüsse an private Unternehmen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-
2020) –**

- Bericht SenArbIntFrau – II C 2 – vom 21.09.2015 [0220-35](#)
Rote Nummer 2279 ArbIntFrau
Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Haupt(f)
Qualifizierung
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 49)
Kapitel 0940/Titel 68355 und 68395

Sabine Bangert (GRÜNE) zeigt sich erfreut, dass die Förderfälle deutlich angestiegen seien, seit das Berliner Jobcoaching von qualifizierten Trägern durchgeführt werde. Das Instrument sei erfolgreich und sinnvoll. Ärgerlich sei, dass ein Instrument wie Qualifizierung für Beschäftigung immer noch finanziert werde, obwohl es nachweislich nicht genutzt werde. Die Träger bekämen nur teilnehmerbezogen Vergütung, weshalb sie keine Infrastruktur zur Durchführung der Maßnahmen vorhalten könnten. Hier müsste SenArbIntFrau den Mut haben, nachweislich unbrauchbare Instrumente zu streichen und einen Schritt in Richtung Haushaltswahrheit zu gehen.

Elke Breitenbach (LINKE) bemerkt, sie bedauere, dass es nicht möglich sei, die Qualifizierung während der Arbeitszeit stattfinden zu lassen. – Das Jobcoaching für Existenzgründungswillige existiere seit zwei Jahren. Die Steigerung auf 82 Förderfälle bis Ende Juli 2015 sei beachtlich. Habe sich das Coaching für die Absolventen bewährt?

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) berichtet, die Haushaltsanmeldungen gingen von realistischen Zahlen aus. Für das Vorgründungscoaching seien 100 Plätze eingepplant; das Instrument werde also nicht überschätzt. Dass die Instrumente immer wieder überprüft werden müssten, sei klar. Deshalb würden Controlling und Wirkungsanalyse ausgebaut.

Dr. Thomas Günther (SenArbIntFrau) ergänzt, dass zum Vorgründungscoaching bisher noch keine Erkenntnisse vorlägen, ob es gründungsstabilisierend sei. Dies werde geprüft und dann darüber berichtet werden.

Elke Breitenbach (LINKE) weist darauf hin, dass es bei Jobcoaching in der öffentlich geförderten Beschäftigung Angebote für die interkulturelle Öffnung gebe. Sei beim Vorgründungscoaching ein besonderes Angebot für Menschen mit Migrationshintergrund vorgesehen?

Dr. Thomas Günther (SenArbIntFrau) bestätigt, dass beim Jobcoaching in der öffentlich geförderten Beschäftigung sich einige Träger teilweise spezialisierten auf interkulturellen Angebote. SenArbIntFrau erwäge, dies ab 2016 zu einem Qualifizierungsschwerpunkt für Jobcoaches im Lernnetz Berlin-Brandenburg zu machen. Dies werde dann beim Jobcoaching in Unternehmen auch angewandt. Wie Träger und Coaches dort spezialisiert werden könnten, prüfe SenArbIntFrau derzeit.

Elke Breitenbach (LINKE) wendet ein, sie habe das Jobcoaching für Existenzgründungswillige und das Vorgründungscoaching gemeint.

Dr. Thomas Günther (SenArbIntFrau) antwortet, beim Vorgründungscoaching sei bisher nicht beabsichtigt, eine Spezialisierung für Flüchtlinge einzurichten. Hier müsste erst geprüft werden, ob bei der Vielzahl der Beratungsangebote für Flüchtlinge noch eine Beratungslücke bestehe.

Elke Breitenbach (LINKE) wendet ein, es gehe nicht um Geflüchtete, wobei sie nicht ausgeschlossen sein sollten. Es gehe um Menschen mit Migrationshintergrund: EU-Bürger mit Recht auf Freizügigkeit, die oft als Scheinselbstständige arbeiteten. Für diese Menschen sei die Beratung für eine Existenzgründung interessant. Sollte für sie Coaching angeboten werden? SenWiTechForsch habe dies bisher nicht geschafft.

Horst Gedack (SenArbIntFrau) antwortet, für Antragsteller gebe es keine Einschränkungen außer der Bedingung, dass sie arbeitslos sein müssten. Erst seit Herbst 2014 existiere das Angebot für Existenzgründungswillige, es sei also noch in der Aufbauphase. Die vorgesehenen 100 Förderfälle seien noch nicht erreicht. Deshalb sei die Zielgruppe nicht begrenzt. Auch Menschen mit Migrationshintergrund würden von den Trägern angesprochen.

Elke Breitenbach (LINKE) konstatiert, dass es bei den Angeboten ein Problem mit der interkulturellen Öffnung gebe. Dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht ausgeschlossen seien, reiche nicht aus. Sie müssten gezielt angesprochen werden, bzw. es müsste ein spezielles Angebot für sie geben.

Dr. Thomas Günther (SenArbIntFrau) erklärt, SenArbIntFrau sei mit dem Träger des Vorgründungscoaching im Gespräch darüber, was in der laufenden Aufbauphase des Instruments an die sich verändernden Bedarfe der Zielgruppen angepasst werden müsse.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 49 erledigt sei.

Landeszuschüsse für Beschäftigung (Kapitel 0940/Titel 68356 i.V.m. 68395) – Nr. 50

Titel 68356 – Landeszuschüsse für Beschäftigung – Titel 68395 – Zuschüsse an private Unternehmen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020) –

- Bericht SenArbIntFrau – II C 2 – vom 21.09.2015 [0220-56](#)
- Rote Nummer 2381 ArbIntFrau
- **Landeszuschüsse für Beschäftigung** Haupt(f)
- Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
- (Berichtsauftrag Nr. 50)
- Kapitel 0940/Titel 68356 i.V.m. 68395

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der SPD und der CDU:

	Ansatz (+/-)
Ansatz 2016 1.700.000 €	+ 60.000 €

Ansatz 2017 1.700.000 € + 60.000 €

Lfd. Nr. 1 zur Ansatzerhöhung:

BALZ Arbeitslosenberatung

Zu 2: Lfd Nr. 2:

Für FAV mit Einsatzstellen von Kulturträgern wird eine dezentrale Arbeitgeberstruktur für den Einsatz von öffentlich geförderter Beschäftigung (FAV) modellhaft aufgebaut und getestet und soll sukzessive landesweit eingerichtet werden. Um eine Koordinierungsstelle ohne den Rückgriff auf eine Arbeitnehmerüberlassungsgenehmigung einsetzen zu können wird, die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen die koordinierenden Träger ergänzend fördern.

Gegenfinanzierungsvorschlag Nr.1 der Fraktion der SPD und der CDU:

Ausgleichsvorschlag:

	Ansatz(+/-)
Ansatz 2016 24.009.000 €	- 694.600 € zu Nr. 3
Ansatz 2017 24.009.000 €	- 694.000 € s.o.

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 0940:

	Ansatz (+/-)
Ansatz 2016 27.899.000 €	- 140.000 € zu Nr. 3
Ansatz 2017 27.899.000 €	- 140.000 € s.o.

Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion Die Linke zu den Kapiteln 0900-0940:

	Ansatz(+/-)
Ansatz 2016 561.000	+30.000 zu Nr. 5
Ansatz 2017 561.000	+30.000 s.o.

Elke Breitenbach (LINKE) wundert sich, warum die Mittel für „Erwachsenengerechte Ausbildung EGA – Coaching und fachbezogenes Unterstützungsmanagement“ um ca. 140 000 Euro reduziert worden seien, obwohl es als Projekt erfolgreich arbeite. – Ihre Fraktion habe eine Ansatzerhöhung für die Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten um 30 000 Euro für eine halbe Stelle beantragt.

Dr. Thomas Günther (SenArbIntFrau) erläutert, EGA sei ein Projekt, in dem Menschen, die nicht mehr ganz jung seien, beim Nachholen einer Ausbildung begleitet würden. Die geplanten Förderfallzahl von ca. 300 sei erreicht worden. Da Titel wie 68356 für Gegenfinanzierungsanträge genutzt würden, habe man mit dem Träger eine Prognose der Fallzahlentwicklung gemacht. Außerdem weite SenArbIntFrau in diesem Segment der Förderung ihre Aktivitäten aus. Deshalb halte es SenArbIntFrau für angemessen, das Projekt auf leicht abgesenktem Niveau fortzusetzen.

Elke Breitenbach (LINKE) wundert sich, warum gerade bei diesem Projekt, das eine über 50-prozentige Erfolgsquote habe, die Mittel gekürzt würden, wenn es möglich sei, bei diesem Titel fast 700 000 Euro zu streichen, wie es die Koalition beantrage. Ihre Fraktion werde ggf. im Hauptausschuss einen Änderungsantrag dazu einbringen.

Im Schreiben rote Nr. 2381 werde zur lfd. Nr. 3 darauf hingewiesen, dass geprüft werde, ob im Einzelfall eine höhere Sachkostenpauschale bezahlt werden könne. Wie sei hier der Stand?

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) antwortet, mit SenFin werde derzeit abgestimmt, auf regelmäßig 200 Euro Sachkosten zu gehen.

Burgunde Grosse (SPD) begründet den Änderungsantrag Nr. 2 der Koalition. Die Ansätze für BALZ sollten 2016 und 2017 um je 60 000 Euro erhöht werden. Damit könne der Beratungsbuss vor den Jobcentern je ein halbes Jahr eingesetzt werden. Dies sei ein sinnvolles Angebot, bis in allen Bezirken Clearingstellen aufgebaut seien.

Dr. Susanne Kitschun (SPD) weist darauf hin, dass die Koalition in der Tischvorlage ihrer Änderungsanträge eine verbindliche Erläuterung zu Titel 68356 – Landeszuschüsse für Beschäftigung – zu FAV im Kulturbereich angebracht habe. Dies habe das Kulturressort mit SenArbIntFrau bereits besprochen.

Elke Breitenbach (LINKE) erinnert an das Instrument „Kulturkombi“ im ÖBS. Sei dies der Versuch, etwas Ähnliches wieder aufzulegen? Was bedeute der Passus mit der Arbeitnehmerüberlassung?

Sabine Bangert (GRÜNE) wendet ein, bisher sei dies von dem Träger Förderband e.V. umgesetzt worden, der die Genehmigung zur Arbeitnehmerüberlassung bewilligt bekommen habe. Warum werde nicht weiter mit diesem Träger gearbeitet, der dies hervorragend umgesetzt habe, die Strukturen und dafür eine Datenbank habe und mit den Kultureinrichtung gut vernetzt sei?

Staatssekretär Boris-Michael Velter (SenArbIntFrau) verweist auf die Diskussion im Hauptausschuss dazu. SenArbIntFrau sei im engen Dialog über das Konzept mit dem Träger Förderband. Es sei auch nicht beabsichtigt, den Träger zu wechseln. Das Problem mit der Arbeitnehmerüberlassung werde sich erledigen, da dort die Koordinierung und Finanzierung erfolgen solle.

Der **Ausschuss**

stimmt dem Änderungsantrag Nr. 2 der Koalition mit der verbindlichen Erläuterung zu,
stimmt dem Gegenfinanzierungsvorschlag Nr.1 der Koalition zu.

Sabine Bangert (GRÜNE) teilt mit, dass ihre Fraktion den Änderungsantrag Nr. 2 zurückziehe.

Elke Breitenbach (LINKE) bemerkt, obwohl der Änderungsantrag Nr. 14 ihrer Fraktion keine Gegenfinanzierung habe, wünsche sie die Abstimmung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion Die Linke ab.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 50 erledigt sei.

Titel 68476 – Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung – Nr. 51

- Bericht SenArbIntFrau – II D 3 – vom 21.09.2015 [0220-53](#)
Rote Nummer 2349 ArbIntFrau
Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung Haupt(f)
und Berufsvorbereitung
Haushaltsberatung 2016/2017 – Ausschuss ArbIntFrau
(Berichtsauftrag Nr. 51)
Kapitel 0940/Titel 68476

Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion Die Linke zu den Kapiteln 0900-0940:

		Ansatz(+/-)
Ansatz 2016	2.700.000	-30.000
Ansatz 2017	2.700.000	-

Elke Breitenbach (LINKE) bemerkt, der Ansatz sei zu hoch.

Michael Freiberg (CDU) erklärt, dass die Koalition den Antrag ablehnen werde.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion Die Linke ab.

Vorsitzende Anja Kofbinger stellt fest, dass der Berichtsauftrag Nr. 51 erledigt sei.

Der **Ausschuss** stimmt dem Einzelplan 09 mit den beschlossenen Änderungen und Auflagen insgesamt zu. Dieses Votum gehe als Stellungnahme an den Hauptausschuss.

Vorsitzende Anja Kofbinger bemerkt, der Tagesordnungspunkt 2 sei damit abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

* * * * *